Neues über den Fall General Bastian Seite 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 13 vom 28. März 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



Entlassen wurde am 19. März der Kriegsgegner Dieter Vogelmann aus der Justizvollzugsanstalt Attendorn, in der der seit Juli 1979 einsaß. Das Bild zeigt ihn mit seinem Gepäck — noch „hinter Gittern" — vor Erledigung der letzten Entlassungsformalitäten. — Dieter Vogelmann wurde wegen Teilnehme an einer Antikriegsdemonstration aufgrund fadenscheiniger Beweise verurteilt; seine Strafe mußte er antreten, weil es das „allgemeine Rechtsempfinden" angeblich so erforderte. Das „allgemeine Rechtsempfinden" empörte sich allerdings — gegen die Justiz. Dieters Verurteilung und Inhaftierung löste eine Welle der Solidarisierung und große öffentliche Proteste aus (Bericht auf Seite 9).

Stoppt die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft

14 000 Bauern auf Großkundgebung

ESSEN. — 14 000 Bauern aus allen Teilen Westdeutschlands waren dem Aufruf des Deutschen Bauernverbandes zu einer Großkundgebung in Essen am Montag, den 24. März um 10 Uhr gefolgt. Die riesige Gruga-Halle, wo am Vorabend Joan Baez vor nicht ganz ausverkauftem Haus gesungen hatte, war nicht in der Lage, die Bauernmassen zu fassen. Etliche Tausend standen mit ihren zahlreichen Transparenten auf dem Vorplatz und hörten sich die Reden über Lautsprecher an.

Dem Grußwort des Essener Oberbürgermeisters Katzor (SPD) hörten sie teils mitleidig lächelnd, teils lauthals lachend zu. Diesem Herrn fiel angesichts der bedrohlichen Lage der bäuerlichen Landwirtschaft nichts besseres ein, als freudenstrahlend zu verkünden, seine beiden Großväter seien Landwirte gewesen, und im übrigen sollten sich die Bauern ruhig einmal die Camping-Ausstellung gleich nebenan ansehen.

Völlig anders war die Stimmung, als der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Freiherr Constantin von Heeremann das Wort ergriff. Er verstand es teilweise recht gut, durch kämpferische Redensarten dem Unmut der Bauern Ausdruck zu verleihen, was durch zahlreiche stürmische Beifallskundgebungen honoriert wurde.

Völlig zu Recht prangerte der Bauernpräsident die Preispolitik der Bonner Regierung und der EG-Kommissare an. Immer weiter würde die Schere zwischen der allgemeinen Einkommensentwicklung und der Einkommensentwicklung der Landwirtschaft auseinanderklaffen. Während sich die Lohn- und Gehaltssteigerungen in der Wirtschaft auf knapp 7 Prozent einpendeln würden, wolle man den Bauern lediglich 2 Prozent zugestehen.

Doch trotz der zum Teil scharfen Worte des Präsidenten äußerte er sich durchaus zuversichtlich, was die Bonner und Brüsseler Politik für die Zukunft betrifft.

Und das, obwohl seit der Gründung unserer Republik der Bauer von Anfang an das fünfte Rad am Wagen gewesen ist, obwohl seit der Gründung unserer Republik das größte Bauernlegen in der deutschen Geschichte stattgefunden hat, obwohl sogar nach dem regierungsamtlichen Agrarbericht mindestens 100 000 Familienbetriebe am Rande des Bankrotts dahinvegetieren und die bäuerliche Landwirtschaft insgesamt vom Ruin bedroht ist.

Lediglich einige tausend Großbauern und Agrarkapitalisten verstanden es, aus der Krise der Landwirtschaft Profit zu ziehen. Daß ausgerechnet jene Kreise den Deuschen Bauernverband vollständig in der Hand haben, ist ein Grund dafür, daß dem Freiherrn von Heeremann am Montag nicht viel mehr einfällt.

Der Kampf der Bauern zur Verteidigung ihrer Existenz unter den Bedingungen des Kapitalismus wird sich in dem Maße verstärken, je mehr sich die Erkenntnis durchsetzt, daß keine der im Bundestag vertretenen Parteien die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft ernsthaft vertritt. Und ein Landwirtschaftsminister Heeremann unter Strauß würde der bäuerlichen Landwirtschaft endgültig die Luft abdrehen.

Niederlage für Carter

„Gegen-Olympiade" gescheitert

Breite Stimmung gegen Boykott

GENF. — Carters Plan einer „Gegen-Olympiade" zu den offiziellen Olympischen Spielen in Moskau ist in der vergangenen Woche kläglich gescheitert. Zu einem von Washington organisierten Vorbereitungstreffen in Genf schickten ganze elf Länder ihre Vertreter.

Schon zuvor hatten die internationalen Sportverbände Carter eine deutliche Abfuhr erteilt und klargestellt, daß Sportler, die sich an der „Gegen-Olympiade" beteiligen würden, mit einer Sperre zu rechnen hätten. Carter ließ seinen Plan zwar fallen; die Bemühungen Washingtons, einen Boykott der Moskauer Spiele zu organisieren, gehen jedoch in voller Kraft weiter.

Einen Erfolg konnten die amerikanischen Boykotthetzer jetzt in Britannien verbuchen — allerdings nur bei den Parlamentariern der bürgerlichen Parteien. Das Unterhaus stimmte mehrheitlich für den Boykott und gab der Regierung freie Hand dabei, die Sportler des Landes in diesem Sinne unter Druck zu setzen.

Trotz der wütenden Propaganda und des massiven Drucks von Carter und seinen Verbündeten stehen nicht nur die Sportler und die olympischen Komitees der westlichen Welt einem Boykott ablehnend gegenüber (so haben sich die westeuropäischen olympischen Komitees am Wochenende wieder dagegen ausgesprochen). Bei jüngsten Umfragen ergab sich etwa in Britannien (mit 69 zu 23 Prozent), in Japan (mit 55 zu 22 Prozent) und in Frankreich (mit 72 zu 16 Prozent) jeweils eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung für eine Teilnahme an den Spielen in Moskau.

Wegen Solidarität mit „Times"-Belegschaft

IG Druck zu Schadenersatz verurteilt

FRANKFURT. — Am April vergangenen Jahres konnte die IG Druck und Papier durch organisierte Solidarität verhindern, daß in der Neu-Isenburger TER-Druckerei eine Streikbruchausgabe der Londoner Tageszeitung „Times" hergestellt wurde. Deswegen wurde die IG Druck jetzt vom Frankfurter Landgericht zu einer Schadenersatz-Zahlung von 58 200 Mark verurteilt.

Die IG Druck und Papier hatte am 28. April die Druckereiarbeiter in der TER-Druckerei aufgerufen, sich nicht an der Produktion der Streikbruchausgabe zu beteiligen. Gleichzeitig organisierte die IG Druck eine Kundgebung vor der TER-Druckerei, an der auch britische Gewerkschafter aus der „Times"-Belegschaft teilnahmen. Viele aktive Gewerkschafter, unter ihnen auch britische Kollegen, standen Streikposten, um sicherzustellen, daß den Kollegen in England nicht in den Rücken gefallen werden konnte. Seit Monaten standen die „Times"-Beschäftigten in einem schweren Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung.

Jetzt versuchen die Monopolherren und die bürgerliche Justiz, solche gewerkschaftlichen Aktivitäten zu kriminalisieren. Nicht nur gegen die IG Druck und Papier als Organisation werden Staatsanwälte mobilgemacht. Auch einzelne Funktionäre setzt man auf die Anklagebank. Wegen der Boykottaktion gegen die Streikbruchausgabe der „Times" in Neu-Isenburg wurden drei Kollegen angeklagt. Nötigung, Landfriedensbruch, schwerer Hausfriedensbruch, Körperverletzung und sogar versuchte Brandstiftung versucht man ihnen anzuhängen. Einer der Angeklagten ist Bezirkssekretär der IG Druck in Frankfurt, ein anderer Betriebsratsvorsitzender in dem Frankfurter Druckbetrieb Derndruck.

IG Bergbau fordert 9,5 Prozent

BOCHUM. — Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hat am Dienstag der vorletzten Woche den Tarifvertrag für die rund 190 000 Beschäftigten im Steinkohlebergbau gekündigt. Am 19. März fand die erste Verhandlungsrunde statt. Sie wurde ohne Ergebnis abgebrochen.

Zur Diskussion stehen die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten aus den vier großen Steinkohlerevieren der Bundesrepublik, aus dem Ruhrgebiet, dem Saarland, aus Aachen und Ibbenbüren. Die Verhandlungen finden auf dem wirtschaftspolitischen Hintergrund statt, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Kohle angesichts der Preispolitik der Ölmultis an Bedeutung zunimmt.

Die Führung der IG Bergbau hat daraus abgeleitet, in dieser Tarifrunde alles dafür zu tun, daß die Bergleute wieder an die Spitze der Lohnskala rücken. Allerdings ist es mehr als undurchsichtig, wie sie das mit der aufgestellten 9,5-Prozent-Forderung bewerkstelligen will, die noch unterhalb der Erstforderung der IG Metall in Höhe von 10,5 Prozent liegt.

Aussperrungsgegner demonstrierten

Trotz Distanzierung der DGB-Führung

KASSEL. — Eine Demonstration für das Verbot der Aussperrung, an der sich in der Mehrzahl aktive Gewerkschafter beteiligten, fand am vergangenen Samstag in Kassel statt.

Aufgerufen zu der Demonstration hatte die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung". Unsere Partei unterstützte die Aktion. Die DGB-Führung hatte sich geweigert, aus Anlaß der Verhandlung des Bundesarbeitsgerichts am Montag und Dienstag dieser Woche über die Aussperrung, zu einer Aktion oder Kundgebung in Kassel aufzurufen. Eine Haltung, die im Gegensatz zu der Forderung vieler DGB-Funktionäre und -Gremien steht. Der vorzeitige Abbruch der DGB-Kampagne gegen die Aussperrung war innerhalb des DGB auf massive Kritik gestoßen. Viele Kollegen haben auf eine Demonstration in Kassel gedrängt.

Als die „Kampagne" sich dann entschloß, selbstständig eine Demonstration in Kassel zu organisieren, setzten Teile der DGB-Führung und der örtlichen Leitungsgremien ihren Einfluß ein, um eine Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern daran zu vereiteln. Noch am Vorabend der Demonstration distanzierte sich der DGB in Kassel öffentlich mit einer Presseerklärung von der Aktion.

Die Aussperrungsgegner ließen sich durch diese Haltung nicht entmutigen. Mit zahlreichen Transparenten, in denen die Aussperrung angeprangert und die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung erhoben wurde, marschierten sie durch die stark belebte Innenstadt von Kassel.

(Bildbericht auf Seite 3)



Kommentar

Die Verhandlungen vor dem Bundesarbeitsgericht über die Aussperrungsklagen von IG-Druck- und IGM-Mitgliedern haben begonnen. Mit der Verkündung der Grundsatzentscheidung wird für Mitte April gerechnet. Wie wird der Spruch des Ersten Senats des Bundesarbeitsgerichts ausfallen?

Ginge es nach dem Willen des arbeitenden Volkes und wäre die Justiz hierzulande ein Werkzeug wirklicher Demokratie, so müßte die Entscheidung zweifellos gegen die Aussperrung ausfallen.

Noch nie gab es hierzulande eine so starke und breite Bewegung für das Verbot der Aussperrung. Daß die Aussperrung ein soziales Verbrechen und ein politisch gefährliches, antidemokratisches Machtinstrument ist, darüber sind sich heute alle Gewerkschafter und alle demokratischen Kräfte einig. Davon zeugen die ungezählten Aktionen, Initiativen, Kundgebungen, Demonstrationen, Resolutionen usw., mit denen Gewerkschafter und Demokraten in den letzten Jahren und Monaten gegen die Aussperrung gekämpft und ihr gesetzliches Verbot gefordert haben.

Das Verbot der Aussperrung ist durchsetzbar!

Je mehr diese Bewegung erstarkte, je lauter das Verbot der Aussperrung gefordert wurde, desto heftiger wurde allerdings auch die Gegenpropaganda der Unternehmerorganisationen. Das geht bis hin zu der unerhörten Drohung des Unternehmerpräsidenten Esser, man müsse die Freiheitsrechte des DGB beschneiden, falls er von seiner Kampagne gegen die Aussperrung nicht ablasse.

Hieran wird deutlich: Die Aussperrungsfrage ist heute zu einem Brennpunkt in der politischen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzung bei uns geworden.

Für die Konzernherren, für die Profit- und Machtstrategien der Monopole ist der Aussperrungsterror ein unverzichtbares Mittel. Für sie wird die Zukunft wirtschaftlich und politisch „unkalkulierbar", falls es ihnen angesichts der sich verschärfenden Krise nicht möglich ist, die Arbeiter und kleinen Angestellten zum Stillhalten zu zwingen. Sie brauchen einen Hebel, um die Gewerkschaften zunächst zu schwächen, um sie schließlich ganz zu lähmen und niederzuschlagen. Ihre Perspektive ist der Kurs auf ein neues '33 und wie die Geschichte lehrt, ist eine Station auf diesem Weg der massive Einsatz des Aussperrungsterrors.

Demgegenüber wird es für die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte zu einer unabdingbaren Notwendigkeit, die Ächtung der Aussperrung durchzusetzen und sie aus dem Waffenarsenal der Reaktion zu verbannen. Anders lassen sich die Kampfbedingungen der Werktätigen für soziale und demokratische Ziele nicht verteidigen und ausbauen und es wird nicht möglich sein, die Angriffe der Reaktion auf unsere grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Interessen abzuwehren.

Wo die Fronten so hart, so grundsätzlich aufeinanderprallen, ist es keine Frage, in welche Richtung die Herren Richter in Kassel tendieren. Sie fühlen sich als Bastion der Unternehmerinteressen und der herrschenden reaktionären Kräfte. Nur — sie kommen um die Tatsache nicht herum, daß heute eine breite Stimmung für das Verbot der Aussperrung existiert, während die offenen Verteidiger der Aussperrung zunehmend in die Isolierung geraten. Wäre dem nicht so, so müßte wahrhaftig befürchtet werden, daß aus den Aussperrungsklagen der Gewerkschafter am Ende ein Eigentor wird, daß die Herren in Kassel die Klagen nicht nur abschmettern, sondern ihr Urteil sogar in Richtung auf eine noch ungezügeltere Aussperrungspraxis fällen.

Von daher wird nur allzu durchsichtig, was mit dem Geschrei bezweckt ist, die Aktivitäten gegen die Aussperrung seien verfassungswidrig, man dürfe die Justiz nicht unter Druck setzen. Doch sollen sie nur schreien und drohen! **An der Tatsache, daß sie in die Defensive gedrängt wurden, ändert das nichts. Der massenhafte Kampf hat bereits Wirkung gezeigt!**

Das gilt insbesondere für Hamburg und Bremen, wo die SPD erklärt hat, sie wolle noch vor der Sommerpause in diesen beiden Stadtstaaten ein Gesetz gegen die Aussperrung einbringen. Man sieht, wie richtig und notwendig es war, daß die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" ihre Initiativen entwickelt und dadurch auch die DGB-Spitze in Zugzwang gebracht hat.

Auf der Demonstration in Kassel am letzten Samstag erklärte der Vertreter des zentralen Ausschusses der „Kampagne": **„Was im Senat in Hamburg und Bremen möglich ist, muß auch im Bundestag möglich sein!"** Diese Worte wollen wir hier unterstreichen. Unabhängig davon, wie das Urteil in Kassel ausfallen mag, heißt es jetzt, den Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung weiter voranzutreiben. **Die Bedingungen dafür sind günstig!**

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Wahlkampfabkommen unterzeichnet

Kritik an Strauß soll unterbunden werden

BONN. — In der vergangenen Woche haben die Generalsekretäre der vier im Bundestag vertretenen Parteien ein gemeinsames Abkommen unterzeichnet, in dem sie sich zu „Fairness und Sparsamkeit" im kommenden Bundestagswahlkampf verpflichten.

Eine gemeinsame Schiedsstelle soll Verstöße gegen das Abkommen ahnden. Sie besteht aus je einem Vertreter von SPD, CDU, CSU und FDP sowie aus einem „neutralen" Vorsitzenden, dem evangelischen Bischof Hermann Kunst. Auf einer Pressekonferenz nach der Unterzeichnung des Abkommens wurde von allen Parteien besonders die darin enthaltene Verpflichtung hervorgehoben, „auf jede Art von persönlicher Verunglimpfung und Beleidigung des politischen Gegners zu verzichten".

Was auf den ersten Blick vielleicht harmlos aussehen mag, ist tatsächlich dazu geeignet, Aktivitäten gegen den Kanzlerkandidaten Strauß in breitem Umfang zu unterbinden. Denn seine Kandidatur gibt ja diesem Wahlkampf seinen besonderen Charakter. Alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte in unserem Land fühlen sich durch diese Kandidatur zu Recht herausgefordert, weil sie in einem möglichen Wahlsieg von Strauß eine ernste Gefahr für die demokratischen Rechte, für den sozialen Besitzstand der Werktätigen, für die Gewerkschaftsbewegung usw. erkennen.

Wenn sich unter diesen Bedingungen die Koalitionsparteien dazu verpflichten, „Wahlveranstaltungen der anderen nicht zu stören oder sich an Störungen durch Dritte zu beteiligen", dann ist das nichts anderes als der Versuch, die eigenen Mitglieder — einschließlich der Jugendorganisationen wie Falken, Jusos und Judos — an der Teilnahme von Anti-Strauß-Aktionen zu hindern. Solche Versuche hatte es ja in den letzten Monaten auch schon gegeben; mit dem Wahlkampfabkommen im Rücken jedoch werden die Spitzen von SPD und FDP noch wesentlich härter gegen alle die vorgehen, die sich den Protest gegen Strauß nicht verbieten lassen wollen.

Als „aus Sicht der CSU bedeutsam" bezeichnete deren Generalsekretär Stoiber einen anderen Absatz in diesem Abkommen, der die Verpflichtung der Parteien enthält, „sich auch von verleumderischen Angriffen Dritter zu distanzieren". Was für die Strauß-Partei Verleumdungen sind, kann man etwa aus dem Prozeß- und Propagandafeldzug dieser Partei gegen die Gewerkschaftspresse ersehen. Verleumder ist schlicht jeder, der die wahren Absichten dieser Partei und ihres Führers enthüllt. Und wenn man weiter bedenkt, daß die SPD personell und politisch eng mit dem DGB verbunden ist, kann man sich auch leicht ausrechnen, wer mit diesem „Dritten" gemeint ist.

Nach dem Wahlkampfabkommen müßte sich die SPD also laufend von gewerkschaftlichen Anti-Strauß-Aktivitäten, von Strauß-kritischen Artikeln in der Gewerkschaftspresse distanzieren. Die Konsequenz dieser Tatsache liegt auf der Hand: ein noch stärkerer Druck von SPD- und Gewerkschaftsführung auf die Gewerkschaften mit dem Zweck, ein Stillhalten gegenüber Strauß durchzusetzen.

Als letztes haben die Bonner Parteien in ihrem Wahlkampfabkommen schließlich auch noch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ins Visier genommen. An sie ergeht die Aufforderung, „sich bis zum Tag der Bundestagswahl um eine faire, umfassende und ausgewogene Unterrichtung und Kommentierung zu bemühen". Ein deutlicher Versuch, die Berichterstattung der Journalisten von Rundfunk und Fernsehen auf Hofberichterstattung zu begrenzen. Auch in den Sendern wird es somit auf der Grundlage des Abkommens zu noch schärferem Druck gegen kritische Stimmen kommen.

Das Wahlkampfabkommen der Bonner Parteien ist also in erster Linie von dem Bestreben diktiert, die breite Bewegung gegen den Machtanspruch von Strauß einzudämmen. Umso notwendiger wird es — vor allem in den Gewerkschaften — sein, die Stillhaltepolitik zu durchbrechen und gerade im Vorfeld der Bundestagswahl die Aktivitäten gegen diesen geschworenen Feind aller Werktätigen zu verstärken.

Nachtragshaushalt der Bundesregierung

Matthöfer streicht Sozialausgaben

BONN. — Finanzminister Matthöfer will einen Nachtragshaushalt, der 1,8 Milliarden Mark umfassen soll, jetzt verstärkt durch die Streichung von schon beschlossenen Sozialausgaben finanzieren.

Der Nachtragshaushalt dient unter anderem der verstärkten Aufrüstung der Bundeswehr und der sogenannten Türkeihilfe, in deren Rahmen das blutige Demirel-Regime in Ankara mit umfangreichen Waffenlieferungen versorgt wird. Und daß für diese Ausgaben in der einen oder anderen Form die Werktätigen in unserem Land bezahlen sollen — darüber herrscht sowohl in der Regierung wie auch im Bundestag Einigkeit.

Matthöfer hat nun Anfang der letzten Woche an alle Kabinettsmitglieder (mit einer Ausnahme: Kriegsminister Apel) einen Brief geschickt, in dem er mitteilte, daß er über ihre Ministerien eine vorläufige Ausgabensperre verhängt hat. Gleichzeitig hat er ihnen auch dargelegt, wo sie bei schon beschlossenen Ausgaben den Rotstift ansetzen sollen.

Wie bisher bekannt geworden ist, sollen 30 Millionen Mark für Umweltschutzmaßnahmen im Bereich des Rheins und des Bodensees gestrichen werden. Darüber hinaus will Matthöfer auch den „Luftreinhalteplan Ruhrgebiet" um 20 Millionen Mark zusammenstreichen. Das Ruhrgebiet ist ja bekanntlich die Region mit der größten Umweltbelastung in der Bundesrepublik. Notwendige Ausgaben für die Entgiftung der Luft sollen also jetzt unterbleiben — zugunsten des Militärpotentials von Bundeswehr und NATO. Weiter will Matthöfer auch vier Millionen Mark, die für die Integration von Ausländerkindern gedacht waren, in die Kassen der Rüstungskonzerne umleiten.

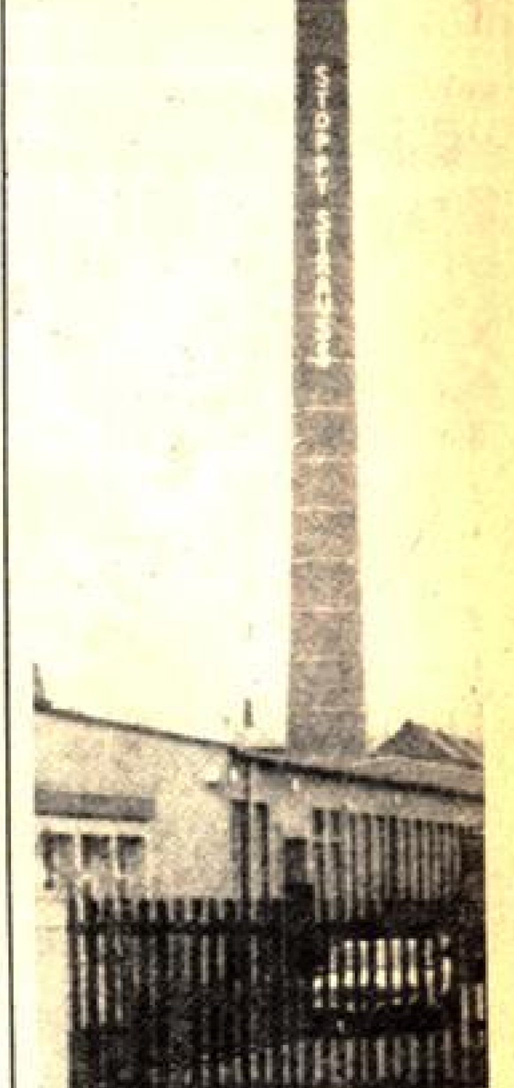
Diese Vorhaben — die massive Unterstützung von Kanzler Schmidt bekommen haben — kommentierte die „Süddeutsche Zeitung" so: „Das alles sind erst die leichten Fingerübungen" — also nur ein kleiner Vorgeschmack auf noch umfangreichere Angriffe auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen, zum Beispiel bei den Renten und Steuern.



Bei sämtlichen Ministerien setzte Finanzminister Matthöfer den Rotstift an ...



... lediglich Kriegsminister Apel blieb verschont. Aufrüstung hat Vorfahrt!



Der hier abgebildete Schornstein samt Aufschrift (Stoppt Strauß) gehört zu der Firma Südbremse. Diese Firma steht im Norden jener Stadt, in der der Kanzlerkandidat der Unionsparteien gegenwärtig als Ministerpräsident residiert.

68 000 Behinderte arbeitslos

LUDWIGSHAFEN. — Die Arbeitslosigkeit unter den Schwerbehinderten ist im letzten Jahrzehnt drastisch gestiegen und hat katastrophale Ausmaße angenommen.

Waren 1970 im Jahresdurchschnitt 5 210 Schwerbehinderte arbeitslos, so hat sich diese Zahl im Februar 1980 auf über 68 000 erhöht. Diese erschreckende Entwicklung wurde bekannt im Rahmen des 21. Weltages der Behinderten am vorletzten Wochenende in Ludwigshafen, der vom Reichsbund der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen mitorganisiert wurde.

Hermann Meyer, der Vorsitzende des Reichsbundes, wies darauf hin, daß die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß für behinderte Arbeitslose noch dringlicher sei als für nichtbehinderte.

Insgesamt gibt es über sechs Millionen Behinderte in der Bundesrepublik.

Demonstration gegen CDU-Schulgesetz

HANNOVER. — 10 000 Schüler demonstrierten in Hannover gegen die vom niedersächsischen Kultusminister Remmers (CDU) eingebrachte Novelle für ein neues Schulgesetz.

Die Novelle sieht unter anderem vor, daß Gesamtschulen nicht zu Regelschulen gemacht werden, daß der Berufsschulunterricht auf acht Wochenstunden gekürzt wird, daß kein 10. allgemeinbildendes Schuljahr eingeführt wird und daß die Mitbestimmungsrechte von Eltern, Lehrern und Schülern erheblich eingeschränkt werden.

Bei ihrer Demonstration am vergangenen Mittwoch riefen die Schüler Parolen wie „Ausbildung statt Raketen". Auch in Braunschweig führten an diesem Tag Schüler während der Schulzeit eine Demonstration gegen das neue Gesetz durch. 4 000 beteiligten sich daran. Die GEW hatte Lehrerinnen und Lehrer zur Teilnahme an den landesweiten Aktionen gegen das Schulgesetz aufgerufen.

Demonstration für das Verbot der Aussperrung

Ein gesetzliches Verbot ist erreichbar!

Bundesarbeitsgericht scheut Öffentlichkeit

KASSEL. — Die DGB-Führung hatte sich gegen eine Demonstration in Kassel starkgemacht. Aber trotzdem demonstrierten am vergangenen Samstag rund 300 Aussperrungsgegner in Kassel für das Verbot der Aussperrung.

Der kämpferische Charakter der Demonstration drückte sich unter anderem in folgenden Sprechchören aus: **„Wer aussperrt, gehört eingesperrt!" — „Die Sauerei ist riesengroß — bis du ausgesperrt und ohne Moos!" — „Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!"** Mit Interesse nahm die Bevölkerung die Zwischen- und Abschlußkundgebung auf. Die Kundgebungen fanden im Trubel des Samstagseinkaufs ein breites Publikum.

Auf diesen Kundgebungen sprach der Kollegen Törk Hansen, Betriebsratsvorsitzender bei Sintermetall (Lübeck) und Mitglied des Zentralen Ausschusses der „Kampagne". Törk Hansen prangerte an, daß das Bundesarbeitsgericht für die Verhandlung über die Aussperrung einen der kleinsten Säle, in den gerade fünfzig Zuschauer passen, ausgewählt hat. Die Herren Bundesrichter sollten aber nicht glauben — sagte Törk Hansen —, daß sie die Öffentlichkeit so ohne weiteres ausschalten könnten. Er sagte weiter:

„Und wir wären heute mit Sicherheit hier zehn, zwanzig, dreißig Mal so viele, wenn nicht nur die ‚Kampagne für das Verbot der Aussperrung', wenn nicht nur einzelne Gewerkschaftsgremien, sondern wenn der ganze DGB zu dieser Demonstration aufgerufen und dafür mobilisiert hätte!"

Törk Hansen ging auch auf die breite Bewegung für das gesetzliche Verbot der Aussperrung ein, die sich besonders in den vergangenen Monaten — nicht zuletzt auch dank der Aktivitäten und Initiativen der „Kampagne" — entwickelt hat. Er sagte dann im weiteren:

„Und dieser massenhafte Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung zeigt Wirkung! Ihr habt sicher davon gehört, daß die SPD in Hamburg und Bremen angekündigt hat, daß in diesen beiden Stadtstaaten noch vor der Sommerpause ein Gesetz gegen die Aussperrung verabschiedet werden soll. Das ist ein eindeutiger Kampferfolg der Gewerkschafter, der Aussperrungsgegner in Hamburg und Bremen!"

„Was im Senat in Hamburg und Bremen möglich ist", betonte Törk Hansen am Schluß seiner Rede, *„muß auch im Bundestag möglich sein!"*.

Kämpferische Veranstaltung

Am Samstagvormittag nach der Demonstration fand im „Bürgerhaus" in Kassel-Obervellmar eine kämpferische Veranstaltung der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" statt.

Neben Gewerkschaftern und Vertretern des zentralen Ausschusses der „Kampagne" sprach auch der Frankfurter Schriftsteller und Journalist Jürgen Roth. Sein interessanter Beitrag beleuchtete kritisch die Berichterstattung der bürgerlichen Massenmedien über wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen.

Die Kasseler Kabarett-Truppe „Distel" stieß mit ihren spitzen Pointen und Satiren auf viel Resonanz, so etwa, als die „Waffengleichheit" einmal beim Wort genommen wurde: Da legt etwa eine Belegschaft einen Großaktionär still, weil er nicht mehr rentabel ist. Dafür erhalten aber nun auch die Unternehmer endlich ein Streikrecht. Sie dürfen die Aufsichtsratssitzungen boykottieren, ja, die Arbeiter gestehen sogar zu, daß die Unternehmer Streikposten vor den Werkstoren aufstellen, damit nicht etwa ein „Leitender" durchsickern kann...

Auch die künstlerisch wie politisch sehr guten Lieder, die Hans Dinant darbot, wurden mit starkem Beifall honoriert. Insgesamt bezeugte der kämpferische Charakter der Veranstaltung die Entschlossenheit der Teilnehmer, sich für das Verbot der Aussperrung weiterhin energisch einzusetzen.



Mitglieder der „Distel" bei ihrer gelungenen Aussperrungssatire



Auch Kollegen der Dortmunder Hoesch-Betriebe waren in Kassel dabei



Abschlußkundgebung in Kassel.

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit dem Aufruf des Politbüros der KPD/ML gingen folgende Spenden zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT bei uns ein:

W.R., Ludwigshafen, 10 DM; U.R., Gerstetten, 50 DM; R.L., Idar-Oberstein, 20 DM; P.K., München, 100 DM; G.H., Bodenheim, 50 DM; R.Sch., Bremen, 50 DM; L.M., Altusried, 20 DM; R.J.H., München, 20 DM; A.D., Deutsch, 10 DM; G.Sch., Gladbeck, 5 DM; V.N., Herzogenrath, 80 DM; insgesamt: 415 DM

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spenden zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT bitte überweisen an:

KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Postscheckkonto: 6420—467 PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)

Bankkonto: 321 004 547 Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD/ML überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

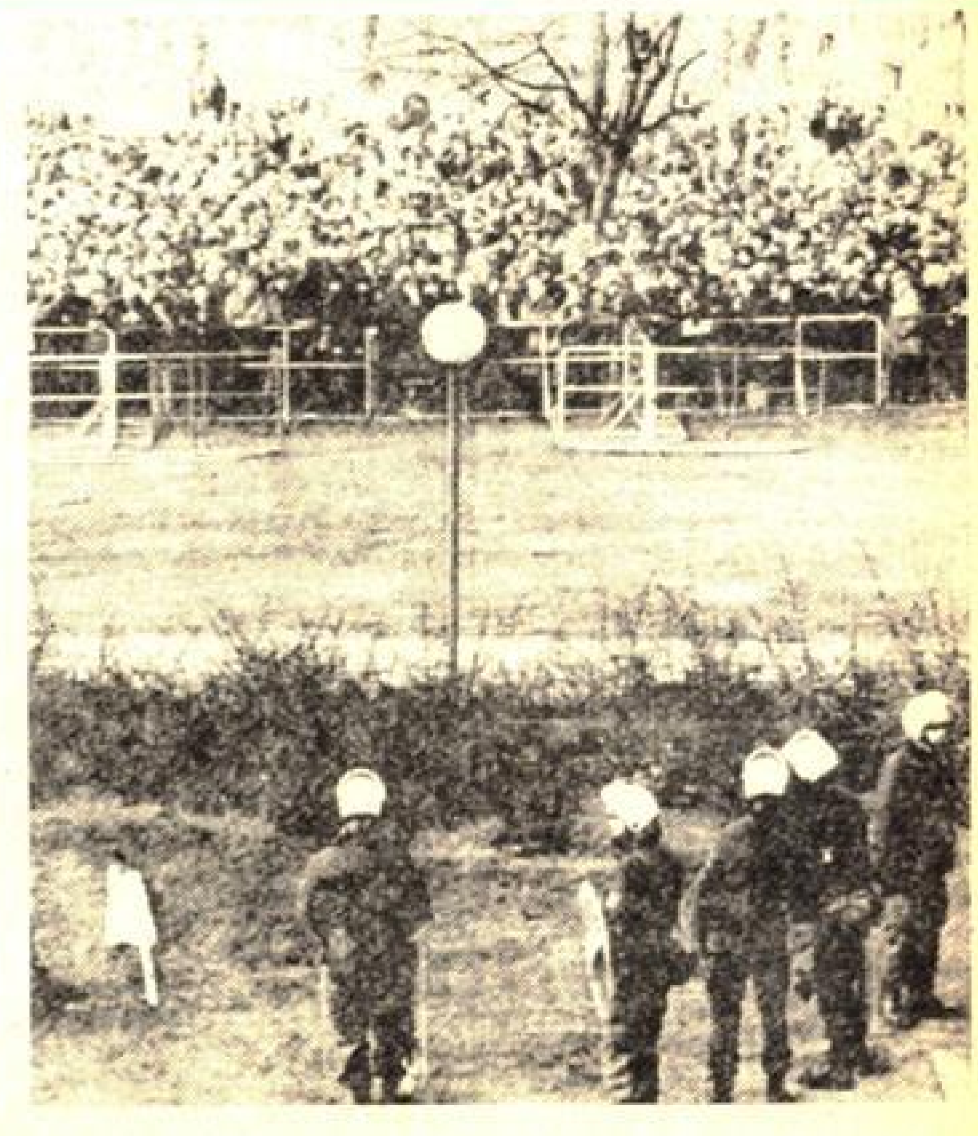
Dorsten, Wesel, Rheine

Proteste gegen Strauß-Auftritte

RHEINE. — Mindestens 2 000 Strauß-Gegner demonstrierten am Donnerstag letzter Woche gegen den provokatorischen Auftritt des schwarzen Kanzlerkandidaten in Rheine. Zu der Protestkundgebung hatte eine Initiative „Stoppt Strauß — gemeinsam gegen rechts" aufgerufen. Die Initiative wurde von der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg unterstützt, die auch mit eigenen Flugblättern in den umliegenden Kreisstädten gegen Strauß mobilisiert hatte. 350 Polizisten sicherten die Hetzreden des Kanzlerkandidaten ab. Die Fotos links und unten zeigen Ausschnitte aus der Gegenkundgebung.

DORSTEN. — Noch größer als in Rheine war das Polizeiaufgebot in Dorsten, wo Strauß ebenfalls am Donnerstag vergangener Woche auftrat. Mehr als 1 000 Polizisten, verstärkt von 250 Ordnern der CDU, sicherten mit Absperrgittern, Stacheldrahtverhauen und Wasserwerfern den Redner. Wasserwerfer waren aufgefahren: Auf dem Lippekanal patroullierten Boote der Wasserschutzpolizei. Eine Zeitung schrieb (leicht zuungunsten der Demonstranten übertreibend), daß auf jeden Demonstranten zehn Polizisten kamen. Das Foto ganz rechts zeigt den „Sicherheitscordon", den die Polizei um den Redner gezogen hatte.





Die Streikfront steht 6 Wochen

SAUERLACH.— Am 5. Februar traten die Beschäftigten der Sauerlacher Maschinenfabrik Adolf Spinner GmbH (Landkreis München) in den Streik. Unternehmer Spinner weigert sich, die Ergebnisse des zwischen den Tarifparteien ausgehandelten Manteltarifvertrags in einen entsprechenden Werkstarifvertrag aufzunehmen.

Da Spinner keinem Arbeitgeberverband angehört, müssen die jährlichen Lohnerhöhungen über Betriebsvereinbarungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat ausgehandelt werden. An vermögenswirksamen Leistungen zahlt Spinner nur die Hälfte des allgemein üblichen Betrags von 52 Mark. Zuschüsse für das Kantinenessen oder die Fahrtkosten verweigert er gänzlich.

Mit dem nun in die sechste Woche gehenden Streik wollen die Metaller mit diesen frühkapitalistischen Zuständen Schluß machen. Betriebsratsvorsitzender Klaus Häusler: **„Die Streikfront steht wie am ersten Tag."**

Warnstreiks auf der Werft

BREMEN.— Am Montag, den 17. März, legten die etwa 80 Werftgerüstbauer der zum Thyssen-Konzern gehörenden Großwerft Bremer Vulkan erneut ihre Arbeit nieder, nachdem sie schon in der Woche davor mit der Unterstützung tausender Werftarbeiter Proteststreiks organisiert hatten.

Angesichts der Kurzarbeit verlangen sie die Rücknahme von Aufträgen an Fremdfirmen. Die Geschäftsleitung scheint auf die Forderungen eingehen zu wollen, weigert sich aber, die durch den Warnstreik ausgefallene Arbeitszeit zu bezahlen.

Vertrauen für Plumeyer

WUPPERTAL.— Die Wuppertaler Hauptdelegiertenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik (IGCPK) hat sich klar und deutlich hinter das von Hauenschild gemaßregelte geschäftsführende Vorstandsmitglied Paul Plumeyer gestellt. In einer Entschließung heißt es:
„Wir sprechen unserem Kollegen Plumeyer nach wie vor unser Vertrauen aus. Im übrigen wird der Gewerkschaftstag in Mannheim entscheiden, wer in den Hauptvorstand insgesamt und in den geschäftsführenden Hauptvorstand im besonderen gewählt wird."

Betriebsrat muß wiedereingestellt werden

FRANKFURT.— Wegen fadenscheiniger Gründe wurde Betriebsratsmitglied Wolfgang Becker (Hartmann & Braun) am 18. Juli 1979 fristlos gekündigt. Acht der insgesamt 15 Betriebsräte hatten der Kündigung zugestimmt.

Ihm wurde unter anderem vorgeworfen, sich zu Betriebsratssitzungen weder an- noch abgemeldet zu haben, mit Verspätung zur Arbeit erschienen zu sein und einen Kollegen angeblich beleidigt zu haben, ein Vorwurf, der merkwürdigerweise vom Personalchef erhoben wurde. Die 10. Kammer des Frankfurter Arbeitsgerichts wies den Antrag der Unternehmensleitung auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses zurück.



Warnstreik bei Mannesmann Etwa 200 Arbeiter und Angestellte der Mannesmann-Röhrenwerke in Hilden protestierten am 18. März mit einer einstündigen Arbeitsniederlegung gegen die von der Geschäftsleitung geplante Stillegung des Betriebs. Die Kollegen wollen endlich wissen, was Sache ist!

3 000 Arbeitsplätze in Rüsselsheim in Gefahr

Die Rationalisierungspläne auf den Tisch

Auszüge aus der Betriebszeitung der KPD/ML für Opel/Bochum

BOCHUM.— Nachdem die Vertrauensleute von Opel/Rüsselsheim die Entlassungspläne der Unternehmer entlarvt hatten, schrieben die Genossen der Betriebszelle Opel/Bochum in ihrer Zeitung „Zündkerze", was das für die Werke in Bochum bedeuten könnte:

„Befürchtungen werden Wahrheit" überschrieben die Vertrauensleute in Rüsselsheim ein Flugblatt, das vor einem Monat dort verteilt wurde. 2 3/4 Jahre nach Bekanntgabe des ersten Investitionsprogramms von General Motors (GM) wird klar, daß die Beschwichtigung der

ZÜND KERZE
Betriebszeitung der KPD/ML
Opel Bochum
3000 Arbeitsplätze in Rüsselsheim in Gefahr
Die Rationalisierungsplane auf den Tisch!
Kassel Demonstration

Geschäftsleitung Schall und Rauch war. Arbeitsplätze seien nicht in Gefahr, wurde versprochen, es würden sogar neue geschaffen.

Nach Informationen der IG Metall Rüsselsheim sollen jetzt bereits bis Sommer 1981 mehr als 3 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Besonders betroffen: Der Motoren-, Getriebe- und Achsenbau. Nach anderen Informationen sind sogar 15 000 der bisher 40 000 Arbeitsplätze betroffen.

Die Geschäftsleitung hat bisher nicht Stellung genommen und hüllt sich in Schweigen. Die Belegschaft verlangt daher zuallererst sofortige vollständige Information und Aufdeckung der Personalpläne.

Der Betriebsrat fordert außerdem:

- Beschäftigungsgarantien und Lohn- und Gehaltsgarantien;
- Stopp der Produktionsverlarungen;
- Baustopp für die neuen Werke in Spanien, Österreich usw.

Noch hat es den Anschein, als wäre Bochum nicht betroffen. Aber vergessen wir nicht: In zwei Jahren wird nicht nur der geplante neue Kleinwagen in Spanien vom Band laufen, sondern auch der Kadett kann dort produziert werden und wenig später auch in Korea, wenn GM alle seine Pläne wahrmacht.

In einigen Bereichen wie im Preßwerk, im Schnittbau und bei den Ascona-Anlagen können weitere Rationalisierungsmaßnahmen der Geschäftsleitung schon sehr bald aktuell werden. Deshalb gilt auch in Bochum:

- **Vollständige Information der Belegschaft!**
- **Aufdeckung der Personalpläne!**

Mit den bisherigen Halbinformationen für vielleicht zwei Monate dürfen wir uns nicht länger zufriedengeben. Vor allem aber dürfen wir nicht mehr hinnehmen, daß die IG-Metall-Führung den Kampf für Arbeitszeitverkürzung auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt.

Die Automobilgiganten führen mit Milliardeninvestitionen einen gewaltigen Krieg gegeneinander um Kostenvorteile, größere Marktanteile und Höchstprofite. Den kürzeren zieht aber nicht dieser oder jener Konzern, sondern die Arbeiter insgesamt. Deshalb müssen wir uns auch geschlossen mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zur Wehr setzen.

Zensur im ÖTV-Magazin

Artikel über Rechtsextremismus gekürzt erschienen

Kampf gegen schwarz-braune Reaktion nicht opportun?

STUTTGART.— Im Oktober erhielt der Westberliner Autor Karl-Klaus Rabe von der Redaktion des ÖTV-Magazins den Auftrag, einen Artikel über den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zu schreiben. Der Artikel erschien in der Januarausgabe, allerdings um eine entscheidende Stelle gekürzt.

Jeder Autor, der sich mit dem Rechtsextremismus in der Bundesrepublik beschäftigt, wird notwendigerweise auch auf die zahlreichen Verstrickungen der Unionsparteien mit den Neonazis zu sprechen kommen. So auch Rabe. Er schrieb unter anderem:

„Wohin man auch schaut, der Rechtsextremismus ist nicht isoliert. Auch bestimmte CDU/CSU-Kreise tragen ihren Teil dazu bei, daß dem so ist.

CSU-Bundestagsabgeordnete unterstützen rechtsextrem einzustufende Vereinigungen wie den ‚Witiko-Bund' oder das ‚Hilfskomitee Südliches Afrika'. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wissebach spricht regelmäßig auf Veranstaltungen der HIAG, der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS."

Weiter geht Rabe auf die gefährlichen *„Verharmlosungen und Verdrehungen der rechtsextremistischen Gefahr"* ein, etwa auf die Sprüche eines Franz Josef Strauß, der Hakenkreuzschmierereien für Provokationen des sowjetischen Geheimdienstes hält.

Diese Passage über die schwarz-braune Reaktion allerdings suchte man in der Januarausgabe des ÖTV-Magazins vergebens.

Es fanden sich stattdessen die dürren Worte: *„Der Rechtsextremismus ist nicht isoliert. Es gilt wachsam zu bleiben, damit er nicht zu einer Gefahr für unsere Demokratie wird."*

Nachdem Chefredakteur Schneider auf Anfrage von Rabe technische Gründe vorgeschoben hatte, erklärte Rabe, der gekürzte Artikel entspreche der **„verharmlosenden Tendenz der Verfassungsschutzberichte, den Rechtsextremismus als eine isolierte Erscheinung darzustellen."**

Immer deutlicher setzt sich bei bestimmten Teilen der Gewerkschaftsführung die Tendenz des Stillhaltens gegenüber Strauß und der schwarz-braunen Reaktion durch; als Signal für diese Kapitulation gegenüber den gewerkschaftsfeindlichen Angriffen der Reaktion dürfte das Zusammentreffen des DGB-Vorsitzenden Vetter mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß gewertet werden.

BERICHTIGUNG

In unserer Berichterstattung über die Arbeitsgerichtsverhandlung bezüglich der entlassenen Hoesch-Betriebsräte in Dortmund ist uns ein Irrtum unterlaufen. Die Hoesch-Hüttenwerke AG war in der Verhandlung nicht durch Vorstandsmitglieder vertreten, sondern durch Vertreter der Rechtsabteilung von Hoesch.

Drei ÖTV-Vertrauensleuten droht Kündigung

„Technischer Dienst ist unterbesetzt!"

DORTMUND.— Drei hauptamtlichen Mitarbeitern der Dortmunder Volkshochschule (VHS) droht die Kündigung, weil sie nach dem tragischen Tod des technischen VHS-Mitarbeiters Johannes Paul (29) am 3. März auf die katastrophale personelle Situation der VHS hingewiesen und zu Protestaktionen aufgerufen haben.

Die drei von der Kündigung bedrohten hauptamtlichen Mitarbeiter sind Vertrauensleute der ÖTV. Personaldezernent Erich Rüttel wirft ihnen „Störung des Betriebsfriedens" vor. Der Personalrat hat über die Kündigungen noch nicht entschieden. Johannes Paul war während der Arbeitszeit tot zusammengebrochen.

Der Personalrat hat jetzt eine Stellungnahme vorgelegt, die einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Tod des Kollegen Paul und der Arbeitssituation an der VHS ahnen läßt. Dort heißt es unter anderem:

„Die Unterbesetzung des technischen Dienstes im Fritz-Henßler-Haus (dort ist der Kollege zusammengebrochen, Red.) kann von der Verwaltung angesichts der Tatsache, daß von sieben vom Hauptamt als notwendig angesehenen Stellen zur Zeit nur zwei von planmäßigen Kräften besetzt sind, nicht bestritten werden. Von den beiden Kollegen ist nur einer für den Schichtdienst eingesetzt. Die Vielzahl von Überstunden, die sowohl der verstorbene Kollege Paul als auch seine Kollegen über mehrere Monate hinweg geleistet haben, spricht ebenfalls für sich."

Der ÖTV-Kreisvorstand veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt:

„Der ÖTV-Kreisvorstand stellt sich vor die von Kündigungen bedrohten Vertrauensleute. Er wird über den Rechtsschutz hinaus vermittelnd im Interesse der Betroffenen politisch tätig werden, um die beabsichtigten Entlassungen zu verhindern. Der Schutz der Organisation gilt ebenfalls für alle Kolleginnen und Kollegen der VHS."

Tarifrunde '80

Ultimatum für öffentlichen Arbeitgeber

STUTTGART.— Die Verhandlungen über Lohn- und Gehaltserhöhungen für die rund 2,4 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind am Samstagabend vorerst gescheitert. Auch das neue Angebot des Bundesinnenministers in Höhe von 6,3 Prozent wurde von der Verhandlungskommission der ÖTV zurückgewiesen. Die Gewerkschaft fordert nach wie vor Einkommensverbesserungen in Höhe von 9,5 Prozent, mindestens aber 180 Mark. Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker stellte Innenminister Baum ein Ultimatum. Wenn bis zum Freitag, den 28. März kein neues Angebot vorläge, wäre ein Streik nicht mehr auszuschließen.

Bundesinnenminister Baum erklärte, er sei nach wie vor bereit, auf der Grundlage des 6,3-Prozent-Angebots weiterzuverhandeln. **Einen Mindestbetrag lehnte er allerdings ab.**

Unterdessen ist es wieder zu mehreren Warnstreiks im Bereich des öffentlichen Dienstes gekommen. **Am Freitag, den 21. März, fanden sich mehrere hundert Postbedienstete vornehmlich aus Frankfurt vor dem Verhandlungslokal in Stuttgart ein, um der Forderung der ÖTV Nachdruck zu verleihen.** Insbesondere die Auszubildenden, die eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Mark verlangen, machten durch Sprechchöre wie *5,4 Prozent sind Quark, wir wollen uns're hundert Mark"* auf ihren Standpunkt aufmerksam.

Schon am Anfang der letzten Woche war es bei Kollegen der Dortmunder Stadtverwaltung zu verschiedenen Protestaktionen gegen die starre Haltung der Unternehmerseite gekommen. Im Anschluß an die Mittagspause organisierten die Kollegen einen kämpferischen Warnstreik, in dessen Rahmen sie dem Personaldezernenten ihre Forderungen vortrugen und klarstellten, daß sie insbesondere für die Durchsetzung der Mindestforderung zu kämpfen bereit sind.

Auch in Baden-Württemberg kam es im Zuge der Tarifverhandlungen zu mehreren Arbeitsniederlegungen, an denen sich nach Angaben der ÖTV über 2 000 Kollegen beteiligten.

In Mannheim streikten Müllabfuhr und Klärwerk, in Heidelberg der städtische Nahverkehr, in Lörrach das Landratsamt sowie in Villingen und Schwenningen der Bauhof.

Urabstimmung in Hamburg

HAMBURG.— Nachdem die Unternehmer für die etwa 4 000 Beschäftigten der Heizungs- und Klimatechnik lediglich 6,38 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung angeboten hatten, hat die IG Metall für die Zeit vom 21. bis 24. März die Urabstimmung beschlossen.

Die Metaller fordern Einkommensverbesserungen in Höhe von 10 Prozent. Das Ergebnis der Urabstimmung lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Warnstreik im Rüstungskonzern

BREMEN.— Weil die Geschäftsleitung des Bremer Rüstungskonzerns VFW die Verhandlungen mit dem Betriebsrat um eine Erhöhung der Stundenlöhne um 60 Pfennig abgebrochen hat, sind in der letzten Woche etwa 600 Arbeiter aus der Produktion in einen etwa einstündigen Warnstreik getreten.

6,8-Prozent-Abschluß im Druckbereich

STUTTGART.— Die erste Tarifverhandlungsrunde am Donnerstag, den 13. März, in München für die rund 180 000 Beschäftigten der Druckindustrie war ergebnislos abgebrochen worden. Man einigte sich, am 20. oder 21. März „irgendwo im Rhein -Main-Gebiet" weiterzuverhandeln. Die IG Druck und Papier hatte die Anhebung der Löhne und Gehälter um 9,5 Prozent gefordert. Die unteren Lohngruppen sollten stärker angehoben werden.

Bereits bei der zweiten Verhandlungsrunde am 21. März in Stuttgart kam es zum Abschluß. Die Beschäftigten der Druckbranche bekommen ab 1. April 6,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Damit hat sich auch die Führung der IG Druck und Papier an die von der IG Metall und den Arbeitgeberverbänden empfohlene Leitlinie gehalten. Festzustellen ist allerdings, daß die unteren Lohngruppen nicht mit einer einmaligen Sonderzahlung abgefunden wurden, sondern nach Angaben der IG Druck und Papier folgende Lohnerhöhungen erhalten: Die Beschäftigten der Lohngruppe 1 und 2 erhalten 8,9 Prozent mehr, die der Lohngruppe 3 und 4 8 Prozent mehr, die der Lohngruppe 5 7,4 Prozent. **Das hat zur Folge, daß für die Lohngruppen 1 bis 5 faktisch ein Festgeldbetrag zwischen 125 und 133 Mark durchgesetzt wurde.**

7. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier

Jugendgewerkschafter auf richtigem Kurs!

Viele konsequente Anträge/Votum für klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik

SPRINGEN/TAUNUS.— Die 7. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier tagte am 8. und 9. März im Schulungsheim der IG Druck in Springen. Sie befaßte sich nicht nur mit unmittelbaren Problemen und Forderungen der Gewerkschaftsjugend. Sie griff auch in die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung ein, die in den letzten Monaten im DGB entbrannt ist.

Das Einleitungsreferat des Gewerkschaftsvorsitzenden Leonhard Mahlein verkleisterte erfreulicherweise **nicht** die Fragen und Probleme, die heute jedem Gewerkschafter auf der Seele brennen. Mahlein arbeitete in seinem Beitrag die Alternative heraus, die den Kern der aufgebrochenen innergewerkschaftlichen Konflikte bildet:

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf? Gewerkschaften als Ordnungsfaktor und Verteidiger des kapitalistischen Systems oder als vom Kapital und der bürgerlichen Staatsmacht unabhängige Kampforganisation der Arbeiterklasse?

Die Konferenz nahm Mahleins Ausführungen mit Zustimmung auf und nutzte sie als Grundlage, um die Weichen für eine klassenkämpferische Jugendpolitik der IG Druck und Papier zu stellen.

Die Delegierten verzichteten aber nicht darauf, den teilweise krassen Widerspruch zwischen den von Mahlein vertretenen fortschrittlichen Positionen und vielen Aspekten der gewerkschaftlichen Praxis aufzudekken, der mit Einschränkungen auch für die IG Druck kennzeichnend ist. Ein Delegierter sagte in diesem Zusammenhang gegenüber dem „Roten Morgen“: *„In sehr vielen Punkten fühlte man sich durch das Referat des Kollegen Mahlein als oppositioneller Gewerkschafter bestätigt. Andererseits drängt sich aber die Frage auf, wie sich Mahleins Aussagen mit der Praxis in Einklang bringen lassen, die ja auch in der IG Druck teilweise in eine ganz andere Richtung betrieben wird?“*

Über 60 Anträge und Resolutionen wurden von den 45 Delegierten behandelt und verabschiedet. Im folgenden bringen wir einige der wichtigsten davon in zusammengefaßter Form:

Ein Antrag zur Tarifpolitik für jugendliche abhängig Beschäftigte fordert als kurzfristig durchzusetzende Verbesserung unter anderem die Abschaffung aller Altersklassen bei Lohn und Gehalt in allen Tarifbereichen, die Anhebung der Auszubildenden-Vergütungen auf 50 Prozent des (monatlichen) Facharbeiterecklohnes und die Verringerung der DM-Abstände zwischen den einzelnen Ausbildungsjahren. Mittel- und langfristig setzt der Antrag unter anderem folgende Zielmarken: 13. Monatseinkommen für jugendliche Auszubildende auf der Basis des jeweiligen Facharbeiterecklohnes bzw. Angestelltengehalts; 15 Tage Bildungsurlaub im Jahr; Sicherung von quantitativ und qualitativ ausreichenden Ausbildungsplätzen sowie der Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung.

In einer Reihe von Anträgen wandte sich die Konferenz gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die Angriffe des Staates und der reaktionären gesellschaftlichen Kräfte auf die Gewerkschaften. Die Anträge fordern einen gewerkschaftlichen Kampf der IG Duck und des DGB gegen diese Maßnahmen und Angriffe als da sind Berufsverbote, Bespitzelung von Gewerkschaftern und Betriebsräten, Aussperrungsterror usw.

Neben der Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung wird auch gefordert, daß die Gewerkschaft, gegebenenfalls auch der DGB insgesamt, mit Betriebsbesetzungen und massiven Streikmaßnahmen antworten muß, sobald die Unternehmer eine Aussperrung verhängen.

Eine politisch wichtige Entscheidung traf die Konferenz, als sie mehrheitlich einen Antrag zurückwies, der die verbrecherische Aggression der Sowjetunion in Afghanistan rechtfertigen sollte. Statt dieses reaktionären Antrags wurde ein konsequent antiimperialistischer Antrag verabschiedet, der die sowjetische Intervention scharf angreift und den bedingungslosen Abzug der fremden Truppen fordert, der aber andererseits gleichzeitig die Expansionspolitik der NATO sowie die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der BRD verurteilt.

Zu den innergewerkschaftlichen Konflikten nahm der Kongreß ebenfalls Stellung und zwar gegen den reaktionären Kurs maßgeblicher DGB-Führer wie Vetter, Loderer und Hauenschild. So verurteilte eine Resolution scharf „die Kündigung und Zensur beim ,'ran'-Jugendmagazin“. Ferner fordert die Konferenz vom Vorstand der IG Metall die Einstellung des Ausschlußverfahrens gegen den Mannesmann-Betriebsratsvorsitzenden Herbert Knapp. Ein Antrag weist die gewerkschaftsfeindliche Hetze von der „kommunistischen Unterwanderung“ des DGB zurück und stellt klar, „daß kommunistische Kollegen ihren Platz in der Gewerkschaft haben“. Lassen wir zum Schluß noch einmal den bereits oben zitierten Konferenzteilnehmer zu Wort kommen, um damit gleichzeitig ein Fazit dieser Konferenz zu ziehen:

„Es ist gut, daß wir uns jetzt stärker als bisher auf den Vorsitzenden unserer Gewerkschaft berufen können, wenn wir für eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik kämpfen. Wir müssen den DGB zur Kampforganisation der Arbeiterklasse machen. Das erreichen wir, wenn wir gegen die Verfechter der Sozialpartnerschaft (Mahlein nannte sie ,Gewerkschaftstechnokraten mit konservativer Ideologie') also wenn wir gegen diese Kräfte einen intensiven Kampf führen, der hart und lang sein muß. Klar ist aber auch, daß wir dabei jetzt gut vorwärtskommen. Diese Jugendkonferenz ist ein Beispiel dafür.“

Der Gewerkschaftskommentar

Angebliche Gewalttätigkeiten, von denen sogar ein Sprecher des Offenbacher Polizeipräsidiums erklärt hat, daß sie gar nicht stattgefunden hätten, wurden ohne Beweiserhebung als wahr unterstellt und zum Vorwand genommen, um die IG Druck und Papier zu einer Schadensersatzzahlung von fast 60 000 Mark an die Firma TER-Druck zu verdonnern. Die Zehnte Zivilkammer des Frankfurter Landgerichts lieh den TER-Druck-Kapitalisten ein offenes Ohr und entschied „im Namen des Volkes“, daß ihnen für den wegen der verhinderten Streikbruchausgabe der „Times“ durch die Lappen gegangene Profit Ersatz zustehe. Und zwar aus den sauer und ehrlich verdienten Beitragsgroschen der IG-Druck-Mitglieder.

Solidarität mit der IG Druck!

Doch dem nicht genug. Von der Staatsanwaltschaft wurden außerdem drei Gewerkschafter (unter ihnen der Frankfurter Bezirkssekretär der IG Druck sowie ein Betriebsratsvorsitzender) wegen Teilnahme an der Solidaritätsaktion wie Verbrecher unter Anklage gestellt. Strafanzeige war von der Firma TER-Druck und vom Verband der Zeitungsverleger gestellt worden. Die Kollegen sollen Landfriedensbruch, Nötigung, schweren Hausfriedensbruch und sogar versuchte Brandstiftung begangen haben. Eine Verurteilung auf dieser Basis würde jahrelange Gefängnisstrafen bringen.

Die Kapitalisten können zehntausende Arbeiter und Angestellte mit dem Terrorinstrument der Aussperrung erpressen. Wenn dann die Kollegen voller Empörung fordern: „Wer aussperrt, gehört eingesperrt!“ dann ruft dies bei den maßgeblichen Vertretern bundesdeutscher Justiz höchstens ein zynisches Grinsen hervor.

Die international organisierte Konzernmafia kann zwecks Durchsetzung ihrer Profitinteressen Arbeitsplätze vernichten soviel sie will. Sie kann Tausenden den mühsam errungenen und sowieso kümmerlichen sozialen Besitzstand rauben. Sie darf Arbeiter und ihre Familien beruflich ruinieren und ins Elend stürzen. Dies alles lockt landauf-landab keinen einzigen Staatsanwalt hinter dem Ofen hervor. Doch wehe, wenn die Konzernherren ihr „Recht“ auf höchstmöglichen Profit angetastet sehen! Oh, da sind sie zur Stelle, die Hüter von Recht und Ordnung!

Den Arbeitern bleibt doch nichts anderes übrig, als den international operierenden Profithaien ihre internationale gewerkschaftliche Solidarität entgegenzustellen. Anders ist — das zeigt sich immer deutlicher — eine erfolgreiche gewerkschaftliche Gegenwehr kaum noch möglich. Aber tun die Arbeiter dies, und zwar konsequent und wirkungsvoll, so wie es bei TER-Druck gegen den Streikbruchversuch der „Times“-Bosse geschah, heulen die Konzernherren auf und Staatsanwalt und Richter wetzen ihre Paragraphen.

Wir appellieren an alle unsere Leser: Solidarisiert euch mit der IG Druck und Papier und mit den angeklagten Gewerkschaftern!

Auf einer Solidaritätsveranstaltung, die vor zwei Wochen von den Vertrauensleuten im Ortsverband Stuttgart der IG Druck und Papier für die angeklagten Kollegen organisiert wurde, erklärten die Redner völlig zu Recht, daß hier ein weiterer Angriff auf unsere ohnedies bereits eingeschränkte gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit vorliegt. Dieser Angriff muß auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen!

Eine geschlossene Reaktion des DGB und seiner Einzelgewerkschaften ist in diesem Fall absolut notwendig. Leider war von entsprechenden Verlautbarungen oder Maßnahmen der DGB-Führung bislang wenig oder gar nichts zu hören. Das muß sich schnellstens ändern!

Mahlein übt scharfe Kritik an DGB-Rechten

Gegen Sozialpartnerschaft — für Klassengewerkschaft

Zur Rede des IG-Druck-Vorsitzenden auf der Bundesjugendkonferenz

SPRINGEN/TAUNUS.— Leonhard Mahlein, der Vorsitzende der IG Druck, hat auf der 7. Bundesjugendkonferenz seiner Gewerkschaft ein aufsehenerregendes Referat gehalten. Man muß Mahlein bescheinigen, daß der als führender Vertreter einer DGB-Gewerkschaft in dieser Rede überraschend offen und kritisch, aber auch selbstkritisch, brennende Fragen der Gewerkschaftspolitik aufgegriffen und von fortschrittlichen Positionen aus beleuchtet hat.

Mahlein ging eingangs auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ein, wobei er die Feststellung traf, daß sich nach 1945 im DGB jene Kräfte, die *„im politischen Spektrum auf der rechten Seite stehen“*, durchsetzen konnten. Zu den Methoden der Richtungskämpfe im DGB sagte Mahlein unter Hinweis auf den ehemaligen IG-Bau-Führer und späteren Verteidigungsminister Georg Leber, sozialdemokratische und christdemokratische Kräfte im DGB-Apparat hätten den Kampf *„gegen Kommunisten in offener und verdeckter Feldschlacht geführt* (bzw. führten ihn immer noch so), *die letzlich bei manchen Gewerkschaften in direkten Säuberungsprozessen endeten“*.

Mahlein ging desweiteren auch auf den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm des DGB ein. Dabei stellt er fest, daß in der Präambel des Entwurfs sozialpartnerschaftliche und klassengewerkschaftliche Positionen *„unverbunden und offen widersprüchlich nebeneinander“* stehen. Auf der einen Seite enthalte die Präambel zwar einen Ansatz dazu, *„die Politik der Einheitsgewerkschaft auf den unauflösbaren Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu beziehen und die gewerkschaftliche Unabhängigkeit als Klassen- und Gegenmacht zu bestimmen“*.

Auf der anderen Seite aber berufe sich die Präambel auf „ethische und politische Grundhaltungen“, die zum Inhalt haben, am „Ausbau des sozialen Rechtsstaates“ und an der „demokratischen Gestaltung des sozialen Rechtsstaats“ mitzuwirken.

Mit der Widersprüchlichkeit dieser Präambel und der Anerkennung einer *„auf den demokratischen Staat vertrauenden sozialpartnerschaftlichen Integrationspolitik“* sei vorprogrammiert, *„daß die erzwungene oder freiwillige Verpflichtung der Gewerkschaften ,aufs Gemeinwohl' zu einem weiteren Autonomie-Verlust führen wird“, denn der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit werde sich weiter verschärfen.* Damit könne auch *„die ebenfalls proklamierte Aufgabe der Gewerkschaften, ,die Ursachen der wirtschaftlichen Abhängigkeit und der gesellschaftlichen Unterlegenheit der Arbeitnehmer zu beseitigen', nicht verwirklicht werden“.*

Mahlein versicherte, *„daß wir uns nicht als Ordnungsfaktor in einer hinzunehmenden, unveränderbaren Gesellschaft verstehen. Wir müssen verdeutlichen, daß wir nichts von Ideologien einer Sozialpartnerschaft mit einer fast festgeschriebenen Funktion der Gewerkschaften halten, in der die Unternehmer allein an den Schalthebeln der Macht sitzen“.*

Zur Tarifpolitik erklärte er folgendes: *„Wir müssen die Ablehnung der Unterordnung der Tarifpolitik unter die Gewinninteressen einer Minderheit deutlich zum Ausdruck bringen. (...) — Unsere Sorge gilt nicht einer realitätsblinden Ideologie der Marktwirtschaft oder einer wirklichkeitsfremden Idylle einer Sozialpartnerschaft. — Unsere vorrangige Sorge hat den Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängigen Beschäftigten zu gelten.*

Im weiteren wies Mahlein darauf hin, daß die Tarifautonomie nicht nur von der Regierung, der Bundesbank, dem Sachverständigenrat usw. ständig mißachtet wird, *„sondern daß die Gewerkschaften selbst sie mit den Füßen treten“.*

Offensichtlich die IG Metall und die Mißachtung demokratischer Entscheidungen der Vertrauensleute von Opel Rüsselsheim und der hessischen Tarifkommission durch den IGM-Vorstand sind gemeint, wenn Mahlein die Frage stellt: *„Was kann gewerkschaftliche Autonomie tarifpolitisch noch für eine Sinn haben, wenn in einem großen Industriebetrieb ein durch Vorstandsbeschluß auf alle Länder übertragener Tarifabschluß die Wirkung einer Zange auf alle nachfolgenden Gewerkschaften ausübt? Wenn dann schon die bürgerlichen Gazetten lauthals verkünden — damit ist die Tarifrunde 1980 gelaufen!*

Oder sollte es so gewollt sein?“

Soweit einige wichtige Passagen aus dem Referat des IG-Druck-Vorsitzenden. Wir haben sie deshalb zitiert, weil wir in der Sache weitgehend den gleichen Standpunkt vertreten, und weil wir es begrüßen, daß Mahlein in solcher Schärfe und mit dieser überraschenden Offenheit wichtige Aspetke der verhängnisvollen Politik der DGB-Führung und rechter Kräfte und Führer im Apparat des DGB und seiner Einzelgewerkschaften kritisiert.

Gleichzeitig aber sehen wir, und auch alle klassenbewußten Gewerkschafter sehen dies, daß zwischen Mahleins kritischen Stellungnahmen und der praktischen Tätigkeit und Politik des Hauptvorstands der IG Druck bzw. von Teilen des Funktionärskörpers, ein krasser Widerspruch besteht. Wie läßt sich beispielsweise — um nur ein Beispiel zu nennen — der schändliche Tarifabschluß, den die IG-Druck-Führer vor wenigen Tagen der Basis aufs Auge gedrückt haben, mit Mahleins Ausführungen zur Tarifpolitik vereinbaren?

Sicher, Mahlein geht in seiner Rede auf diesen Widerspruch ein. *„Jede Gerwerkschaft, die autonome Tarifpolitik bestreiten will, müßte sich aus dieser Zangen-Umklammerung befreien; sie würde gegen den Strom schwimmen und zwangsläufig unter die Knute des Tabu-Katalogs, der Aussperrung geraten.“*

Mahlein will offenbar sagen, die IG Druck als kleine Gewerkschaft könne nicht im Alleingang eine konsequente Klassenpolitik betreiben. Sie würde dabei Schiffbruch erleiden.

Diese Rechtfertigung können wir jedoch nicht gelten lassen. Sicher muß man auch taktieren und Kompromisse eingehen. Aber dabei darf niemals der Kampf um die Durchsetzung der Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse aufgegeben werden.

Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist zu Recht empört über die faulen Kompromisse, die Verrätereien und die bürokratische Pervertierung des Gewerkschaftsapparats. Es gibt tausende Gewerkschaftsfunktionäre, die bereit wären, einer Politik der Klassengewerkschaft zu folgen.

Die Alternative steht so: Entweder gestützt auf die Massen und fortschrittlichen Funktionäre, eine revolutionäre Politik verfechten, oder auf die Positionen der völligen Anpassung an die Reaktion und des Arbeiterverrats herabzusinken. Die einzige wirkliche Perspektive liegt in der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition.

Skandalöser Brief aus dem Kriegsministerium

Sippenhaft für die Frau von General Bastian

Am 17. Januar wurde der Generalmajor Gert Bastian wegen seiner Kritik am Atomraketenbeschluß der NATO strafversetzt. Zwei Wochen später bekam seine Frau — freie Mitarbeiterin in Apels Ministerium — einen Drohbrief ihres Vorgesetzten, mit dem sie dazu gezwungen werden sollte, sich von ihrem Mann zu distanzieren.

Frau Bastian ist Mitarbeiterin einer Abteilung, die sich „Psychologische Verteidigung" nennt. Angesichts des erwähnten Briefes, der in der vergangenen Woche bekannt wurde, zog sogar der Professor Klaus von Schubert von der Bundeswehr-Hochschule in München einen deutlichen Vergleich zwischen dieser Abteilung und ihrer Vorgängerin in Hitlers Wehrmacht: „Die psychologische Kampfführung wurde zwar in Psychologische Verteidigung umbenannt. Die Sache und der Mann scheinen allerdings dieselben geblieben zu sein."

Der Mann — das ist Günther Wagenlehner, Referent für Psychologische Verteidigung im Bonner Kriegsministerium. In seinem Brief vom 30. Januar macht er Charlotte Bastian für das Verhalten ihres Mannes mitverantwortlich. Da heißt es etwa: „Als Mitarbeiterin der Psychologischen Verteidigung hätten Sie Ihren Mann von dem für die Bundeswehr und für unser Land verhängnisvollen Weg abhalten müssen." Oder: „Sie hätten... gegen dieses Treiben protestieren müssen." Und weil Frau Bastian das nicht getan hat, wird ihr vorgeworfen, daß „Sie schon den sowjetischen Standpunkt übernommen haben".

So weit ist es in diesem Staat also schon gekommen: Nur weil Charlotte Bastian sich geweigert hat, gegen ihren Mann und dessen berechtigte Kritik an der massiven Atomrüstung der NATO Stellung zu beziehen, wird sie in den Ruch einer Agentin Moskaus gebracht. Wagenlehner läßt sich in seinem Drohbrief ausführlich darüber aus, daß die Bastians „linksradikalen" Bestrebungen Vorschub geleistet haben. Und in diesem Zusammenhang schreibt er:

„Eine andere linksradikale Zeitschrift, die prokommunistische ‚Tat', vergleicht den Panzer-General Bastian mit Generaloberst Beck (Teilnehmer des Putsches vom 20. Juli 1944 gegen Hitler — RM). Der wurde allerdings für seinen Widerstand gegen Hitler hingerichtet. Wie schön für Sie, daß es heute für den Widerstand gegen demokratische Entscheidungen Pensionen gibt — oder wenigstens Posten in der Wirtschaft, bei den Grünen oder bei linken Parteien".

Dieser gehässige Anwurf sucht wahrhaftig seinesgleichen. In jeder Zeile schimmert das tiefe Bedauern des Herrn Wagenlehner darüber durch, daß man heute nicht mehr wie vor vier Jahrzehnten kurzen Prozeß mit solchen Militärs machen kann, die ihren Kopf auch zum Denken gebrauchen. Da kann man dem Professor von Schubert nur zustimmen, daß hier der alte Geist von Hitlers psychologische Kampfführung schon wieder oder noch immer wirksam ist.

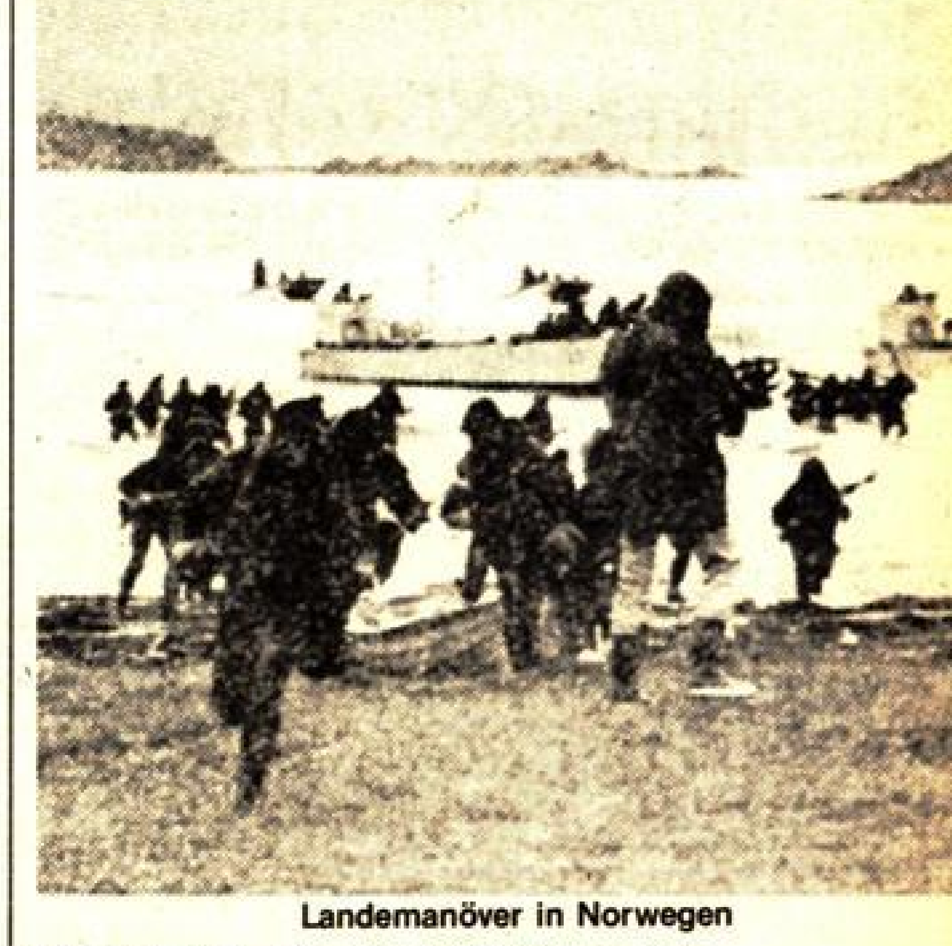
Die Sache ist wirklich die gleiche, nur mit einem demokratischen Mäntelchen verhüllt. Besonders deutlich wird das, wo Wagenlehner an Charlotte Bastian schreibt: „Es gibt in der Demokratie kein individuelles Recht auf Widerstand; denn eine legal zustandegekommene Entscheidung demokratischer Organe ist für jeden verbindlich." Was bleibt da noch übrig? Nur der bedingungslose Gehorsam gegenüber dem Bonner Staat und seiner verhängnisvollen Kriegspolitik.

Wagenlehners Brief gibt jedoch auch Aufschluß darüber, warum die Herren im Kriegsministerium derart unverschämt um sich schlagen und warum ihnen der Fall Bastian (siehe Artikel auf dieser Seite) in die Knochen gefahren ist: „Ich bin sicher", schreibt Apels Referent, „daß das schlechte Beispiel Schule machen wird. Oppositionelle aus dem links- und rechtsextremistischen Lager aller Art, Drückeberger beziehungsweise ihre Rechtsanwälte werden sich bei Gehorsamsverweigerung darauf berufen. Die ist letztlich mein Grund, über das schlechte Beispiel und seine Folgen besorgt zu sein. Was Ihr Mann da angerichtet hat, müssen wir nun ausbaden."

Streicht man einige demagogische Formulierungen weg — zum Beispiel die Gleichsetzung von links und rechts, wobei ja bekannt ist, daß faschistische Tendenzen in der Bundeswehr geradezu gefördert werden —, dann bleibt die Angst des Bonner Kriegsministeriums davor, daß sich ein demokratischer und kritischer Geist auch in der Bundeswehr ausbreitet.



General Bastian (vorne).



Landemanöver in Norwegen

Manöver „Anorak-Express"

Übung der NATO-Eingreiftruppe

OSLO. — In Norwegen ging in der vergangenen Woche das NATO-Manöver „Anorak-Express" zu Ende. Es war mit 24 000 Beteiligten das größte Manöver, das jemals im Norden dieses Landes stattfand.

Der wesentliche Zweck dieses Manövers in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Grenze war das Training der NATO-Eingreiftruppe AMF („Allied Mobile Forces"). Sie setzt sich aus Einheiten verschiedener Länder zusammen und kann binnen weniger Tage mobilisiert werden. Einsatzziele dieser Truppe sind vor allem die Nord- und Südflanke der NATO.

An dem Manöver beteiligten sich auch US-Marineinfanteristen, die berüchtigten Ledernacken. Zum Teil waren es Einheiten mit Vietnam-Erfahrung. Wie die bürgerliche Presse berichtete, führten die Ledernacken Landkarten mit, auf denen Deutschland in den Grenzen von 1937 und die Sowjetrepubliken Litauen, Estland und Lettland als selbständige Staaten eingezeichnet waren.

Prozeß gegen zwei Stabsoffiziere

„Judenverbrennung" in der Bundeswehrhochschule

MÜNCHEN. — In der vergangenen Woche begann in München ein Prozeß gegen zwei Offiziere der Bundeswehr, einen Obersten und einen Major, wegen Vergehens gegen das Wehrgesetz. Die Offiziere — ehemalige Lehrer an der Bundeswehrhochschule Neubiberg — hatten antisemitische Ausschreitungen ihrer Schüler gedeckt und nicht an die Staatsanwaltschaft gemeldet.

Der Vorfall liegt jetzt schon über drei Jahre zurück. Etwa 20 Offiziersschüler hatten am 16. Februar 1977 in der Bundeswehrhochschule einen Polterabend gefeiert. Im Verlauf dieser Feier wurde unter anderem eine Polonaise getanzt, zu der die Soldaten das Horst-Wessel-Lied absangen. Es wurden faschistische Parolen gerufen wie „Sieg Heil!" oder „Juden raus aus Deutschland". Und zum Schluß der Feier wurde ein Feuer entzündet, in dem die Offiziersschüler symbolisch Juden verbrannten.

„Legt noch einen Juden nach", wurde da geschrieen. Oder einer dieser künftigen Offiziere machte Rapport: „Herr General, ich melde, 1 000 Juden verbrannt". Man sollte meinen, daß derartige Exzesse den sofortigen Hinauswurf und die Bestrafung der antisemitischen Hetzer nach sich gezogen hätten. Aber nichts dergleichen geschah. Die zuständigen — und jetzt angeklagten Offiziere fanden an den Ausschreitungen ihrer Schüler offenbar nichts auszusetzen.

Der Major erklärte jetzt vor Gericht, er hätte sogar davon abgesehen, ein Disziplinarverfahren zu eröffnen. Für ihn war alles nur das „Resultat eines Trinkgelages". Und der Oberst verteidigte noch jetzt die Tatsache, daß er seinen gesetzlichen Pflichten nicht nachgekommen ist: „Wir sind keine Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft."

So wären denn die faschistischen Krawalle mit der Hilfe dieser Offiziere völlig vertuscht worden, hätte nicht seinerzeit die „Frankfurter Rundschau" einen Bericht darüber gebracht. Erst jetzt sah sich das Bonner Kriegsministerium genötigt einzuschreiten und die Vorfälle zu untersuchen. Und vor dem Landgericht München I wurde der jetzt laufende Prozeß gegen die beiden Offiziere eröffnet. (Ein Verfahren gegen die antisemitischen Hetzer selbst ist inzwischen eingestellt worden!).

Der Prozeß in München enthüllt das ganze Ausmaß der Kumpanei, die man im Offizierskorps der Bundeswehr nicht nur an der Hochschule von Neubiberg immer dann antrifft, wenn es darum geht, faschistische Provokationen zu decken. Und Apels Ministerium spielt dabei auch seine aktive Rolle. So trat ein Rechtsberater dieses Ministeriums im Verlauf des Prozesses mit der unglaublichen Erklärung hervor, daß Offiziere des öfteren Nazi-Lieder gesungen hätten. Sie wären aber nicht bestraft worden, weil dabei „das Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit fehlte".

Hintergrund

Der Fall Bastian

Generalmajor Gert Bastian war bis zum 17.1. dieses Jahres Kommandeur der 12. Panzerdivision in Veitshöchheim bei Würzburg. Er wurde von Minister Apel über Nacht seines Kommandos enthoben und strafversetzt, nachdem er in einem Memorandum an Apel unter anderem den Beschluß der NATO kritisiert hatte, in Westeuropa — vor allem in der Bundesrepublik — amerikanische Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen zu stationieren.

Mit den Maßnahmen gegen Bastian hat Apel die reaktionäre Politik seiner CDU-Vorgänger fortgesetzt. Man fühlt sich beispielsweise an den Fall des Generalobersten von Bonin erinnert, der unter Adenauer noch vor dem offiziellen Entstehen der Bundeswehr für die militärische Planung im Amt Blank verantwortlich war. von Bonin, einer der wenigen Wehrmachtsgeneräle, die in Opposition zu Hitler gestanden hatten (er war bis zur Befreiung in einem KZ inhaftiert), wollte nur eine kleine Armee in der Stärke von etwa 200 000 Mann aufbauen. Darüber hinaus trat er gegen die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO und gegen eine Atombewaffnung ein.

von Bonin wurde von Adenauer gefeuert, noch bevor die ersten Einheiten der Bundeswehr aufgestellt wurden. Und alte Hitler-Generäle wie Speidel und Heusinger, die schon einmal den millionenfachen Massenmord geplant und durchgeführt hatten, bekamen jetzt das Kommando über die Bundeswehr, wo sie im Rahmen der aggressiven „Vorwärtsverteidigung der NATO an ihre frühere Tätigkeit anknüpfen konnten.

Damals ging es um so grundsätzliche Fragen wie die Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus und die Eingliederung unseres Landes in das westliche von den USA kommandierte Kriegsbündnis. Und um diese Fragen geht es — wenn auch unter veränderten Bedingungen — heute noch. Das gilt vor allem für den erwähnten Raketenbeschluß der NATO. Sollte er verwirklicht werden, hätten die amerikanischen Imperialisten die Möglichkeit, bei weitgehender Schonung ihres eigenen Territoriums einen atomaren Vernichtungskrieg gegen die andere Supermacht vom Boden der Bundesrepublik aus zu führen. Das würde unser Land vollends in eine einzige Abschußrampe für US-Atomraketen verwandeln. Und Breschnew hat in seiner Polemik gegen den Raketenbeschluß keinen Zweifel daran gelassen, daß Moskau im Falle eines atomaren Schlagabtausches zwischen den Supermächten unser Land in Schutt und Asche legen würde.

Bastian hat diese Konsequenzen in seinem Memorandum an Apel durchaus realistisch beschrieben: „Bei einer Neuverteilung der nuklearen Kapazität, wie sie am 12.12. 1979 in Brüssel beschlossen worden ist, wären die Überlebenschancen der Mitteleuropäer bei einem Versagen der Abschreckung allerdings noch geringer (als bei einem Krieg mit konventionellen Waffen), nämlich gleich Null."

Der Generalmajor hat auch die Lüge von der angeblichen westlichen Raketenlücke zurückgewiesen. Gestützt unter anderem auf Untersuchungen des Generals a.D. Baudissin hat er festgestellt, daß von einer Überlegenheit des Warschauer Pakts bei den Atomraketen nicht die Rede sein könne und daß der Raketenbeschluß der NATO eine „sinnlose Eskalation des Wettrüstens" darstellt. Diese richtige Kritik, die ja auch von großen Teilen der Regierungspartei SPD vertreten wird, genügte schon, um Apel — begleitet vom Applaus der Strauß und Co. — gegen Bastian aktiv werden zu lassen.

Wie schon beim letzten SPD-Parteitag, wo jeder Widerstand der Delegierten gegen den Raketenbeschluß niedergebügelt wurde, zeigt sich auch im Fall Bastian wieder, daß die SPD-Führer den Kurs der Hochrüstung bedenkenlos durchsetzen, daß sie darüber hinaus unser Land immer mehr zum Feld für amerikanische Atomabenteuer machen. Und in der Bundeswehr — wo, wie erwähnt, noch die blutigsten Generäle Hitlers ihren Platz gefunden haben — soll für einen Mann wie Gert Bastian kein Platz mehr an der Spitze eines Kommandos sein.

Es liegt auf der Hand — und die schnelle Reaktion Apels auf Bastians Memorandum verdeutlicht das —, daß es bei der Strafversetzung des Generalmajors nicht nur um dessen Person allein ging. Diese Maßnahme war zugleich ein deutlicher Warnschuß für alle Offiziere und Soldaten, die nicht bedingungslos den gefährlichen NATO-Kurs mitmachen wollen. Insofern diente der Schlag gegen Bastian der weiteren reaktionären Formierung der Bundeswehr.

Schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung

7 1/2 Monate mit Bewährung für Neonazi Hoffmann

Hoffmann muß hinter Gitter

TÜBINGEN.— Letzte Woche ging vor dem Landgericht Tübingen nach fünfmonatiger Verhandlung ein Berufungsverfahren gegen den Führer der verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann und vier seiner Spießgesellen zu Ende. Am 18. Oktober 1977 war Neonazi Hoffmann wegen desselben Delikts zu zehn Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden.

Der Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs und der gefährlichen Körperverletzung in acht Fällen geht zurück auf einen Vorfall vom 4. Dezember 1976. Der „Rote Morgen" schrieb damals (Nr. 51/76):

„Unter dem Vorwand eines Vortrags über Rhodesien hatte der faschistische Hochschulbund Tübinger Studenten (HTS) den berüchtigten Karl-Heinz Hoffmann (...) nach Tübingen eingeladen. Der eigentliche Zweck der Veranstaltung war ein anderer. Hoffmann hat erst vor kurzem dem rhodesischen Rassistenchef Smith zugesichert, 1 000 Söldner für das Rassistenregime anzuheuern. Zu diesem Zweck hatte Hoffmann schon in mehreren Zeitungen inseriert und Veranstaltungen durchgeführt, um Faschisten als Söldner zu werben."

Doch fanden sich die Veranstalter etwa 150 antifaschistischen Studenten gegenüber, die entschlossen waren *„der rassistischen Hetze gegen die ‚schwarzen Untermenschen' in Afrika (so die faschistische Zeitung der HTS) entgegenzutreten. Der Faschist setzte daraufhin kurzerhand seinen Vortrag ab und zog mit zwei Dutzend seiner Berufskiller gegenüber der Kundgebung auf (...). Auf Kommando zogen die Hoffmann-Söldner Totschläger, Stahlruten, Holzstangen und Tränengaswaffen hervor und fielen wild über die Studenten her."*

Am 18. Oktober 1977 wurden nicht nur Hoffmann und seine Schläger verurteilt, auch ein antifaschistischer Student, der willkürlich aus den Demonstranten herausgegriffen worden war, wurde zu sechs Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt.

Damals ließ der Richter nicht nur zu, daß Hoffmanns Zeugen ausstaffiert mit verbotenen Nazi-Emblemen aufmarschierten und den Nationalsozialismus verherrlichten, mit dem drastischen Gefängnisurteil sprach er faktisch ein Verbot des antifaschistischen Widerstandes aus.

Doch die Urteile wurden nicht rechtskräftig. Wegen Verfahrens- und Rechtsfehlern hob der Bundesgerichtshof die Urteile auf und gab des Verfahren an das Tübinger Landgericht zurück.

Beim zweiten Verfahren wurden gleich drei Antifaschisten zu einer Geldstrafe verurteilt. Karl-Heinz Hoffmann kam diesmal mit einer siebeneinhalbmonatigen Gefängnisstrafe davon, vier seiner Spießgesellen erhielten sechs Wochen.

Abgesehen von dem skandalösen Spruch gegen die Antifaschisten und dem viel zu geringen Strafmaß gegen Hoffmann — es ging immerhin um **schweren** Landfriedensbruch und **gefährliche** Körperverletzung — ist es durch nichts zu rechtfertigen, daß Hoffmanns Gefängnisstrafe erneut zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Hoffmann ist immerhin der Führer einer **verbotenen gewalttätigen Faschistentruppe.**

Hoffmann ist **mehrmals einschlägig vorbestraft.** Hoffmann hat erst kürzlich Passanten **und Polizisten** tätlich angegriffen.

Durch dieses Urteil signalisiert das Tübinger Landgericht unverhohlen seine Sympathie mit dem faschistischen Verbrecher.

Proteste gegen Schandurteil

Ungefähr 200 Antifaschisten waren zu dem Prozeß im Tübinger Landgericht gekommen. Der Gerichtssaal war sofort voll besetzt. In Sprechchören wurde das Gericht aufgefordert, Lautsprecher vor das Fenster zum Hof zu stellen, damit auch diejenigen der Verhandlung folgen könnten, die keinen Platz im Saal mehr gefunden hatten.

Nach der skandalösen Verurteilung der drei Antifaschisten formierten sich die Prozeßbesucher zu einem Demonstrationszug, um gegen dieses Urteil zu protestieren.



Demonstrationsrecht

Betont liberal gibt sich der Innenminister Baum — vor allem, wenn gerade Wahlkampf ist. Als ihm bei einer Wahlkundgebung in Mannheim Ende Februar ein Transparent entgegengehalten wurde, auf dem die Zusammenlegung von politischen Gefangenen gefordert wurde, benutzte Baum die Gelegenheit, um auszurufen: „In diesem Land gehört das Demonstrationsrecht zu den Grundfreiheiten der Bürger. Ich sympathisiere in keiner Weise mit diesen Forderungen. Aber diese Leute haben das Recht zu demonstrieren."

Doch noch während Baum dieses Bekenntnis ablegte, war die Polizei schon eingeschritten. Schließlich ist sie ja nicht auf den Schutz von „Grundfreiheiten" sondern auf die Beseitigung von „Störern" gedrillt. Und da fällt es natürlich schwer, plötzlich umzuschalten — auch wenn man dadurch seinen obersten Dienstherrn der Lüge überführt.

Antifaschistische Aktionen in Hamburg und Nürnberg

Ohne Polizeischutz hätten die Nazis keine Chance

Für das Verbot aller neofaschistischen Organisationen

Die Kanzerkandidatur von Franz Josef Strauß stößt nicht bei allen Menschen auf Ablehnung und Widerstand. Die Mitglieder und Anhänger neofaschistischer Organisationen begrüßen ihn als starke Führerpersönlichkeit und hoffen, mit ihm zu neuen Ufern streben zu können. Doch stoßen sie bei ihren kümmerlichen Aktionen auf immer breiteren Widerstand.

HAMBURG. — So hatte die Hamburger NPD beschlossen, am 29. Februar in Hamburg-Bergedorf eine Veranstaltung mit dem Chefredakteur der „Deutschen Nationalzeitung" durchzuführen.

Die Hamburger Behörden bemühten sich redlich, den Faschisten jedes Hindernis für ihr Vorhaben aus dem Weg zu räumen. Der zuständige Bezirksamtsleiter König (SPD) hatte alle Anträge auf Verbot der NPD-Veranstaltung zurückgewiesen; zusätzlich gab er den Antifaschisten den trügerischen Rat, die Neonazis am besten gar nicht zu beachten.

Natürlich folgten die Antifaschisten diesem Rat keineswegs. Ein in Bergedorf ansässiges Anti-Strauß-Komitee führte eine Gegenkundgebung durch, die von der VOLKSFRONT unterstützt wurde. Außerdem hatten zahlreiche Jugendliche schon gegen Mittag den Veranstaltungsraum besetzt, mußten ihn jedoch angesichts einer erdrückenden Übermacht von Polizeikräften wieder räumen. Also wurden die Eingänge des Veranstaltungsraumes belagert.

Etwa 400 meist jugendliche Antifaschisten beteiligten sich daran. Vorher hatte die VOLKSFRONT ein Flugblatt verbreitet, das zum Widerstand gegen die Neonazis aufrief.

Gegen 19 Uhr erschienen die ersten Faschisten. Die Polizei setzte Hunde ein und fuhr drohend einen Wasserwerfer auf, um den Faschisten eine Gasse freizumachen. Doch die Antifaschisten schlossen immer wieder die Reihen.

Parolen ertönten: „Nazis raus aus unsrer Stadt, wir haben den Faschismus satt!" — „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!" — „Polizei, SA, SS!" — Das Moorsoldatenlied wurde angestimmt.

Bei den Angriffen der Polizei wurden zahlreiche Antifaschisten verletzt.

***

NÜRNBERG. — Als am Samstag, den 15. März ein Vorstandsmitglied der NPD auf einer Kundgebung der Jungen Nationaldemokraten in Nürnberg sprechen wollte, ging seine Rede in einem wütenden Pfeifkonzert und heftigen Protesten von etwa 150 antifaschistischen Gegendemonstranten unter.

Wäre der dichte Polizeikordon nicht gewesen, der die Faschisten vor den Protesten schützte, die Jungen Nationaldemokraten wären schnell verjagt gewesen. Die Polizei nahm zwei junge Antifaschisten fest. Ihnen wurde vorgeworfen, mit Eiern geworfen zu haben. Der DGB-Vorstand des Kreises Nürnberg und der Ausländerbeirat hatten vergeblich ein behördliches Verbot der faschistischen Kundgebung beantragt.



Tübingen, 4.12.76: Hoffmann (vorne) mit Stahlrute gegen Antifaschisten.

Prozeß-Farce in Wuppertal

Fortschrittliche Anwälte wegen „räuberischer Erpressung" angeklagt

Seit dem 12. November '79 findet vor dem Landgericht Wuppertal ein Prozeß gegen drei fortschrittliche Rechtsanwälte statt. Im Feburar 1979 waren in einer spektakulären Aktion ihre Kanzlei durchsucht und dabei zahlreiche Handakten beschlagnahmt worden, auch solche, die mit dem Tatvorwurf nichts zu tun hatten. Einen Monat später wurden die Betroffenen sogar verhaftet, doch mußte das OLG den Haftbefehl 14 Tage später (nach einer gemeinsamen Protesterklärung von 40 Anwaltskollegen aus ganz Nordrhein-Westfalen) wieder aufheben.

Nun müssen sich die Rechtsanwälte Wolfgang Bissinger, Jürgen Fritzenschaft und Meinolf Weber, die sich vor allem mit der Strafverteidigung von Ausländern, Verfahren nach dem Ausländerrecht, Miet- und Arbeitsrechtssachen wie auch mit politischen Strafverfahren befassen, gegen die Anklage „räuberischer Erpressung" verteidigen. Handelt es sich also doch nur um die Verfolgung „reiner Schwerstkriminalität" wie die Staatsanwaltschaft in ihren Presseerklärungen immer wieder behauptet?

Die Anwälte selbst vertreten die Auffassung, daß man seit längerem krampfhaft einen Anlaß suchte, um die unbequem gewordene Kanzlei loszuwerden. In der Tat hat die Hauptverhandlung in den vergangenen drei Monaten nicht einen einzigen wirklichen Beweis für die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft ergeben. Worum geht es überhaupt?

Im Juni 1978 hatten die Rechtsanwälte die Verteidigung von drei Italienern übernommen, die angeblich zusammen mit einem Deutschen versucht hatten, den in Radevormwald ansässigen italienischen Gartenbauunternehmer O. Tomasco „nach Mafia-Art" um 150 000 Mark zu erpressen. Die Italiener waren zunächst verhaftet worden, die Verteidiger konnten jedoch bei der zuständigen Staatsanwaltschaft die Freilassung der drei erreichen, da die Verdachtsmomente zu dürftig waren und nur auf den Angaben des angeblich erpreßten Tomasco beruhten.

Nach ihrer Haftentlassung lud Tomasco die drei angeklagten Italiener, den deutschen Mitangeklagten und die drei Rechtsanwälte zu einem Treffen in einem Restaurant ein. Über den weiteren Verlauf gehen die Darstellungen auseinander. Nach den übereinstimmenden Angaben der Rechtsanwälte und der vier ursprünglich Angeklagten machte Tomasco während des Essens den Vorschlag, den durch seine falsche Beschuldigung entstandenen Schaden wiedergutzumachen und erklärte sich bereit, die angefallenen Anwaltshonorare von insgesamt 9 500 Mark auf das Konto der Kanzlei zu überweisen. Die Staatsanwaltschaft und Tomasco behaupten dagegen, die Rechtsanwälte und ihre Mandanten hätten beim Essen gemeinsam den Gartenbauunternehmer um die 9 500 Mark sowie 6 500 Mark, die er später an einen ihm unbekannten Boten gezahlt haben will, erpreßt.

Die gesamte Anklage beruht also allein auf der Aussage des „Kronzeugen" Oreste Tomasco. „Don Creste" (so wird er von einem der angeklagten Italiener genannt), gegen den bereits sieben bis acht (inzwischen eingestellte) Ermittlungsverfahren liefen, unter anderem wegen Steuerhinterziehung und Hehlerei, ist alles andere als ein besonders glaubwürdiger Zeuge. Er gebraucht vor Gericht am liebsten Formulierungen wie „Ich glaube zu meinen, aber beeiden kann ich das nicht", und er hat allen Grund dazu, denn inzwischen mußte er immer wieder seinen eigenen Aussagen in entscheidenden Punkten widersprechen.

Offensichtlich ist also der Prozeß längst zu einer Farce geworden, die nur noch dazu dient, die Wuppertaler Rechtsanwälte mundtot zu machen, denn immerhin sind sie von fünf Jahren Freiheitsstrafe und lebenslänglichem Berufsverbot bedroht. Selbst im Falle eines Freispruchs würden sie die Kosten für die Verteidigung zu tragen haben, die sie wahrscheinlich finanziell ruinieren würden.

Der Vorwurf eines „normalen" kriminellen Delikts hatte natürlich zunächst dazu geführt, daß viele fortschrittliche Menschen in Wuppertal meinten, es müsse ja wohl doch „etwas dran sein". Inzwischen ist jedoch die Unhaltbarkeit der Anklage offensichtlich geworden. Daß der Wuppertaler Prozeß nicht der erste Fall ist, bei dem man versucht, mit einer rein kriminellen Anklage gegen politisch mißliebige Rechtsanwälte vorzugehen, belegen die Angeklagten mit dem Fall von Berufskollegen in Hannover, die dort ein „linkes" Anwaltsbüro betreiben. Sie wurden des „Benzindiebstahls" beschuldigt, und als die Staatsanwaltschaft die Büroräume, besonders die Aktenschränke (!) nach dem corpus delicti, einem Benzinkanister durchsuchte, fand man „zufällig" ein paar Verteidigerakten, die mit dem angeblichen Diebstahl zwar nichts zu tun hatten, die aber sogleich beschlagnahmt werden mußten ...

Landesvertreterversammlung der GEW Schleswig-Holstein

Die Opposition wächst

Volkskorrespondenz aus Kiel

Vom 6. bis zum 8. März fand in Kiel die Vertreterversammlung des Landesverbands Schleswig-Holstein der GEW statt. Schon im Vorfeld deuteten sich harte Auseinandersetzungen für diese Tage an.

Auf der einen Seite wurden von Kreisverbänden, dem Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher und von den Fachgruppen Anträge gestellt wie etwa:

- Abschaffung aller Bestimmungen im öffentlichen Dienstrecht, die die uneingeschränkte politische und gewerkschaftliche Betätigung verhindern.
- Weg mit den Berufsverboten!
- Streichung des Unvereinbarkeitsbeschlusses!
- Weg mit dem Atomprogramm!
- Kurzarbeitergeld für stundenweise beschäftigte Lehrkräfte.
- Wiedereinstellung der „ran"-Redaktion.

Auf der anderen Seite wurde vom Landeshauptausschuß der Antrag gestellt, die Landesvertreterversammlung (LVV) zu verkleinern. Das hätte den Einfluß der einfachen Mitglieder im höchsten Beschlußgremium des Landes geschwächt und den Funktionären mehr Macht gegeben.

Zum dritten gab die Antragskommission teilweise reaktionäre Empfehlungen zu den Anträgen heraus. So forderte ein Antrag bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst einen Verzicht auf die Regelanfrage beim Verfassungsschutz und dagegen eine Anfrage erst am Ende der Ausbildung (also keine grundlegende Änderung der Berufsverbotspraxis!). Die Kommission nahm diesen Antrag an und bezeichnete den weitergehenden Antrag „Weg mit den Berufsverboten" als damit erledigt. Dies ist schon ein Versuch, die GEW in Schleswig-Holstein zurückzuzerren. Denn schon 1977 beschloß die LVV mit Mehrheit gegen den erbitterten Widerstand des Vorstands: „Weg mit den Berufsverboten!"

Der erste Tag der LVV begann mit einer Rede des Ministerpräsidenten Stoltenberg, der lediglich „vielleicht" Erleichterungen für das Jahr 1982 in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung in Aussicht stellte. Obwohl Stoltenberg seit Jahren am Stillhalteabkommen der Kultusministerkonferenz festhält und bisher zu keinem Entgegenkommen bereit war, sprach er sich in dieser Form demagogisch für eine Arbeitszeitverkürzung für Lehrer aus. Ein Teil der Kollegen ließ sich davon blenden und klatschte Beifall.

Der zweite Tag der LVV rückte das Bild jedoch wieder gerade. Viele Kolleginnen und Kollegen, die tags zuvor noch geklatscht hatten, zeigten sich jetzt beschämt darüber und sagten selbst, daß die Landesregierung außer vagen Vertröstungen auf 1982 keine wirklichen Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit ergriffen hat. Mit Mehrheit wurde beschlossen, einen Protestbrief an den Ministerpräsidenten zu schreiben.

Der Landesvorstand sträubte sich mit Händen und Füßen gegen diesen Brief. Er würde die Verhandlungen zwischen dem LV und der Landesregierung unmöglich machen, hieß es zum Beispiel. Aber der LV erntete damit die scharfe Kritik vieler Vertreter. Unter starkem Beifall der anwesenden Kollegen wurde ihm diese Stillhaltetaktik und die mangelnde Mobilisierung der Basis vorgeworfen.

Der LV wurde gezwungen, auf seiner nächsten Sitzung ein Aktionsprogramm zur Arbeitszeitverkürzung zu beschließen und die Untergliederungen zu mobilisieren, bzw. sie in ihren Aktivitäten zu unterstützen. Das Anwachsen der Opposition zeigte sich dann auch daran, daß der Antrag zur Verkleinerung der LVV abgeschmettert wurde und der Landesvorsitzende Jens mit knapp zwei Drittel der Stimmen das schlechteste Ergebnis bekam, das er bei einer Wahl bisher erreicht hatte.

Der letzte Tag der LVV begann dann mit einem großen Knall. Der zweite Vorsitzende Karpen drohte mit dem Rücktritt des gesamten Vorstands, wenn der Brief an Stoltenberg abgeschickt würde. Dieses Manöver löste große Empörung aus. Weil aber die Opposition noch zersplittert war und es auch keine personellen Alternativen gab, kam der Vorstand mit diesem Erpressungsversuch durch. Er bekam bei einer erneuten Abstimmung eine Mehrheit gegen den Brief.

Als die LVV beendet wurde, war die Mehrzahl der Anträge noch nicht behandelt worden — darunter auch die zu den Berufsverboten und zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Der LV schlug vor, das ganze Paket an den Landeshauptausschuß zu überweisen. Dann hätte jedoch die Vertreterversammlung keinen Einfluß mehr darauf gehabt. Dieses Manöver des Vorstands kam allerdings nicht durch. Die Mehrheit bestand darauf, die LVV zu vertagen und sie ließ sich davon auch durch das „Argument" des Vorstands nicht abbringen, es wären keine finanziellen Mittel für eine Vertagung da.



Die letzten Häuser von Eckweiler.

Der Rüstungswettlauf fordert seine Opfer von der Hunsrück-Bevölkerung

Volkskorrespondenz aus Trier

HAHN/HUNSRÜCK.— Trotz massiver Proteste gegen den ständigen Fluglärm in Hunsrück und Eifel hat sich bisher wenig geändert. Innerhalb weniger Tage sind wieder einmal zwei F-15-Düsenjäger, beide stationiert beim 36. taktischen US-Kampfgeschwader in Bitburg/Eifel, abgestürzt. Beide Male kamen die Piloten dabei um.

Auf dem Fliegerhorst Hahn im Hunsrück werden jetzt F-16 stationiert, die die veralteten Kampfflugzeuge vom Typ F-4 Phantom ablösen sollen — zum ersten Mal in Europa. Gleichzeitig laufen Diskussionen darüber, ob die kleine Hunsrückgemeinde (57 Haushaltungen, etwa 230 Einwohner) umgesiedelt werden soll. Der Fluglärm ist den Bürgern nicht mehr zuzumuten, das Dorf liegt innerhalb der Lärmschutzzone I.

Fast jeder Haushalt — 41 von 57 — hat einen Antrag auf Lärmschutzmaßnahmen gestellt. In den letzten Jahren wurde nur ein einziger Bauantrag gestellt und nur unter äußerst aufwendigen Schutzauflagen genehmigt.

Noch 1969 boykottierten die Einwohner die Kommunalwahlen aus Protest gegen die tauben Ohren ihrer Volksvertreter. Damals hatte man einen dreiwöchigen Erholungsurlaub auf Staatskosten gefordert.

Die Bauern blieben bisher standhaft. Sie wollen ihr Land nicht verlassen. Die Entschädigungen würden auch nicht ausreichen, um einen neuen Hof zu betreiben, das heißt, die Bauern wären gezwungen, Schulden zu machen.

In einem anderen Hunsrück-Dorf — in Pferdsfeld-Eckweiler — ist die Umsiedlung schon beschlossene Sache. Und der Steuerzahler muß die Tatsache, daß dort die Menschen durch Militäranlagen vertrieben werden, auch noch mit 100 Millionen Mark bezahlen. Die ländliche Bevölkerung im Hunsrück lernt aus den Erfahrungen seit 1969 und den Auseinandersetzungen um die Umsiedlung von Pferdsfeld.

Kämpferische Veranstaltung gegen die Aussperrung

Volkskorrespondenz aus Ludwigshafen

Überraschend kämpferisch war die Kundgebung des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz gegen die Aussperrung. Es war nicht — wie sonst an vielen Orten — eine geschlossene Veranstaltung mit geladenen Gästen, sondern jeder interessierte Kollege konnte daran teilnehmen. So hatten sich dann ungefähr 500 Kollegen aus dem ganzen Landesbezirk versammelt.

Der Höhepunkt der Kundgebung war sicher die Rede von Klaus Schrinner, dem Vorsitzenden des Landesbezirks Rheinland-Pfalz der IG Druck und Papier. Er setzte sich entschieden für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung ein. Dabei muß man hervorheben, daß der Kollege Schrinner in dieser Richtung auch schon Initiativen entfaltet hat, zum Beispiel Unterschriftensammlungen. Er betonte in seiner Rede auch, daß alle Abgeordneten im Bundestag zu dieser Frage Stellung nehmen müßten. Schrinner meinte allerdings, daß gegenwärtig ein Verbot der Aussperrung noch keine parlamentarische Mehrheit finden würde. Bei einer Umfrage der IG DruPa hätten sich zwar die Abgeordneten der SPD für ein Verbot ausgesprochen, die der FDP jedoch hätten auf die Anfrage gar nicht erst geantwortet.

Der Kollege Schrinner zeigte auch die Verbindung zwischen der Aussperrung und dem Sieg des Faschismus 1933 auf. Starken Beifall bekam er vor allem, als er zum Ende seiner Rede sagte, daß noch soviele Reden allein nichts nützen würden. Vielmehr müßte der Kampf gegen die Aussperrung mit allen Mitteln geführt werden. Dazu wären gemeinsame Aktionen aller Gewerkschaften bis hin zum Generalstreik notwendig.

Bei der Kundgebung waren auch einige Kollegen von der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" anwesend. Sie hatten ihr Material auf einem Tisch ausgebreitet und konnten 70 Unterschriften sammeln. Einige Kollegen nahmen auch größere Mengen von Material und Unterschriftenlisten mit.

Zum Abschluß der Veranstaltung sang die DGB-Songgruppe das Solidaritätslied. Einmal abgesehen davon, daß sicher noch besser hätte mobilisiert werden können, war diese Veranstaltung ein voller Erfolg und ein gutes Beispiel für eine wirklich kämpferische Kundgebung.

US-Arbeitsplatzkiller

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Das Armee-Hauptquartier der US-Besatzer hat ein „Versuchsprogramm zur Kontraktvergabe von Instandhaltungsarbeiten in Garnisonseinrichtungen" gestartet. Hinter diesem harmlosen Titel verbirgt sich der Plan zu einer der größten Arbeitsplatz-Vernichtungsmaßnahmen, die Karlsruhe bis jetzt erlebt hat.

Allein in den Karlsruher Garnisonen (10000 Soldaten) beschäftigen die Amerikaner 3000 Arbeiter und Angestellte. Alle diese Kollegen sind bedroht. Der Test allein soll nach offiziellen US-Angaben 521 Arbeitsplätze vernichten, vor allem die von älteren Kollegen, die laut Stellungnahme des Arbeitsamtes „existentiell bedroht sind". Diese Werktätigen sind vor allem in Nachschub, Verpflegung, Gebäudeinstandsetzung und bei der Wartung von US-Panzern und Kriegsgerät eingesetzt.

Jetzt wollen die Besatzer jede Dienstleistung und jede Funktion daraufhin überprüfen, ob sie nicht besser und billiger von spezialisierten Unternehmen erledigt werden können. Diese Entwicklung begann allerdings schon vor Jahren, als die drei Bereiche Bauarbeiten, Busfahrten und Haushaltsumzüge ausgegliedert wurden.

Der Test soll auf Karlsruhe beschränkt sein. Nach seinem Abschluß im Jahre 1982 soll entschieden werden, ob die gesamte US-Armee entsprechend umorganisiert werden soll, was die Bedrohung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen bedeuten würde.

Eigentliches Ziel dieser Maßnahmen ist es, „finanzielle Mittel mehr für direkte Verteidigungsausgaben freizusetzen" (Originalton) und dazu eine Vereinfachung und Konzentration der Armeeführung auf ihre eigentlichen militärischen Aufgaben zu ermöglichen. Nichts anderes also, als ein Plan zur Erhöhung der Schlagkraft der US-Armee, als ein Baustein in den Kriegsvorbereitungen der USA.

Im Moment werden die Überprüfungen als Maßnahmen „rein militärisch-taktischer Natur" hingestellt. Das heißt, daß bei Entlassungen Schutzbestimmungen wirksam werden, die gerade den länger Beschäftigten und älteren Kollegen einen Teil ihres Lohns auch nach der Entlassung sichern.

Das ist aber nur ein ganz fieser Trick, um die zuerst Betroffenen zu spalten und zu lähmen. Die ÖTV hat erklärt, daß am Schluß der Studie die Entlassungen zu Rationalisierungsmaßnahmen erklärt werden. Dann entfallen die Schutzbestimmungen und die Kollegen bekommen keine müde Mark. Die DAG-Spalter wollen überhaupt nichts gegen den Test machen. Sie wollen das Ende des Versuchsprogramms abwarten.

Offensichtlich läßt sich die Belegschaft der Karlsruher Garnisonen weder vom Geschwätz des US-Kommandeurs noch der DAG beeindrucken. Denn sie schickte eine Resolution mit der Forderung „Streichung des Projekts" an das US-Hauptquartier.

Aus dem Programm

Werner Worschech
Liedersänger aus Bottrop

Bruno Eck
aus Wuppertal
„der Liedersänger mit den 12 Saiten"

Politrockgruppe Ruhrwerk
aus Dortmund

stoppt fete



Samstag, 29. März, 19.00 Uhr
Eintritt 3 Mark

Saalbau Kuhaupt
Essen-Kray,
Am Bocklerbaum 23

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

☐ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

Dieter Vogelmann aus dem Gefängnis entlassen

„Die große Unterstützung war eine wirkliche Stärke"

Bericht über die Solidaritätskampagne

Am Abend des 1. September, vor 16 000 Menschen, die zu der Antikriegstagsveranstaltung des DGB gekommen waren, baute die Theatergruppe Kabarett K aus Mülheim in ihr satirisch-kritisches „Fernsehprogramm" eine neue Meldung ein: „Die letzte Nachricht beruht leider auf Tatsachen. Unser Freund, Dieter Vogelmann, Mitglied der Theatergruppe Pfeffermühle Bochum, verbüßt seit dem 23. Juli eine einjährige Freiheitsstrafe in der JVA Attendorn." — Es folgte eine kurze Darstellung des „Falles". Abschließend hieß es: „Wir sind mit ihm und seiner, unserer Sache, solidarisch."

Die 16 000 Anwesenden reagierten betroffen und empört. Durch demonstrativen Beifall zeigten sie ihre Solidarität mit Dieter Vogelmann. — Zum ersten Mal war der „Fall Dieter Vogelmann" einer breiten Öffentlichkeit bekanntgeworden und auf die Anteilnahme und Empörung von Menschen unterschiedlichster politischer Richtungen gestoßen.

Beginn der Kampagne

Die Solidaritätskampagne für Dieter Vogelmann hatte jedoch schon begonnen, noch bevor Dieter mit Tasche, Rucksack und Guitarre in die Justizvollzugsanstalt einzog. Mitglieder des Allgemeinen Bürger- und Schützenvereins Wattenscheid, dessen Mitglied Dieter ist, und die Kollegen seiner Abteilung im Mülheimer Thyssen-Henschel-Werk verabschiedeten bereits Anfang Mai 1978 Resolutionen. In der Mülheimer Resolution heißt es: „Die Kollegen des Thyssen-Henschel-Werkes Mülheim sind der Meinung, daß der Kollege Dieter Vogelmann kein Krimineller ist. Er darf wegen seiner politischen Gesinnung Freiheit und Arbeitsplatz nicht verlieren."

Je näher der Zeitpunkt des Strafantritts rückte, desto mehr stellten sich auch praktische Probleme, bei deren Lösung Dieter mehr oder weniger auf die Hilfe von Freunden und Kollegen angewiesen war: Wie konnten während der Haftzeit die Wohnung, das Auto, das Telefon erhalten werden? Wie könnten Spenden organisiert werden, um die Prozeß- und sonstigen Kosten zu bestreiten? Wie konnte die Isolation Dieters im Gefängnis auf ein Mindestmaß beschränkt werden, indem entsprechend Besuche bzw. ein reger Briefverkehr in die Wege geleitet wurden?

Das finanzielle Problem löste zu einem großen Teil die Rote Hilfe Deutschlands (RHD), die Dieter großzügig unterstützte. Bei der Lösung der praktischen Probleme standen Dieter Freunde und Bekannte zur Seite, die unter anderem auch ein Spendenkonto einrichteten. Unter ihnen auch Dieters Freund Peter Puk, Mitglied der RHD, der zunehmend zum Organisator und Motor der Solidaritätskampagne wurde.

Die Isolation durchbrechen!

Zum Zeitpunkt der Haftvorbereitung war der Fall Dieter Vogelmanns über seinen Bekanntenkreis hinaus kaum bekannt. Lediglich der „Rote Morgen" hatte kontinuierlich über Prozesse und die Haftdrohung berichtet. Der Zentralvorstand der RHD hatte eine Erklärung verabschiedet und aufgerufen, bei der Staatsanwaltschaft in München zu protestieren.

Dieter Vogelmann und Peter Puk beschlossen, eine Dokumentation und eine Protestresolution über Dieters Fall zu erstellen und diese breit zu verschicken, vor allem auch an demokratische Persönlichkeiten. Man mußte, nach den Erfahrungen mit anderen, ähnlich gelagerten Fällen, davon ausgehen, daß die Sache in der Öffentlichkeit totgeschwiegen würde. Es galt, diese Isolation zu durchbrechen. Dabei konnte man auch nicht schematisch etwa die Vorgehensweise aus der Weimarer Zeit übernehmen, wo die Solidarität zum Beispiel mit einem gefangenen Kommunisten sich für Hunderttausende von vorneherein von selbst verstand. Man mußte den Fall genau darstellen, exakt und ausführlich belegen, so daß jeder vernünftige und demokratisch denkende Mensch das


Dieter Vogelmann verläßt die JVA Attendorn.

Himmelschreiende daran selbst klar erkennen und sich entsprechend engagieren konnte. Natürlich war von vornherein klar, daß eine Solidarität mit Dieter Vogelmann nicht bedeutete, auch seine politischen Ansichten zu akzeptieren.

Einige Besonderheiten

Die Solidaritätskampagne mit Dieter Vogelmann wurde durch einige Besonderheiten begünstigt und gefördert:

Erstens verfügte Dieter von Anfang an über einen großen persönlichen Bekanntenkreis. Dazu hatte er als Mitglied der Theatergruppe „Pfeffermühle" und des „Eisler-Chores" Kontakte zu anderen Künstlern oder Künstlergruppen. Dies erleichterte die Organisierung der Solidarität beträchtlich.

Zweitens war in Dieters Fall das Unrecht so offensichtlich — er wurde wegen bloßer Beteiligung an einer Demonstration, um das „Rechtsempfinden" der „rechtstreuen Bevölkerung" nicht zu gefährden, zu Gefängnis ohne Bewährung verurteilt —, daß eine Solidarisierung leichtfallen mußte.

Drittens schließlich — und das war für die Betreuung des gefangenen Dieter wichtig — hatte Micheal Banos — verurteilt als presserechtlich Verantwortlicher der RHD — schon in der JVA Attendorn eingesessen; seine dort gemachten Erfahrungen kamen nun Dieter Vogelmann zugute.

Einsatz der Vielen

Die Kampagne zeigte bereits nach relativ kurzer Zeit erste Erfolge. Einige Zeit nach Dieters Haftantritt erschienen in kleineren Zeitungen Artikel: So im September in der „Mülheimer Freien Presse" und im Oktober in „Klartext — Stadtzeitung für Essen". Entscheidend für das Anwachsen der Solidaritätskampagne war der Einsatz und die Initiative empörter Menschen, die durch den Fall zum Handeln angeregt wurden. So schrieben zwei Kolleginnen Dieters aus dem „Eisler-Chor" spontan einen Brief an den WDR — erster Auslöser für eine Sendung, die dann Anfang 1980 ausgestrahlt wurde. — Der Freizeitsportverein SV Vorwärts Bochum e.V. veranstaltete ein Solidaritätsfußballturnier für Dieter Vogelmann; auf dem anschließenden Fest wurden unter anderem 690 Mark für Dieter Vogelmann gespendet. — Auf das Solidaritätskonto, das Peter Puk eingerichtet hatte, wurden insgesamt ca. 2 000 Mark eingezahlt. — Zahlreiche Menschen unterstützten Dieter, indem sie ihn im Gefängnis besuchten oder ihm schrieben. — Wenn auch Aktivisten wie Peter Puk es waren, die die Kampagne vorangetrieben haben, so hätte die Kampagne doch nicht diese Wirkung erreicht, ohne das Engagement, den Einfallsreichtum und den — oft spontanen — Einsatz der Vielen.

Massenmedien berichten

Nach der Antikriegstagsveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle, auf der die Gruppe Kabarett „K" auf Dieters Fall aufmerksam gemacht hatte, wurde die Sache breiter in der Öffentlichkeit bekannt. Die „Pfeffermühle" nutzte ihren Auftritt auf der Fete der Gewerkschaftsjugendzeitung „ran" in Recklinghausen und berichtete über Dieter. Auch hier stieß das Urteil auf große Empörung.

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens solidarisierten sich mit Dieter Vogelmann. Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz schrieb am 6. November an den Vorsitzenden Richter des Bayrischen Obersten Landesgerichts, München: „Daß hier ein eindeutig politisches Urteil gefällt worden ist, steht außer Zweifel. Und das kann ich mit unserer Rechtsordnung absolut nicht in Einklang bringen. Mir erscheint eine sofortige Strafaussetzung angeraten." — Ebenfalls mit Dieter solidarisierte sich der Vorsitzende der Humanistischen Union und frühere Justizsenator von Hamburg, Ulrich Klug.

Allmählich berichteten auch die Massenmedien über den „Fall". Im November brachte auf Initiative der Journalistin Peggy Parnass die Zeitschrift „Konkret" einen Artikel. Es folgten im Februar die Magazine „stern" und „Spiegel". Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) berichtete in ihrem Wattenscheider Lokalteil — Dieter wohnt in Bochum-Wattenscheid — in großer Aufmachung. Und am 2. Januar 1980 beschrieb das „Kritische Tagebuch" im WDR III unter dem Titel „Eingesperrt zur Verteidigung der Rechtsordnung" die „Prozeßgeschichte des Strafgefangenen Dieter Vogelmann". In der Sendung hieß es: „Die Rechtspflegeorgane nehmen es mit der Verfolgung von Dieter Vogelmann sehr ernst. Der Ernst übersteig die Vernunft." — „Das neue Jahr fing ja direkt am 2. Januar mit der Radiosendung im WDR III (Kritisches Tagebuch) über den Prozeß gut an", schrieb Dieter Vogelmann aus dem Knast.

Die Kampagne war ein Erfolg

Das unmittelbare Ziel der Solidaritätskampagne war, einen Haftantritt Dieter Vogelmanns zu verhindern bzw. seine vorzeitige Entlassung aus der Haft zu erreichen. Das wurde jedoch, trotz aller Bemühungen und aller erzielter Wirkung nicht erreicht. Muß deshalb die Kampagne als Mißerfolg gewertet werden? Nein.

Durch die Kampagne wurden viele Menschen aufgerüttelt und motiviert, sich gegen das an Dieter durch die bundesdeutsche Justiz begangene Unrecht zu wenden. Diese Menschen sind auch ein Protestpotential, mit dem die Justiz bei künftigen, ähnlich gelagerten Prozessen und Verurteilungen rechnen muß und das ihren Willkürspielraum einschränkt.

Durch die Kampagne wurde aber vor allem Dieter selbst ganz konkret geholfen. Über die Wirkung der Öffentlichkeit bis in das Gefängnis hinein schreibt er in einem Brief:

„Am 2. Januar hörten wir miteinander die Radiosendung, und ich nahm sie auf Kasette auf. Viele waren empört, und es sprach sich auch weiter herum, obwohl ich hier drin immer noch etwas vorsichtig dabei bin. Kurz darauf kamen die Unterschriften und Solidaritätsbriefe der vielen Theatergruppen und von einigen anderen, die im Bekanntenkreis, bei Kollegen über den Prozeß erzählt hatten. Peter Puk schickte das neue Faltblatt. Diese große Unterstützung und Hilfe ist hier drin eine wirkliche Stärke und zeigt, daß einen die Justiz weder isolieren noch einen solchen Prozeß unbeantwortet vor der Öffentlichkeit verschwinden lassen kann. Ich möchte mich bei allen nochmals wirklich herzlich bedanken. Besonders auch bei der Roten Hilfe, die über Peter Puk für meine Wohnung, für die langen Fahrten von Verena (Dieters Freundin) hierher, für alle nötigen Sachen sorgte."


19. März 1980, morgens um acht: Vor der Justizvollzugsanstalt Attendorn wird der entlassene Dieter Vogelmann mit einem Schluck Sekt empfangen. Von links: Dieters Freundin Verena, Dieter, Peter Puk, Jürgen Janz (Vorsitzender der RHD) und eine Kollegin der „Pfeffermühle".


Nummer 48 WATTENSCHE

Keine Gnade für den Mitläufer auch nach über sieben Jahren

Wattenscheider Dieter Vogelmann sitzt ... hinter Gittern, weil er demonstriert hat

12 Jahre bestraft

Nachbar versorgt verwaiste Wohnung

800 Namen unter einer Protestresolution

Justiz entschied im Zweifel für die Lupe

Westfalen Post 4.3.80

Verurteilter Demonstrant nach sieben Jahren in Haft

1 Jahr Knast für Demonstration

Im Namen des Volkes

JUSTIZ

Anlaß zu Mißdeutungen

Acht Jahre nach einer Straßenschlacht in München muß ein Mitläufer ins Gefängnis – des olympischen Friedens wegen.

Einige der Presseberichte über den „Fall" Dieter Vogelmann

Der „Fall" Dieter Vogelmann

Am 1. September 1972, während der Olympiade, fand in München eine Demonstration gegen den imperialistischen Krieg statt. Da der Demonstrationszug vom genehmigten Weg abwich, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nach Meinung der Gerichte soll sich Dieter Vogelmann in einer der ersten Reihen des Demonstrationszuges befunden haben. Im Juni 1973 erhielt er die erste Anklageschrift.

Doch schon bei der Beweisführung gab es Schwierigkeiten. Auf den vorliegenden Fotos — Fotos eines BILD-Reporters — war Dieter nicht einwandfrei zu identifizieren. „Der Sachverständige hat insbesondere festgestellt, daß auf jeden Fall bei keinem der vorgelegten Fotographien irgendwelche Anhaltspunkte gegen die Identität des Angeklagten vorgelegen hätten." (Urteil des Landgerichts München.)

In erster Instanz wurde Dieter am 29. Juni 1975 zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt — wegen „gemeinschaftlichem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Landfriedensbruch". Gleichzeitig bescheinigte das Gericht: „Beim Angeklagten ... konnte nicht festgestellt werden, daß er gegen Polizeibeamte eingeschlagen hat. Er befand sich lediglich inmitten der Demonstrationsteilnehmer, die ... auf die Polizeibeamten einschlugen."

Im Oktober 1976 setzte das Landgericht München die Strafe zur Bewährung aus, da Dieter in den vier Jahren seit der Demonstration nicht wieder „einschlägig straffällig" geworden sei. Nun legte die Staatsanwaltschaft Revision ein.

Am 12. Januar 1978 gab das Bayrische Oberste Landesgericht der Revision statt. Dabei räumte es jedoch ein, daß alle in Dieter Vogelmanns Person liegenden Anhaltspunkte eigentlich für eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung sprechen. Dennoch könne aber keine Aussetzung erfolgen, weil „die Verteidigung der Rechtsordnung die Vollstreckung der Strafe gebiete". Eine Aussetzung zur Bewährung müsse „für das allgemeine Rechtsempfinden unverständlich erscheinen". In der Folgeverhandlung am 11. Mai 1978 verweigerte das Oberlandesgericht dann endgültig die Aussetzung der Strafe auf Bewährung. Eine Revision wurde abgelehnt.

Den Schlußpunkt der justiziellen Verfolgungswut bildete dann noch die Ablehnung eines Antrags auf Strafaufschub aus persönlichen Gründen: Dieter hatte heiraten wollen. Zitat aus der Verfügung: „Im Hinblick auf die Deliktsart und Schwere der Tat überwiegt hier das öffentliche Interesse an einer nachdrücklichen Vollstreckung der Strafe ..."

Am 23. Juli 1979 trat Dieter die Strafe an.

Die Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien (Teil III)

In den beiden bisherigen Folgen unserer Artikelserie über die Taktik der marxistisch-leninistischen Bruderparteien wurde der Kampf der KP Spaniens (M-L) und der Peruanischen Kommunistischen Partei (M-L) behandelt. Im dritten Teil nun der Kampf der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) zur Stärkung der UDP als revolutionär-demokratischer Massenorganisation der Werktätigen. Im Unterschied zu den vorher beschriebenen Parteien fand die PKP(W) bei ihrer Gründung die UDP-Gruppen nicht von den Revisionisten beherrscht oder verraten vor, sondern als revolutionäre Gruppen, die stark von sektiererischen Zügen gekennzeichnet waren. Deshalb mußte hier der Weg, die UDP zu einer wirklichen politischen Kraft zu machen, vor allem über den Kampf gegen solche Erscheinungen gehen. Die geduldige Arbeit der portugiesischen Kommunisten hat Früchte getragen. Das sieht man an den Wahlergebnissen der UDP, am wachsenden Einfluß dieser Organisation und auch am Wachstum der Partei selbst, der sich zahlreiche UDP-Kämpfer angeschlossen haben, weil sie in ihr zu Recht die führende Kraft dieser Organisation sahen.

Aus dem Kampf der Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut)

Die UDP an der Spitze des Kampfes gegen Faschismus und Imperialismus

Im harten Kampf gegen die Spalter erstarkte die revolutionäre Massenorganisation

Als am 25. April 1974 revoltierende demokratische Soldaten und mit ihnen Hunderttausende von Werktätigen die Bastionen des portugiesischen Faschismus stürmten, war die Situation der Revolutionäre, der Kommunisten in Portugal ungünstig. Es gab keine wahrhaft kommunistische Partei im Lande, es gab nur die von der Cunhal-Clique geführte revisionistische Partei.

Diese Revisionisten hatten 20 Jahre zuvor, 1955, nach der Beseitigung Jose Gregorios, des revolutionären Führers des portugiesischen Proletariats, die revolutionären antifaschistischen Massenorganisationen liquidiert.

Diese Massenorganisationen, die in den vierziger und der ersten Hälfte der fünfziger Jahre den antifaschistischen Kampf geleitet hatten, waren von den Revisionisten liquidiert worden — als Garantie der „Friedfertigkeit" an die liberalen bürgerlichen Kräfte, mit denen sie nun das Bündnis suchten, als Garantie an die Sozialistische Partei, die im antifaschistischen Kampf nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte.

Die Revolutionäre, die Kommunisten waren auf zweierlei Weise geschwächt. Zum einen waren die Marxisten-Leninisten in verschiedenen politischen Gruppen organisiert, in denen oft eigensüchtige, karrieristische Elemente die Führung innehatten, die auf dem Wege des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei zuerst besiegt werden mußten. Zum anderen standen sie unter dem Einfluß des Maoismus, der sie daran hinderte, diese große Aufgabe entschlossen anzupacken.

Aus dieser Situation heraus entstand in den Kämpfen der Jahre 1974 und 1975 durch die Arbeit vieler Revolutionäre die UDP. Bei den verschiedenen konterrevolutionären Putschversuchen im Jahre 1975, einschließlich des berüchtigten Novembersturmes der faschistischen Kräfte auf Lissabon, erwies sich die UDP, im Gegensatz zur kompromißlerischen Politik der Partei Cunhals, als eine wahrhaft kämpfende antifaschistische Kraft.

Als die Marxisten-Leninisten angesporat durch die Situation des Jahres 1975 im Dezember '75 ihre Partei wiederaufbauten, die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), stellte sich ihnen von vornherein die Frage, wie sie sich zur UDP stellen sollten. Bereits damals gab es zwei Möglichkeiten, da die UDP von den verschiedenen politischen Gruppen und Grüppchen mit einem maoistischen, sektiererischen Geist durchdrungen war: entweder diese Organisation zu beseitigen oder aber diese sektiererischen Entstellungen bekämpfen und den Weg beschreiten, aus der UDP eine wahre Volksfront, eine antifaschistische Kampforganisation breiter Massen zu machen. Die portugiesischen Kommunisten entschieden sich von Beginn an für den zweiten Weg, indem sie das Ansehen der UDP als antifaschistische Kraft würdigten. Ein Weg, der sich bereits bei den Wahlen des Jahres 1976 bestätigte, an denen die UDP teilnahm, ein Weg, der sich auch im Jahre 1978 bewährte, als die Kommunisten eine große und erfolgreiche Kampagne organisierten, um zehntausend Mitglieder für die UDP zu gewinnen, und der sich bei den Wahlen Ende 1979, wie verschiedentlich im „Roten Morgen" berichtet, abermals bestätigte.

Aber, gerade im Jahre 1978 wurde deutlich, daß sich die politische Situation im Lande allmählich veränderte, der revolutionäre Aufschwung abflaute und eine neue Offensive der Reaktion anstand. Die angeblich sozialistische Regierung



Eine Massenkundgebung im Süden des Landes, die von der UDP organisiert wurde unter der Forderung nach Landreform

von Mario Soares trat zurück. Sie hatte sich zwischen ihren demagogischen Versprechungen und der reaktionären Politik im Dienste der Kapitalisten, der Großgrundbesitzer und des Imperialismus, der über den Internationalen Währungsfonds dem Land und der Regierung harte Bedingungen stellte, zerrieben. Mit der Wahl des Generals Ramalho Eanes, einer der aktiven Teilnehmer am konterrevolutionären Putschversuch vom November 1975, zum Vorsitzenden des Revolutionsrats und damit zum Staatspräsidenten, mit der Unterstützung der revisionistischen Partei Cunhals und der Sozialistischen Partei für diesen Repräsentanten der Reaktion zeigte sich auch das Abflauen der revolutionären Bewegung im Lande immer deutlicher.

In dieser Situation traten innerhalb der Partei die Vertreter des Kleinbürgertums, des Maoismus, die zur Zeit der hohen revolutionären Wellen im Lande der revolutionären Politik der Partei gefolgt waren, mit einer eigenen, der Partei entgegengesetzten politischen Plattform auf, die sich vor allem gegen die UDP richtete, gegen die Volksfrontpolitik der Partei.

Zwei Hauptargumente benutzten die Gegner der Volksfrontpolitik vor allem. Einerseits behaupteten sie, die UDP würde die Partei daran hindern, selbst unter den breiten Massen der Werktätigen bekannt und einflußreich zu werden.

Andererseits vertraten sie die Auffassung, mit der UDP könne man die Massen gar nicht mobilisieren und gewinnen, da sie sektiererisch sei, in den Augen der Massen „kommunistischer als die revisionistische Partei".

Ihre Schlußfolgerung: Die UDP und mit ihr auch gleich die anderen Massenorganisationen, die von der Partei geführt werden, (wie der Jugendverband und der Frauenverband), zu liquidieren und stattdessen ein „breites Bündnis gegen die Reaktion" schaffen, gemeinsam mit den Revisionisten.

Die Partei wies die Argumente zurück und entlarvte sie als Weg in den Revisionismus. Sie betonte, daß die UDP selbstverständlich „linker" sein müsse als die Führung der revisionistischen Partei, da diese ja einen zunehmend offenen Kurs der Zusammenarbeit mit der Reaktion steuere, und daß dies einer der Gründe dafür sei, weshalb die UDP wachsen werde. Andererseits wurde hervorgehoben, daß es Fehler der Partei sind, wenn sie sich nicht als führende Kraft profiliert, und nicht die Schuld der Existenz von Massenorganisationen.

Der III. Parteitag der PKP(W) zog den Schlußstrich unter diese Auseinandersetzung, bekräftigte nochmals den Ausschluß der Spalter und korrigierte bestimmte Abweichungen von der Parteilinie. Er beschloß vor allem, die Kräfte der Partei auf die Stärkung der UDP und das Stalinaufgebot der Partei zu konzentrieren, wobei der Stärkung der UDP vor allem der Kampf anläßlich der Zwischenwahlen dienen sollte, zu denen die UDP mit einem revolutionären und antifaschistischen Programm antrat.

Fünf Losungen bildeten den Kern dieses Programms, das natürlich nicht nur ein Wahlprogramm, sondern ein Aktionsprogramm der UDP war. Fünf Losungen, allesamt entstanden aus der Entwicklung seit 1974, dem revolutionären Kampf, der reaktionären Gegenoffensive und der Verteidigung der Agrarreform, die die kämpfenden Bauern — vor allem im Süden des Landes — im Sommer 1974, unmittelbar nach und während des Sturzes der faschistischen Macht Caetanos, in militanten Aktionen selbst in die Hand genommen hatten. Von den ersten politischen Vertretungen, dem Revolutionsrat in jenem Jahr, war die Agrarreform legalisiert worden. Dagegen wurde nach dem Rücktritt der Soares-Regierung das sogenannte „Gesetz Barreto" angenommen, das große Teile des den Großgrundbesitzern abgenommenen Landes wieder an diese rückführen soll.

Seit der Übernahme der Regierung von Mario Soares, vor allem nach der Wahl von 1976 war dieser Kurs von den Sozialdemokraten bereits vorbereitet worden. Nach seinem Rücktritt wurde er durch die sogenannten „technokratischen" Regierungen der parteilosen reaktionären Spezialisten Mota Pinto und Pintasiglo verstärkt. Verschiedene Abkommen Portugals mit dem Internationalen Währungsfonds, hinter dem vor allem der USA-Imperialismus steht, sollen den Weg der portugiesischen Kapitalisten aus der wirtschaftlichen Krise absichern — ein Weg, der den Werktätigen alle Opfer aufbürdet. Eine der zahlreichen Bedingungen des IWF ist die Rückgabe beschlagnahmter Kapitalien, da im Jahr 1974 viele Betriebsbelegschaften ihre Werke besetzten und die Kapitalisten mit Hilfe der revolutionären Soldaten enteigneten. Ebenso wurden damals Banken und Versicherungen verstaatlicht.

Zahlreiche weitere Verhandlungen mit EG und NATO sollen Portugal wieder fest in den Griff der westlichen Imperialisten bringen, und haben die kapitalistische Wirtschaftskrise des Landes vertieft, die sich für die Werktätigen vor allem in der Inflation verheerend auswirkt.

Von dieser Lage ausgehend, aufbauend auf der Losung der Partei „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" entwickelte die UDP ein Kampf- und Wahlprogramm aus fünf Punkten, das die wichtigsten Forderungen des Volkes zusammenfaßt und das Ergebnis großer Kämpfe der letzten Monate ist.

1. **Rücknahme des Gesetzes über die Agrarreform**
2. **Rücknahme des Gesetzes über die Entschädigung der Kapitalisten**
3. **Stopp aller Verhandlungen und Verträge mit EG, IWF und NATO**
4. **Preisstopp bei Mieten und Lebensmitteln**
5. **Verteidigung der Verfassung**

Dabei ist die Forderung nach der Verteidugng der Verfassung von 1976 die zentrale politische Forderung, da diese Verfassung die Reaktion daran hindert, ihren Kurs in aller Offenheit und Brutalität zu verfolgen. Denn dort wird Portugal als ein „demokratischer Staat auf dem Wege des Sozialismus" bezeichnet.

Die neugewählte Regierung der reaktionären „Demokratischen Allianz" Sá Carneiros hat bereits zu verstehen gegeben, daß diese Verfassung sie an der Arbeit hindere, sie sei ohnehin nur ein Ergebnis der Wirren jener Jahre, und es müsse eine Volksabstimmung gemacht werden über die Verfassung. Dieser offene Angriff geschieht zu einer Zeit, da die Kapitalisten zum ersten Mal seit 1974 geschlossen hinter einer Partei stehen, eben der DA.

Diese Volksabstimmung, versteht sich, soll nicht unter den relativ freien Bedingungen von 1976, sondern unter denselben Umständen wie die Wahl Ende '79 stattfinden, als der reaktionäre Klerus wieder offene Wahlpropaganda für die DA machte, als Fernsehen und die große Presse bereits von revolutionären Elementen gesäubert waren (unter Duldung von Sozialisten und der Führung der Cunhal-Partei), als die Armee bereits wieder gesäubert war, kurz, die Bedingungen für die Herrschaft und Manipulation der Reaktion, der Kapitalisten bereits wieder wesentlich verbessert waren.

Mit dieser neuen Regierung wird sich also die reaktionäre Gegenoffensive allseitig verstärken, und die UDP hat demzufolge alle Werktätigen aufgerufen, in Betrieb und Stadtteil, in den Organisationen der Landbevölkerung und in den Gewerkschaften, den Kampf zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen auf der Basis von Komitees der Kampfeinheit zu stärken. die PKP(W) hat ihre Kämpfer vor allem dazu aufgerufen, die zahlreichen Mandate, die bei den Regionalwahlen gewonnen wurden, zu nutzen, um eine Kampffront gegen die Reaktion zu schaffen — gemeinsam mit den Mitgliedern der SP und der KP, sowie vor allem die antifaschistische und wirtschaftliche Arbeit in den Gewerkschaften entscheidend zu verstärken.

Während die scheinkommunistische Partei Cunhals „ihre Verwunderung über das Verhalten des Präsidenten Eanes" zum Ausdruck brachte, als dieser die Regierung der Reaktion offen zu Taten aufmunterte, profiliert sich so die UDP unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei als einzig wahre revolutionäre Kraft. Viele derjenigen, die noch bei den Parlamentswahlen auf die Demagogie der Revisionisten hereinfielen, eine Stimme für die UDP sei verloren, da sie niemals das nötige eine Prozent erreichen würde, sehen heute die wahren Verhältnisse und die unterschiedlichen Haltungen der UDP und der Revisionisten. Auch eine recht beträchtliche Anzahl revolutionär gesinnter Menschen, die die Spaltergruppierungen unterstützten, haben ihre Fehler bereits eingesehen, und die Führer dieser Gruppen werden jetzt schon von großer Existenzangst geplagt.

Die UDP ihrerseits verbreitet diese fünf Forderungen nicht nur mit aller Kraft, sie unternimmt auch zahlreiche Anstrengungen, Kämpfe, um diese Forderungen zu organisieren, die auch an der Basis der sozialistischen und revisionistischen Partei vertreten werden. Deshalb trat sie mit diesen Forderungen auch mit einer Herausforderung an die Führungen der beiden Parteien heran, um sie zu zwingen, dazu Stellung zu nehmen, was nicht geschah.

Die Kommunisten in der UDP, die für deren Entwicklung zu einer wahren Massenorganisation des Kampfes für die Interessen der Werktätigen gekämpft haben, so weist die PKP(W) ihre Mitglieder an, müssen auch weiterhin beim Kampf um die ständige Verbreiterung des Einflusses und der Stärkung der Kampfkraft der UDP an der Spitze der Antifaschisten stehen.



Aufnahme von einer Demonstration in Rabat im Jahre 1974. Damals demonstrierten in der Hauptstadt mehr als 20 000 Menschen gegen die Verurteilung von sechs politischen Häftlingen zum Tode — wegen „Gefährdung der Staatssicherheit". In diesem Fall konnte der Vollzug des Todesstrafe verhindert werden, Hassans Diktatur mußte nachgeben.

Hassan II am Ende?

Marokkanische Kolonialarmee erleidet schwere Niederlagen

CIA will Nachfolge vorbereiten

RABAT. — In der letzten Woche mußten Sprecher des Kronrats von König Hassan II von Marokko zum ersten Mal gegenüber der westlichen Presse in aller Öffentlichkeit große Verluste ihrer Kolonialarmee im Kampf gegen die Frente Polisario zugeben. Die offiziellen Meldungen aus Rabat hatten bisher nur minimale Verlustzahlen in den eigenen Reihen zugegeben.

Jetzt wird von Hunderten von Toten der marrokanischen Armee gesprochen, jetzt wird eine allgemeine Offensive der Polisario-Streitkräfte eingestanden. Die massive Waffenhilfe aus Paris und Washington, die vor allem seit 1974 nach Rabat fließt, hat offenbar nicht viel geholfen.

Am 14. November 1975 war der Vertrag von Madrid unterzeichnet worden, in dem die Regierungen von Spanien, Marokko und Mauretanien sich darüber einigten, die bis dahin spanische Kolonie Westsahara den beiden anderen Vertragsparteien zu überlassen. Drei Wochen zuvor hatte die UNO einen Bericht veröffentlicht, in dem festgestellt wurde, daß die riesige Mehrheit der Bewohner dieses Gebiets die Unabhängigkeit wünsche und hinter der Polisario stehe. Dabei hatte die spanische Franco-Diktatur noch der Durchführung einer Volksabstimmung zugestimmt. Angesichts des vor allem seit 1973 entscheidend wachsenden bewaffneten Kampfes der Saharuis erschien es den spanischen Faschisten als die bessere Lösung, eine unabhängige Westsahara durch eine Reihe bereits entworfener Wirtschaftsverträge den spanischen Interessen zugänglich zu machen. Marokko drohte mit Krieg gegen Spanien. Woher kam diese schnelle Wendung der Geschehnisse innerhalb von drei Wochen?

Die Lösung dieser Frage liegt in zwei Reisen, die Ende Oktober stattfanden. Der stellvertretende US-Außenminister Atherton reiste am 22. Oktober 1975 nach Rabat und der stellvertretende CIA-Direktor General Vernon Walters, Spezialist für Verhandlungen mit Verbündeten, nach Madrid.

Auf diesen beiden Reisen wurde der Madrider Vertrag vom November ausgearbeitet. Die USA, die niemals dem Verlangen der UNO nach der Unabhängigkeit der Westsahara nachgekommen waren und stets dagegen gestimmt hatten, nahmen jetzt also zunächst gegen Spanien Stellung. Die USA-Imperialisten gingen dabei von den Entwicklungen auf der Iberischen Halbinsel selbst und im nordafrikanischen Raum aus.

Die portugiesischen Faschisten, treueste Helfer der USA bei Militäroperationen im Mittelmeergebiet, waren gestürzt worden. In Spanien war die Lage bei Francos nahendem Tod unsicher, ein zusätzlicher Konflikt mit Marokko hätte die Lage weiter komplizieren können. Marokko andererseits war stets eine Marionette der USA-Politik in dieser Region. Selbst während des Oktoberkriegs 1973 zwischen Israel und den arabischen Ländern waren die amerikanischen Marine- und Raumfahrtbasen im Lande ausgebaut worden. Aber das Regime Hassans wankte: eine große Streikwelle 1972, mehrere Attentate auf den despotischen Herrscher, Unzufriedenheit auch in oberen Schichten.

Ein sozusagen nationaler Erfolg, nämlich die Annektion der Westsahare, tat not. So wurde denn auch dieser Madrider Vertrag sowohl von der Sozialistischen Union der Volksräte Marokkos, Mitglied der sozialdemokratischen Internationale, als auch der Partei des Fortschritts und des Sozialismus, steter Gast bei Moskaus Parteitagen, energisch begrüßt, als „antikolonialer Akt!". Dieser Vertrag von Madrid diente also sowohl den Interessen der USA, als auch den Interessen ihrer Marionetten aus Rabat und Madrid, wobei letzteren der Vertrag mit einer runden Milliarde Dollars an Militärhilfe versüßt wurde.

Seit diesem Zeitpunkt ist die Militärhilfe der US-Imperialisten für das Regime Hassans stark angewachsen. Betrug sie 1974 noch 15,8 Millionen Dollars, so wurden in den Wochen vor und nach dem Madrider Vertrag noch für 1975 Summen in der Höhe von 314,3 Millionen Dollars ausgegeben.

In den folgenden fünf Jahren betrug die Militärhilfe weitere 681,1 Millionen Dollars. Am 16. Oktober 1979 beschloß der US-Senat seine Zustimmung zur Lieferung von Antiguerillaflugzeugen Bronco 10 und Cobra-Kampfhubschrauben, beide bereits in Vietnam erprobt, und bekundete damit zum ersten Mal offiziell, daß die Militärhilfe dem Kampf gegen die Polisario dient, was zuvor geleugnet worden war.

Frankreich, die frühere Kolonialmacht in Marokko, bleibt der zweitgrößte Waffenlieferant Hassans — erst im letzten Jahr wurden 50 Mirage F-1 geliefert. Den französischen Imperialisten hat sich das Regime Hassans als Gendarm für ihre Interessen in den ehemaligen Kolonien angeboten und nützlich gemacht. 1 500 marrokanische Soldaten waren zum Beispiel an der Invasion von Zaire beteiligt.

Die vorübergehende Einstellung der US-Militärhilfe für Marokko im Jahre 1978 war auf Verlangen Algeriens geschehen, das der größte Handelspartner der USA in Nordafrika ist, wo die Ölmultis vor allem im Flüssiggasgeschäft in den letzten Jahren sehr aktiv wurden. Algerien wiederum unterstützt die Polisario gegen den marrokanischen „Erzfeind" und war auch wesentlich daran beteiligt, die inneren Schwierigkeiten des mauretanischen Militärregimes dazu auszunutzen, Mauretanien zum Frontwechsel gegen Marokko, der im letzten Jahr vollzogen wurde, zu bringen. Nach den Ereignissen in Nahost aber war den US-Imperialisten das Funktionieren ihrer Militärachse in Marokko wichtiger als die Interessen im Erdgas. Die Militärhilfe wurde wieder angeleiert, die verlassenen Basen wurden nach wenigen Monaten wieder besetzt.

Trotz dieser massiven Hilfe der Imperialisten aus den USA und Frankreich ist aber die Lage Hassans immer kritischer geworden. Denn ein großer Teil des Staatshaushalts, inoffiziell wird von 48 Prozent gesprochen, fließt in diesen Krieg, der soziale Standard der Bevölkerung ist drastisch abgesunken, die Armee durch eine Serie von Niederlagen stark demoralisiert. 1979 wurde das Jahr mit den meisten Streiks in Marokko, die Desertion in der Armee erfaßte ungefähr 2 000 Soldaten.

Besonders ab Oktober 1979, wo innerhalb einer Woche offiziell 176 marokkanische Soldaten für Hassans Pläne sterben mußten, nimmt die Desertion zu.

Heute bereiten sich die USA-Imperialisten deshalb bereits auf die Zeit „nach Hassan" vor. Im Oktober 1979 sendete die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC ein Gespräch mit einem hohen CIA-Offizier, der sagte: „Es ist wahrscheinlich, daß Hassan das Land weiterhin schlecht regieren wird. Wenn das so ist, dann wird er vielleicht schon im nächsten Jahr die Kontrolle über die Ereignisse verlieren, möglicherweise auch seinen Thron". Deshalb wurde auch ab Oktober 1979 das US-Personal des „Marocco-United States Liaison Office" (MUSLO), verdoppelt. MUSLO verbindet Offiziere des Pentagon und des CIA mit den Spitzen der marokkanischen Armee, um sie in Kriegsführung zu unterweisen — seit neuestem offensichtlich auch, um einen möglichen Militärputsch im Falle einer revolutionären Erhebung zu organisieren, etwa nach dem Muster von El Salvador.

Während dieser Vorbereitungen kommen heute fast täglich neue Berichte über militärische Erfolge der Polisario und über wachsenden Widerstand gegen Hassan im Inneren. Elf ohne Prozeß inhaftierte Mitglieder der Nationalen Studentenunion Marokkos sind in der letzten Woche in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, was zum ersten Mal bei einer solchen Aktion in der Presse kam, in den marokkanischen Phosphatminen wird ein großer Streik vorbereitet.

Innerhalb von drei Wochen

Zweiter landesweiter Streik in den Niederlanden

50 000 demonstrierten in Amsterdam

AMSTERDAM.— Zum zweiten Mal im Laufe des März hat der sozialdemokratische Gewerkschaftsverband der Niederlande, FNV, zu landesweiten Kampfaktionen gegen das Lohnstoppprogramm der christdemokratischen Regierung van Agt aufgerufen.

Wie schon zu Beginn des Monats so war auch dieses Mal die Resonanz groß. Vor allem in Amsterdam und Rotterdam fanden große Aktionen statt, wurden vor allem die Verkehrsbetriebe nahezu vollständig lahmgelegt.

In zahlreichen gewerkschaftlichen Versammlungen überall auf dem Lande forderten die Arbeiter und Angestellten den Verzicht auf das Lohnstoppgesetz, mit dem angeblich die Inflation bekämpft werden soll. Auch dieses Mal beteiligten sich Mitglieder aller Gewerkschaften, einschließlich der christlichen Gewerkschaft, an diesen Aktionen.

Neben der direkten Senkung des Lebensstandards — ein Jahr lang sollen die Löhne eingefroren werden — bedeutet die Gesetzesvorlage der Regierungspartei auch einen Angriff auf ein seit langem zugestandenes, von den Werktätigen erkämpftes Recht: den Inflationsausgleich.

Ähnlich wie in Britannien, Italien, Frankreich und Dänemark richtet sich der Kampf der niederländischen Werktätigen also immer direkter gegen das Sparprogramm der konservativen Regierung. Es entstehen dabei auch allmählich deutlicher politische Forderungen. (Der „Rote Morgen" wird in einer seiner nächsten Nummern ein Gesamtbild von der wirtschaftlichen Entwicklung der EG-Staaten geben.)

Planänderungen in RGW-Staaten

Die Wirtschaftskrise der revisionistischen Länder in Europa verstärkt sich

PRAG/BUDAPEST. — Immer öfter werden in den letzten Monaten von den Partei- und Staatsführungen der revisionistischen Länder Europas Versammlungen durchgeführt und Beschlüsse gefaßt, die eine Änderung der aufgestellten Wirtschaftspläne bedeuten. Wirtschaftliche Mißstände werden offen zugegeben und — ganz Kapitalistenlogik — den „faulen Arbeitern" in die Schuhe geschoben.

Fast schon regelmäßige Preiserhöhungen sind eines der stets angewandten Mittel der herrschenden neuen kapitalistischen Klasse dieser Länder, um ihre Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. In Polen beträgt die Teuerung fast 16 Prozent für 1979, in Bulgarien rund 12 Prozent, in Ungarn und der Tschechoslowakei jeweils ca. 6 Prozent.

Dazu kommen gerade in den letzten Wochen aus Ungarn und der Tschechoslowakei drastische Neuigkeiten über die Lage der dortigen Wirtschaft. So mußte das tschechische Parlament offiziell zugeben, daß in dieser Teilrepublik in den letzten 25 Jahren mehr als 700 000 Hektar landwirtschaftlichen Bodens „verlorengegangen" sind, was in etwa der Gesamtfläche des mittelböhmischen Gebiets entspricht! Wegen Unwirtschaftlichkeit aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe sind aber stets ein Kennzeichen einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft gewesen.

In Ungarn wurde jetzt bekanntgegeben, daß der Wirtschaftsplan für 1980 eine Kürzung der Investbauten um rund 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr vorsieht. Diese Kürzungen, die im wesentlichen in den Investitionen der Gesellschaften selbst, also nicht des Staates, vorgenommen wurden, sollen dazu dienen, auf dem Weltmarkt in anderen Bereichen eine bessere Marktstellung zu erringen, um wiederum, wie offen gesagt wird, besser an Bankkredite heranzukommen!

In Rumänien schließlich übte der Parteiführer Ceaucescu eine weitgehende Kritik an den Zuständen in der Industrie, deren Entwicklung weit hinter dem Plan zurückblieb. Auch die Versorgungslage der Werktätigen hat sich stark verschlechtert, wurde in Bukarest zugegeben.

Alle diese Erscheinungen, die Methoden, die zu ihrer Behebung angeboten werden, selbst die Sprache, in der darüber geredet wird, alles dies unterscheidet sich nicht von denselben Vorgängen im westlichen Europa. Die zusätzliche starke Ausplünderung der Werktätigen dieser Staaten durch die sowjetischen Imperialisten, in wachsendem Maße aber auch durch westliche Monopole, verschlimmert die Situation in diesen Ländern noch mehr.

NATO-Oberbefehlshaber: chemische Waffen modernisieren

BARDUFOSS. — Gegenüber der westeuropäischen Presse äußerte General Bernard Rogers, Oberbefehlshaber der NATO, sein Verlangen nach dem Einsatz von modernisierten chemischen Waffen.

Nachdem erst vor kurzer Zeit das Pentagon öffentlich zugegeben hatte, die Giftgasproduktion wieder anzukurbeln, jetzt also auch die offizielle Bestätigung der Anwendung von chemischen Kampfstoffen. Zur Abschreckung, versteht sich. Im Gefolge ihrer Kriegspropaganda versteigen sich die US-amerikanischen Kriegstreiber immer mehr dazu, ihre inhumane Politik öffentlich zu rechtfertigen.

Pakistan: Rücktritte

ISLAMABAD.— Der sogenannte Arbeitsminister, Pakistans General Chisti, ist zurückgetreten, ebenso Produktionsminister General Khan.

Chisti, gleichzeitig Militärkommandant einer Provinz, war ein Vertreter der Kreise innerhalb der Zia-Clique, die zum offenen Pakt mit den USA rieten, während Zia selbst in den letzten Tagen eine Schaukelpolitik betrieb — offensichtlich spitzen sich die Widersprüche innerhalb der blutigen Militärdiktatur zu.

Frankreich: Erzieher kämpfen

PARIS. — Die wachsenden Auseinandersetzungen der öffentlichen Bediensteten gegen die Sparpläne von Ministerpräsident Barre haben jetzt auch das Personal aller Schultypen erfaßt.

Am 17., 18. und 20. März ruhte an Hunderten von Schulen der Unterricht, weil Lehrer und Erzieher für höhere Gehälter, genügend Arbeitsplätze und damit auch für die Sicherung der Ausbildung kämpften.

Saudi-Arabien: 1,5 Millionen Dollar für Dassault

RIYAD.— Nach verschiedenen Berichten arabischer Zeitungen hat die Regierung Saudi Arabiens beschlossen, der französischen Rüstungsfirma Dassault-Breguet 1,5 Milliarden Dollar anzubieten, um die Entwicklung des Überschallflugzeugs Mirage 4 000 zu Ende zu bringen.

Bisher dementiert, paßt diese Nachricht in die allgemeine Feststellung, daß sich nach Giscards Nahostreise vor allem die militärischen Beziehungen zum Persischen Golf verstärkt haben. Dassault hatte vor einiger Zeit bereits betont, zur weiteren Entwicklung des Flugzeugs würden eben 1,5 Milliarden gebraucht.

Indien: Polizei überfällt Blindendemonstration

NEU DELHI.— Im Rahmen des internationalen Patiententags hatten zweitausend blinde Menschen in Neu Delhi eine Demonstration vor dem Amtssitz Indira Ghandis organisiert, um bessere medizinische und soziale Betreuung zu verlangen.

Diese Demonstration wurde von Indiras Polizei mit Schlagstöcken auseinandergetrieben, wobei es 25 Schwerverletzte und über 100 Verhaftete gab.

Es geschah im März...

...vor 20 Jahren. In Sharpeville, südlich von Johannesburg, eröffnete die Polizei der südafrikanischen Rassisten das Feuer auf demonstrierende Gegner der sogenannten Apartheid. 83 Afrikaner wurden ermordet, mehr als 300 zum Teil schwer verletzt. Das „Massaker von Sharpeville" war Anlaß für eine riesige Welle des Protests in ganz Azania (Südafrika).

Mit aller Brutalität und jeder Unterstützung durch die westlichen Imperialisten schlug das Regime der Rassenfanatiker zurück. Tausende wurden in die Kerker verschleppt, Dutzende von ihnen zu Tode gefoltert, der African National Congress verboten. Vier Jahre später, im sogenannten „Rivonia-Prozeß" werden verschiedene Führer des ANC zu lebenslanger Haft verurteilt — aber die Bewegung erholte sich wieder von diesen schweren Schlägen.

•••

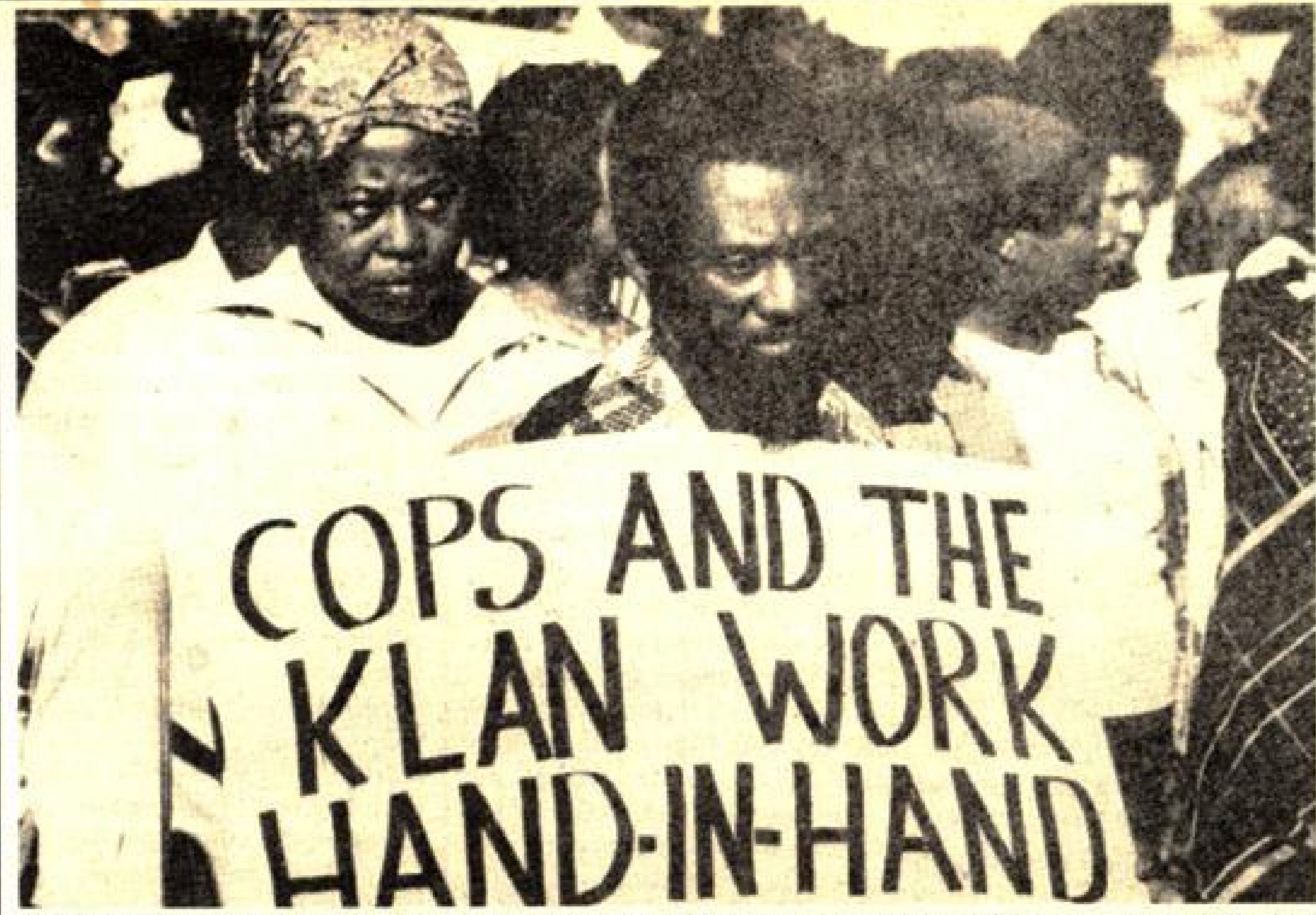
...vor 18 Jahren: Am 19. März 1962 um 12 Uhr mittags erteilte der Oberbefehlshaber der französischen Kolonialarmee in Algerien den Befehl zur Feuereinstellung. Dieser Befehl entsprach dem Waffenstillstandsabkommen nach dem „Vertrag von Evian", der den Sieg des Befreiungskampfes des algerischen Volkes über den französischen Kolonialismus bedeutete. 250 000 junge Franzosen, Tote und Verwundete, mußten die Großmachtträume der französischen Imperialisten mit Leben und Gesundheit bezahlen. Die Opfer des algerischen Volkes blieben ungezählt. Der 19. März wird seitdem jedes Jahr von zahlreichen Organisationen als Mahntag für den Frieden begangen. Zum ersten Mal haben dieses Jahr militaristische und faschistische Kreise Frankreichs Kundgebungen gegen die „nationale Schande" angekündigt.

•••

...vor 61 Jahren: Eine Welle von Mord und Terror durchzieht die USA. Der Ku Klux Klan lyncht sieben farbige Amerikaner innerhalb weniger Wochen, mehr als 300 bewaffnete Überfälle werden registriert. Diese Märzereignisse bilden den Auftakt zum „blutigen Sommer" der 1919 zu aufstandsähnlichen Erhebungen in 26 amerikanischen Großstädten führt. Die „bittere Nacht" von Chicago, Ende Juli 1919, wird ab März vom Klan vorbereitet. Die Losung des Klans „wir brauchen einen Holocaust" (Ausrottung). Die Ereignisse von Frühjahr und Sommer dieses Jahres führen dazu, daß sich zahlreiche farbige Arbeiter der kommunistischen Bewegung anschließen.

•••

...vor 109 Jahren: Die Proletarier von Paris erheben sich zur Revolution. Die „Pariser Kommune" wird geschaffen, das erste, großartige Beispiel eines Arbeiterstaats, aus dessen — bitteren — Erfahrungen Marx und Lenin die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats über die Kapitalisten begründeten. Ein großartiges Beispiel des Heldenmuts der Arbeiterklasse und zur gleichen Zeit ein Beweis der antinationalen Haltung der Bourgeoisie, der Bismarcks Truppen lieber waren als die Armee der Arbeiter. (Für alle, die sich damit näher beschäftigen wollen, bleibt als bester Tip immer noch das Buch von Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, zu beziehen durch: Verlag Roter Morgen, erschienen im Dietz-Verlag Berlin, 332 Seiten, 4,80 Mark).



Nicht nur die Zahl der Streiks im letzten Jahr stellte eine neue Rekordziffer dar. Auch der politische Kampf gegen die faschistischen Umtriebe des Ku Klux Klan nahm stark zu. Hier ein Bild aus einer Kundgebung vom Mai '79: „Polizei und Klan arbeiten Hand in Hand" lautet das Plakat.

Carters Sparpläne sind von der Wall Street diktiert

WASHINGTON.— Der vom Kongreß gebilligte Haushaltsentwurf der Regierung Jimmy Carters für das Finanzjahr 1980/81 hatte kein langes Leben. Nur sieben Wochen nach seiner Verabschiedung, die bereits mit vielen Änderungen vor sich gegangen war, wurde der beschlossene Etat leise weinend zu Grabe getragen.

Ein neuer Haushalt wurde gebastelt, ein „Spar"-Haushalt. Der Entwurf, der jetzt wiederum vom Kongreß verabschiedet werden muß, wurde, dem „Wall Street Journal" zu Folge, nach „Wochen intensivster Gespräche hinter den Kulissen" ausgearbeitet.

Carters Gesprächspartner in diesen Wochen ergeben ein sehr eindeutiges Bild. So empfingen er und seine Berater unter anderem die Vorstände der New Yorker Banken Chase Manhattan und Morgan Guarantee Trust sowie Vertreter der Pittsburgher Mellonbank.

Die Ergebnisse der Beratungen entsprechen den Teilnehmern. So wurde als erstes denn auch gleich eine Lohnleitlinie von rund 8,5 Prozent für dieses Jahr beschlossen — bei einer Teuerungsrate von jetzt bereits offiziell 18,4 Prozent, **also eine zehnprozentige Lohnsenkung! Das ist der größte Angriff auf den Lebensstandard der amerikanischen Werktätigen seit der großen Depression vor 50 Jahren!**

Weiter werden nahezu alle Sozialausgaben gekürzt: drei Milliarden für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen — weg damit! Zwei Milliarden für soziale Wiedereingliederungsarbeit (Drogen usw) — weg damit! Bundesmittel für Städte und Gemeinden, mit denen unter anderem medizinische Einrichtungen, Feuerwehr und Post finanziert werden, sollen drastisch gestrichen werden. Der einzige Haushaltsposten, der nicht gekürzt wird, ist — wen wundert es — der kräftig nochmals erhöhte Militäretat.

Dieses Sparprogramm Carters ist in seiner Brutalität weit stärker als ähnliche Programme in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern. Bei sieben Millionen Arbeitslosen, elf Millionen Unterbeschäftigten und einem offiziell eingestandenen Einkommensverlust von 2,3 Prozent im Jahr 1979 für die arbeitenden Menschen stellt es eine Art Generaloffensive der herrschenden Klasse zur Bewältigung ihrer Wirtschafts- und Finanzkrise dar. Die ständige Erhöhung der Zinsraten durch die Großbanken, stets angeführt von Rockefellers Chase Manhattan Bank, steigert die privaten Schulden der amerikanischen Werktätigen, die heute schon über 1 200 Milliarden Dollar betragen, immer mehr.

Angesichts dieser Beschlüsse konnte selbst Lane Kirkland, der neue Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO und strammer Parteigänger Carters sich der Kritik nicht enthalten, diese Maßnahmen wären „geeignet, das Vertrauen der Arbeiter in die Regierung zu erschüttern".

Der nach wie vor andauernde Streik der Raffineriearbeiter und der geplante Streik der Stahlarbeiter werden eine Probe aufs Exempel sein. In diesem Jahr laufen über 800 Tarifverträge aus.

Angesichts dieser Perspektiven und der Tatsache, daß die Zahl der Streiks 1979 offensichtlich über 6 000 liegt, versuchen die Regierung und die Presse eine breite Propagandakampagne zu inszenieren, mit dem Tenor, alle müßten verzichten, alle müßten sich einschränken.

Das einzige Argument, daß sie dafür anführen ist allerdings die Sondersteuer für die Ölwirtschaft, die jetzt mit viel Tamtam beschlossen wurde. Die Besteuerung von Sondergewinnen soll, so die Finanzplanung, in den nächsten acht Jahren die Summe von 227,3 Milliarden Dollars für die Staatskasse erbringen. Nun läßt diese Zahl natürlich einige Aufschlüsse darüber zu, was von den Rockefeller, Mellon und Co. so an Profiten gemacht wird, bedenkt man, daß diese enorme Ziffer, die ja rund 400 Milliarden Mark in acht Jahren betrifft, nur die Besteuerung der Sondergewinne ist, von den sogenannten „normalen" Gewinnen ist gar nicht die Rede. **Die amtliche Berechnung billigt den Ölmonopolen für denselben Zeitraum Profite in Höhe von mehr als 1800 Milliarden Mark zu.** Wer aber die Praktiken des amerikanischen Finanzkapitals auch nur einigermaßen kennt, weiß, was von dieser „Steuer" zu halten ist.

Denn: Wofür soll sie verwendet werden? Zum einen für die Entwicklung von „alternativen" Energiequellen. Wer aber entwickelt in den USA solche Quellen? Exxon Nuclear, Exxon Coal, Gulf Atomics, US Carbide, Philips Petroleum, um nur einige aus der Liste derer zu nennen, die Kohle und Uran, Wasserkraft und Sonnenenergie, Geothermik und Ölsände ausbeuten, erforschen, technisch entwickeln. Es sind — die Ölmultis selbst, beziehungsweise die hinter ihnen stehenden Finanzgruppen.

Zum anderen für die Entwicklung des Nahverkehrs. Nun ist es eine Tatsache, daß es die Herren des Öls und der Autoganten waren, die in vielen US-Städten den Nahverkehr bewußt zerstörten, weil sie sich vom Auto mehr Profit versprachen. Jetzt wollen sie auch noch an seiner möglichen Wiedereinführung verdienen.

Das zweite, wesentlich schwächer vorgebrachte Argument ist der Hinweis darauf, daß auch die Zinsen für Unternehmerkredite erhöht werden. Nun ist dies eine Maßnahme, die als Effekt vor allem die weitere Konzentrierung des US-Kapitals ergeben wird, da die größten Finanzgruppen ja die größten Industriemonopole herrschen, also nicht betroffen sein werden.

Ob der bereits jetzt sich abzeichnende Kampf der amerikanischen Werktätigen gegen dieses, oder auch ein unwesentlich verändertes Sparprogramm von Erfolg gekrönt sein wird, ob dieses Programm zu Fall gebracht wird, entscheidet nicht nur über die Lebensbedingungen der amerikanischen Werktätigen selbst.

Denn dieses Programm ist gleichzeitig auch ein Programm der verstärkten Militarisierung und Kriegsvorbereitung der Wirtschaft und der Gesellschaft. Nicht nur die ideologische Kampagne des „Opferbringens" sondern auch der beibehaltene Militäretat und die geplanten Subventionen für die Rüstungsproduktion beweisen dies.

Während die amerikanische Börse auf Carters Verkündung recht unwillig reagierte, da diese Maßnahmen, wie ein führender Banker sagte „zu milde und zu spät" seien, haben die Aktien der Rüstungskonzerne abermals einen Sprung gemacht — nach oben, versteht sich.

Delegation der streikenden britischen Stahlarbeiter in Bremen

„Margaret Thatcher ist der Franz Josef Strauß von England"

Volkskorrespondenz aus Bremen

„Es geht nicht nur darum, daß die schlechtbezahltesten Stahlarbeiter Europas sich bei einer Inflationsrate von 17 Prozent mit Lohnerhöhungen von 2 Prozent zufriedengeben sollen, es geht auch nicht nur um die 55 000 Arbeitsplätze, die in der britischen Stahlindustrie vernichtet werden sollen, es geht der Thatcher in erster Linie darum, die britische Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen, genauso wie es Franz Josef Strauß für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik plant", mit diesen Worten kennzeichnete ein Mitglied der Delegation den politischen Kern ihres seit 12 Wochen andauernden Streiks.

Die Thatcher lehnt jeden Kompromiß, der zu einer Verzögerung der Stillegung führen könnte, ab. Die Thatcher hat ein Gesetz vorbereitet, das die Solidaritätsstreiks verbieten soll. Die Gewerkschaften der Hafenarbeiter, der Drucker und der Bergarbeiter, die zur Zeit in zahllosen Solidaritätsaktionen den Stahlarbeitern den Rücken stärken, sollen nach diesem Gesetzentwurf zu hohen „Schadensersatzzahlungen" an die Unternehmer verurteilt werden können, wenn sie ihre Aktionen fortsetzen. Die Thatcher hat während des Stahlarbeiterstreiks die Löhne und Gehälter für die Polizei und die Armee um 40 Prozent heraufgesetzt und gleichzeitig die Familienzulage von 3 Pfund pro Woche für die Streikenden gestrichen.

Was das für die Familien bedeutet, erklärte ein Hochofenarbeiter an seinem eigenen Beispiel. Er wie alle anderen, erhält von der Gewerkschaft seit 12 Wochen keinen einzigen Pfennig. Stattdessen zahlt der Staat Sozialhilfe. Und zwar 21 Pfund die Woche für eine Familie mit einem Kind, dazu noch Mietbeihilfe in Höhe von 7 Pfund die Woche. Das sind zusammen 28 Pfund. Die Miete des Kollegen beträgt aber bereits 20 Pfund die Woche. Bleiben also 8 Pfund, das sind umgerechnet etwa 32 DM zum Leben für Mann, Frau und Kind.

Seit 1926 haben die Stahlarbeiter auf nationaler Ebene nicht gestreikt. Seit Jahrzehnten bildeten sie in puncto Lohnerhöhungen das Schlußlicht in England. Seit vielen Jahren lagen ihre Lohnerhöhungen immer unterhalb der Inflationsrate. Die Gewerkschaft der Stahlarbeiter war das schwächste Kettenglied unter allen britischen Gewerkschaften. Das war es, worauf die Thatcher setzte, als sie sich die Stahlarbeiter für ihren Machtkampf mit der britischen Arbeiterklasse aussuchte.

Aber die Thatcher hat sich getäuscht. Die eine Karte, auf die sie setzte, die regierungshörige Gewerkschaftsführung in der größten Stahlarbeitergewerkschaft ISTC ist von -Zigtausenden von kämpfenden Mitgliedern schachmatt gesetzt worden. Das Streikkomitee wurde ohne Einfluß der Führung von 26 erprobten Shop Stewards gebildet und die hauptamtliche Gewerkschaftssekretär wurde entmachtet. Er hat heute nur noch das Recht, Tee zu kochen für die Streikleitung.

Mit der anderen Karte, der sprichwörtlichen Armut der Stahlarbeiter, hat sich Thatcher ebenfalls verrechnet. Die Kollegen der Delegation berichteten mehrmals sehr anschaulich, wie unbeugsam ihre Frauen sind, die jetzt oft nicht wissen, wie sie Essen auf den Tisch bringen sollen. Die Frauen sagen: „Bevor wir nachgeben, wollen wir lieber Gras fressen." Die Frauen, die in der Stahlindustrie beschäftigt sind, stehen alle ausnahmslos Streikposten, genauso wie die Männer. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei gehen sie oft noch radikaler vor als die Männer. Und die Kämpfe mit der Polizei nehmen zu. 70 wurden verhaftet.

Gegen die Maßnahmen der Regierung demonstrierten vor zwei Wochen 140 000 Menschen aus ganz England in London. Diese Großdemonstration war nicht von der Gewerkschaftsführung, sondern vom Streikkomitee organisiert worden. Für Mitte Mai bereitet das Streikkomitee mit allen britischen Gewerkschaften zusammen einen eintägigen Generalstreik vor.

Mit zwei Hauptproblemen haben die streikenden Stahlarbeiter täglich zu kämpfen. Das eine sind die heimlichen Stahlimporte, und das andere ist das Geld. Der Regierung gelingt es immer wieder über die kleineren Häfen in Südengland in geschlossenen Containern und als Bananen- oder Apfelsinenimporte deklariert, Stahl nach England zu bringen. Solange dieses Rinnsal fließt, kann die Regierung nicht völlig in die Knie gezwungen werden.

Das zweite Problem: Geld. Auf der Klöckner-Hütte in Bremen waren in den vergangenen Wochen 3 150 DM gesammelt worden. Während der Veranstaltung in Bremen wurden zusammen mit einer Spende der RGO noch einmal über 3 000 DM gesammelt. Das ist viel für eine Versammlung von 200 Arbeitern und Studenten. Aber es ist noch lange nicht genug für die kommenden harten Wochen und vielleicht Monate, die die britischen Stahlarbeiter erwarten.

Spendenkampagne läuft

Der Bremer Volkskorrespondent berichtet in dem nebenstehenden Artikel auch von der Spendensammlung auf der Veranstaltung. Auch von anderen Freunden und Genossen haben wir verschiedentlich Informationen über gut gelaufene Spendensammlungen bekommen. Gerade jetzt erhielt die Redaktion die Information, daß die RGO-Gruppe Krupp/Essen 200 Mark gespendet hat.

Wir veröffentlichen hiermit nochmals das Spendenkonto:

Stocksbridge Joint Union's GP-Fund bei der Midland Bank in Stocksbridge/Sheffield, Britannien Konto Nr.: 31020595

Die letzte Folge unserer Serie analysierte die Rolle, die China gegenwärtig im Feld der imperialistischen Kriegsvorbereitungen einnimmt. Es wurde dargelegt, daß die chinesischen Führer selbst eine chauvinistische Großmachtpolitik verfolgen — was vor allem ihr Überfall auf Vietnam deutlich gezeigt hat. Zum anderen wurde herausgestellt, daß Peking eine immer engere Allianz mit Washington eingegangen ist, eine Allianz, die imperialistischen Charakter trägt und darauf beruht, daß beide Mächte in der Sowjetunion ihren hauptsächlichen Konkurrenten sehen.

Sterben für die USA? (4. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Großmacht-chauvinismus

Aber bestätigt der sowjetische Überfall auf Afghanistan nicht doch die These der Chinesen, der Maoisten, daß es sich bei der Sowjetunion um die gefährlichere, die aggressivere, die stärkere der beiden Supermächte handele, während die USA den Höhepunkt ihrer Machtentfaltung überschritten hätten und sich im Niedergang befänden? Mitnichten. Läßt man sich nicht durch die von Zeit zu Zeit in die westliche Presse lancierten Meldungen, Berichte und Meinungsäußerungen, die die militärische Überlegenheit der Sowjetunion beweisen sollen, verwirren — sie dienen lediglich dazu, den Rüstungskonzernen höhere Aufträge zuzuschanzen und das Volk in Angst zu halten —, sondern geht von nüchternen Zahlen aus, so sieht die Sache ganz anders aus.

Bekanntlich ist die Grundlage für die militärische Kraft eines Staates, neben der Einsatzbereitschaft, der Kampfmoral seiner Truppen, seine gesamtwirtschaftliche Stärke. Wie aber sieht es damit zur Zeit zwischen Westen und Osten aus? Die Überlegenheit der westlichen Industrieländer (OECD-Länder ohne Finnland) gegenüber den Ländern des Ostblocks auf wirtschaftlichem Gebiet ist sehr klar. Mit ihren insgesamt 765 Millionen Einwohnern (Ostblock 372 Mio) erarbeiteten die westlichen Industriestaaten im vergangenen Jahr Waren und Dienstleistungen mit einem Wert von 6,5 Billionen (also 6 500 Milliarden) Dollar (im Gegensatz zu den 1 400 Milliarden Dollar der Ostblockstaaten. Zwar ist die Bevölkerung dieser Staaten um die Hälfte kleiner als im Westen, aber sie erreichte nicht einmal ein Viertel der westlichen Wirtschaftsleistungskraft. Das Bruttosozialprodukt ist mehr als doppelt so groß wie das im Osten.

Diese Überlegenheit drückt sich trotz aller gegenteiligen Zweckbehauptungen — wie sollte es anders sein — auch auf militärischem Gebiet aus. So stellte das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik unter dem ehemaligen Bundeswehr-General Wolf Graf Baudissin aus offiziellen und halbamtlich bekanntgegebenen Zahlen fest: **„Nicht der Warschauer Pakt hat bei den ‚eurostrategischen Atomwaffen' die Nase vorn, sondern die NATO — in einigen Bereichen sogar mit mehr als vierfacher Überlegenheit." Geradezu erdrückend ist die westliche Übermacht bei der Addition aller Atomsprengköpfe: 4 500 hat die Sowjetunion, 12 000 haben die Vereinigten Staaten, 500 Großbritannien und 200 Frankreich.**

Dieser wirtschaftlichen wie auch langfristig militärstrategischen Überlegenheit des Westens, der NATO und Chinas versucht die Sowjetunion mit einer Taktik zu begegnen, die man als Blitzkriegsplanung bezeichnen kann. Auch das Hitler-Regime einschließlich seiner Verbündeten war wirtschaftlich wie langfristig militärstrategisch den Westmächten und der Sowjetunion unterlegen. Dennoch gelang es der Hitler-Wehrmacht, durch ihre Blitzkriegsstategie, anfangs bedeutende Erfolge zu erzielen. Doch je länger der Krieg dauerte, desto schwieriger wurde die Lage Hitler-Deutschlands. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion, der nicht zuletzt der Sicherung der dringend für die Kriegsführung benötigten Rohstoffe dienen sollte, begann sich schon das Ende abzuzeichnen. Der Krieg war nicht mehr zu gewinnen und die endgültige Niederlage nur noch eine Frage der Zeit.

Krieg in Europa?

Sollte es zur Zeit tatsächlich zu einem Krieg zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt kommen, so ist infolge der im mitteleuropäischen Raum vorhandenen begrenzten konventionellen Waffenüberlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten und ihrem Vermögen, aus dem Stand heraus anzugreifen, damit zu rechnen, daß deren Truppen in einem Blitzkrieg zum Rhein und eventuell darüber hinaus vorstoßen werden. Die NATO-Planung stellt dies ja bereits in Rechnung, indem sie zum Beispiel die ganze Norddeutsche Tiefebene dem Gegner überläßt und ihn gleichzeitig durch den massiven Einsatz von Atomminen und Atomraketen auf deutschem Boden zu stoppen versucht. Sie rechnet damit, Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt des Krieges, wenn die Kriegsmaschinerie der USA voll angelaufen ist, wiederzuerobern und zum Gegenangriff anzutreten. Das Kinderlied: „Einmal hin, einmal her, rundherum das ist nicht schwer", ließe sich dann leicht aktualisieren in **„einmal hin, einmal her, und ein Deutschland gibt's nicht mehr."**

Heißt das nun, daß die chinesische These, nach der Westeuropa akute Gefahr droht, daß es das bevorzugte Angriffsziel der sowjetischen Sozialimperialisten sei, stimmt? Was daran stimmt, ist nur der Wunsch der chinesischen Imperialisten, die es liebend gerne sähen, NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten würden sich gegenseitig zerfleischen, wobei sie die lachenden Dritten wären, die dann zum gegebenen Zeitpunkt der geschwächten Sowjetunion den endgültigen Todesstoß versetzen und das ebenfalls geschwächte Europa unter ihren Einfluß bringen könnten.

Nur wird dies sicher ein chinesischer Wunschtraum bleiben, denn spätestens bei seinem letzten Europabesuch im Herbst vergangenen Jahres mußte Herr Hua Guofeng feststellen, daß er die Rechnung ohne den Wirt, die westeuropäischen Imperialisten, gemacht hatte, die ihre eigenen Interessen haben.

So kann man denn die chinesische Feststellung, der sowjetische Angriff auf Afghanistan ziele in Wirklichkeit auf Europa, nur noch als lächerliche Rückzugsbehauptung — um „das Gesicht nicht zu verlieren" — werten. **Jede Veränderung, jede Kriegshandlung in Mitteleuropa (nicht unbedingt auf dem Balkan) würde — das wissen sowohl die Staaten des Warschauer Pakts als auch die NATO — zu einer globalen Konfrontation, zum dritten Weltkrieg führen.** Und wenn schon, dann wollen die sowjetischen, wie auch die westlichen Imperialisten ihre Soldaten lieber für die eigenen als für chinesische Profit- und Machtinteressen opfern.

So stellen die Herren in Peking denn neuerdings auch einen eigenen Angriff auf die Sowjetunion mit militärischer Unterstützung der USA und im Bündnis mit Westeuropa in Rechnung. So sprechen sie, wie in der Pekinger „Volkszeitung" von einer gemeinsamen Front Chinas und Westeuropas bei der Abwehr der sowjetischen Gefahr. Dabei hoffen sie nach wie vor, im Falle eines großen Krieges infolge ihrer Milliarden Menschen letztendlich die Überlebenden, die Sieger zu sein. Nicht umsonst legen sie den größten Wert auf den Bau atomsicherer Tunnel und Bunker für einen Großteil ihrer Bevölkerung.

Doch auch diese Rechnung dürfte so leicht nicht aufgehen, denn sie berücksichtigt nicht die Interessen der USA-Imperialisten. Diese haben es in zwei Weltkriegen stets verstanden, sich so lange aus dem eigentlichen Kriegsgeschehen herauszuhalten, bis die Würfel schon gefallen, der Krieg schon entschieden war. Während im zweiten Weltkrieg große Teile Europas in Schutt und Asche versanken, die Sowjetunion allein 13,6 Millionen, Deutschland 4 Millionen Soldaten verloren, blieben die USA unversehrt und verloren in Europa und im Pazifik ganze 259 000 Soldaten.

Monate-, ja jahrelang zögerten die amerikanischen und britischen Herren des Finanzkapitals im zweiten Weltkrieg die Invasion, die Eröffnung der zweiten Front gegen den Hitler-Faschismus hinaus, um die Sowjetunion zu schwächen und ihre eigenen Profite, Kriegsgewinne ins Ungeheure zu steigern. So wurde der zweite Weltkrieg für die Bosse der Wallstreet das Geschäft ihres Lebens. Der USA-Imperialismus trat in der Folge das Erbe des britischen Empires und anderer imperialistischer Staaten an, errichtete rund um den Erdball ein Netz von Militärstützpunkten und brachte zahlreiche Länder in Abhängigkeit von ihm. Die USA wurden zur ersten imperialistischen Supermacht.



Carters besondere Freude: Offiziere auch China, Pakistan und Ägypten als Beobachter beim NATO-Manöver „Blaue Donau" in Bayern.

Mit- und gegeneinander

Erst später, durch die kapitalistische Entartung der Sowjetunion nach Stalins Tod und dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 und ihrer Entwicklung zu einer imperialistischen Supermacht, entstand dem USA-Imperialismus ein gleichwertiger, ernstzunehmender Konkurrent, mit dem man sich vorerst, wie im Atomwaffensperrvertrag und anderen Abkommen gegen andere Staaten, gegen die Völker, zu arrangieren versuchte; was nicht ausschloß, daß man sich gleichzeitig bekämpfte. Stillschweigend versuchte man die Welt in Interessensphären untereinander aufzuteilen, was zum Beispiel dazu führte, daß der US-Imperialismus nicht eingriff, als die sowjetischen Sozialimperialisten die Tschechoslowakei überfielen, während sich die Sowjetunion im Vietnam-Krieg mit der Lieferung schwerer Waffen und dem Einsatz eigener Truppen zurückhielt. Der Grund für dieses stillschweigende Übereinkommen war:
1. Die gemeinsame Furcht vor der Revolution, vor den Aufständen der Völker gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der jeweiligen Supermacht.
2. Die Entwicklung der atomaren Waffentechnik, die zum ersten Mal dazu führen kann, daß die USA selbst in das Kriegsgeschehen, in die Vernichtung durch einen Krieg einbezogen werden.

Zwar können diese Gründe, die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Mächten, also auch zwischen der Sowjetunion und den USA, nicht aufheben, doch konnten sie bisher eine direkte Konfrontation zwischen ihnen zeitweilig hinauszögern. **Aber eben nur bis zu einem gewissen Grade, denn die Gesetzmäßigkeit, daß der Imperialismus unvermeidlich Kriege hervorbringt, wirkt nach wie vor.** Es ist ja nicht etwa die Unvernunft oder Bösartigkeit eines Breschnew oder Carter, die zum Kriege führt, sondern die dem Imperialismus innewohnende Streben nach Maximalprofiten durch: Kapitalexport, die Schaffung und Ausdehnung von Absatzmärkten und Einflußzonen, die Sicherung von Rohstoffquellen etc., das ihn früher oder später die Politik mit den Mitteln des Krieges fortsetzen läßt.







Über ein gewaltiges Arsenal von Atomwaffen verfügt der amerikanische Imperialismus. Hier die neue Rakete MX, die an einer beliebigen Stelle die Erdoberfläche durchbrechen und starten kann.

Im nächsten RM

Zeitbombe Persischer Golf

Die nächste Folge unserer Serie beschäftigt sich mit der Lage der verschiedenen Länder in Südasien und im Bereich des Mittleren Ostens. Hier ist durch das massive Eingreifen der beiden Supermächte eine besonders explosive Situation entstanden. Und der Kampf zwischen Moskau und Washington um militärische Stützpunkte, um politischen und wirtschaftlichen Einfluß in dieser Region wird von Monat zu Monat mit größerer Aggressivität geführt.

Das 21. Rentenanpassungsgesetz

Die zweite Etappe des Rentenabbaus

In der vierten Folge unserer Artikelserie zur Rentendiskussion befaßten wir uns mit der ersten Etappe des großen Rentenabbaus, dem 20. Rentenanpassungsgesetz. Insgesamt hoffte der Gesetzgeber durch diese Maßnahmen auf Kosten der Rentner und Beitragszahler weit über 60 Milliarden Mark einzusparen. Diese gegen den sozialen Besitzstand der Werktätigen gerichtete Politik bewies schlagartig, daß die Reformpolitik der frühen 70er Jahre unter den Bedingungen einer Wirtschaftskrise wie ein Kartenhaus zusammenfällt, daß die sozialliberale Koalition trotz Wortgeklingel von „mehr Demokratie" und „Lebensqualität" brutal im Interesse des Kapitals die Folgen der Krise auf den Rücken der Millionen Werktätigen abwälzt. Und was die Renten betrifft: Das 20. Rentenanpassungsgesetz (RAG) war erst der Anfang; es sollte noch schlimmer kommen ...

Daß es mit dem Rentenklau durch das 20. RAG längst noch nicht getan sei, signalisierte der Sozialbeirat bereits Ende Februar 1977, als noch die ersten Diskussionen über den Ehrenbergschen Gesetzentwurf geführt wurden.

In einem Gutachten heißt es:

Der Beirat sieht „*ein nicht geringes Risiko, daß — insbesondere bei ungünstiger Wirtschaftsentwicklung — die jetzt von der Bundesregierung mit dem ‚Entwurf eines Gesetzes zur 20. Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung' beschlossenen Maßnahmen mittelfristig zur Konsolidierung der Rentenfinanzen noch nicht ausreichen werden.*"

In diesem Zusammenhang

Artikelserie zur Rentendiskussion



(5. Folge)

schlägt der Beirat vor, das bis dahin noch als Tabu angesehene bruttolohnbezogene System anzutasten und durch ein kostengünstigeres zu ersetzen, zum Beispiel ein nettolohnbezogenes. Weiter schlugen die Herren Beiräte vor, die Rentenempfänger über kurz oder lang in Sachen Krankenversicherung zur Kasse zu bitten.

Man sieht, die gegenwärtig in der Diskussion befindlichen Konzepte sind nicht neu; sie werden im Gegenteil immer wieder aus der Versenkung geholt, wenn ein erneuter womöglich noch schärferer Angriff auf das Rentensystem geführt werden soll.

Entgegen den demagogischen Hinweisen der Regierungsparteien, die Wirtschaft ginge einem neuen Aufschwung entgegen, die Millionenarbeitslosigkeit 1975/76 sei nur eine kurze Episode, blieb die Wirtschaftsentwicklung in der Talsohle stecken. Schon zeichnete sich ab, daß die Verabschiedung des 20. Rentenanpassungsgesetzes (RAG) nur der Auftakt eines umfassenden Rentenabbaus gewesen war.

Bei den jährlich fälligen Wirtschaftsprognosen, die die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Rentenanpassungsbericht erstellen muß, war man bei der Diskussion und Verabschiedung des 20. RAG von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 5 Prozent für das Jahr 1977 ausgegangen. Noch bevor das Jahr zu Ende ging, wurde jedoch klar, daß das Wachstum nicht einmal die Hälfte des angenommenen Wertes betragen würde. Schließlich waren es nur 2,4 Prozent.

Bereits im September sah sich die Regierung gezwungen, das 20. RAG durch verschiedene Maßnahmen weiter zu verschärfen. Sah das 20. RAG noch vor, die Bundesanstalt für Arbeit müsse ab 1. Januar 1979 Rentenversicherungsbeiträge für die Empfänger von Arbeitslosengeld zahlen, so wurde diese Regelung nun um ein halbes Jahr vorgezogen.

Die im Rahmen des 20. RAG eingefrorenen Kinderzuschüsse wurden in Höhe des vergleichbaren Kindergeldes vom Bund übernommen. Weiter wurde die Rückzahlung gestundeter Bundeszuschüsse beschlossen, um die Rentenkasse liquide (zahlungsfähig) zu halten.

Im Januar 1978 begann sich abzuzeichnen, daß die Regierung Schmidt in der Rentenfrage erneut wortbrüchig werden würde.

Hatte der Kanzler Ende 1976 nach dem ersten Rentenbetrug noch hoch und heilig versichert, die bruttolohnbezogene Rente würde trotz aller finanzieller Engpässe nicht angetastet, so kursiert bereits im Januar 1978 in den Reihen der Koalitionsparteien Pläne aus dem Hause Ehrenberg, die Rentenanpassung für 1979, 1980 und 1981 von dem bruttolohnbezogenen Steigerungssystem abzukoppeln und lediglich um 5 Prozent zu erhöhen. Natürlich wurde auch in diesem Zusammenhang, ähnlich wie 1976, versprochen, danach zur bisher praktizierten Rentenformel zurückzukehren.

Die nächste Runde des Rentenabbaus

Der Kreis um Herbert Wehner befaßte sich derweil mit Plänen für eine Beitragserhöhung, während die FDP-Fraktion um ihren Rentenexperten Schmidt-Kempten sich „mit Nachdruck" für die Wiedereinführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner einsetzte.

Der Standpunkt der CDU/CSU entsprach im wesentlichen den freidemokratischen Vorstellungen. Man klagte die Regierung an, das bruttolohnbezogene System, das ja immerhin unter Adenauer eingeführt worden sei, zerschlagen zu wollen, und trat seinerseits dafür ein, anstelle einer verkürzten Rentenanpassung Krankenversicherungsbeiträge einzuführen. Nach den Unionsvorstellungen sollten die Rentenempfänger 1979 2 Prozent, 1980 4 Prozent und 1981 5,5 Prozent Krankenversicherungsbeiträge zahlen.

Sucht man jenseits aller parlamentarischen Polemik nach grundlegenden Unterschieden bei den verschiedenen Konzepten, so wird man keinen finden. Diese Vorschläge sind — jeder auf seine Art — geeignet, der Rentnern bis 1981 über 30 Milliarden Mark vorzuenthalten. Diese Konzepte bürden die Lasten der maroden Rentenfinanzen den Werktätigen auf.

Im übrigen liefen auch die im Zusammenhang mit der Diskussion des 21. RAG ausgearbeiteten Vorschläge des Sozialbeirats darauf hinaus, die Rentner entweder durch offenen Rentenabbau zu belasten oder aber durch die Einführung von Krankenversicherungsbeiträgen einen ähnlichen Effekt zu erzielen, wobei in diesem Falle das bruttolohnbezogene System zumindest formal unangetastet bliebe.

Die Bundesregierung war beim 20. RAG von einer langsamen aber stetigen Erholung des Arbeitsmarktes ausgegangen. Bekanntlich spielen die Arbeitslosenziffern eine große Rolle beim Zustand der Rentenfinanzen.

Man war von folgenden Zahlen ausgegangen: 1977 850000 Arbeitslose, 1978 775000 Arbeitslose, 1979 700000 Arbeitslose, 1980 630000 Arbeitslose. Nun ist heute längst bekannt, daß sich die Arbeitslosenzahl seit 1975 mit nur geringfügigen Schwankungen um die Millionengrenze eingependelt hat. Weiter rechnete man in den Wirtschaftsprognosen mit durchschnittlichen Lohnsteigerungen von 7,5 Prozent in den Jahren 1977 bis 1980. Ein Blick auf die gegenwärtig laufende und die Tarifrunde des Vorjahres zeigen, daß auch diese Zahlen entschieden zu hoch gegriffen sind.

Rufen wir uns in Erinnerung: 200000 Arbeitslose mehr als angenommen bedeuten eine Milliarde Mark weniger als angenommen in den Rentenkassen; alleine für 1980 wären das zwei Milliarden Mark. Ein Prozent weniger Lohnsteigerung als angenommen bedeuten 900 Millionen Mark weniger in den Rentenkassen.

Bekanntlich lag der Tarifabschluß 1979 gerade bei 5 Prozent, also zweieinhalb Prozentpunkte weniger als angenommen, macht allein für 1979 ein Manko von 2,25 Milliarden Mark aus.

Bis 1982 berechneten die Rentenexperten der Parteien je nach den verschiedenen Wirtschaftsprognosen ein Defizit in den Rentenkassen von 33 Milliarden Mark (SPD/FDP) bis 45 oder gar 50 Milliarden Mark (CDU/CSU) aus.



Bundesarbeitminister Ehrenberg scheint sich zu freuen, nachdem er die Rentner mit dem 21. RAG erneut übers Ohr gehauen hat.

Die Konsequenzen, die die Bundesregierung aus diesen Zahlen zog, sollten noch drastischer ausfallen als die im Januar 1978 von Arbeitsminister Ehrenberg genannten Pläne.

Das 21. RAG im Parlament

Im März 1978 verabschiedete die Bundesregierung den Entwurf zum 21. Rentenanpassungsgesetz (RAG), am Donnerstag, den 27. April wurde es zum ersten Mal im Bundestag erörtert.

Zitieren wir die entscheidenden Stellen aus dem Gesetzentwurf:

„*Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung* (...) *werden zum 1. Januar 1979 um 4,5 v.H. (vom Hundert = Prozent, Red.), und zum 1. Januar 1980 und 1. Januar 1981 um jeweils 4 v.H. erhöht.*"

Hinter diesem schlichten Satz verbirgt sich der bislang unverschämteste Rentenabbau in der Geschichte des bruttolohnbezogenen Rentensystems. Das bruttolohnbezogene System wird nicht nur für drei Jahre außer Kraft gesetzt, was vor allem den scharfen Protest des DGB hervorrief, die von der Bundesregierung ins Auge gefaßten Maßnahmen laufen auf einen regelrechten Abbau der Renten hinaus, und das in einer Situation, da die bestehenden Renten noch nicht einmal in der Lage sind, der überwiegenden Mehrheit der Rentner einen materiell gesicherten Lebensabend zu ermöglichen.

Das für Sozialpolitik zuständige DGB-Vorstandsmitglied Janzen bemerkte in diesem Zusammenhang: „*Wer legt eigentlich die Hand dafür ins Feuer, daß diese oder eine andere Regierung 1982 wieder zur bruttolohnbezogenen Rentenanpassung zurückkehrt?*"

Wäre für die Zeit von 1979 bis 1981 das bruttolohnbezogene System in Kraft geblieben, die jährlichen Rentenanpassungen wären entschieden höher ausgefallen, und zwar 7,2 Prozent für 1979 und 6,9 bzw. 6,1 Prozent für die folgenden Jahre. Stellt man noch die um ein halbes Jahr verschobene Rentenanpassung durch das 20. RAG in Rechnung, so läuft die Rentenanpassungsgesetzgebung darauf hinaus, dem Rentner bis zum Ende 1981 über dreieinhalb Monatsrenten vorzuenthalten.

Weiter heißt es im Gesetzentwurf, der am 8. Juni 1978 verabschiedet wurde:

„*Mit den Rentenanpassungen wird eine befristete Risikoabsicherungsklausel verbunden, die es ermöglicht, einer unvorhersehbaren erheblichen Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung gegenüber den mittelfristigen Annahmen der Bundesregierung Rechnung zu tragen.*"

Diese Risikoabsicherungsklausel ist nichts anderes als ein Freibrief für weitere Angriffe auf die gesetzliche Rentenversicherung zu Lasten der Leiempfänger und Beitragszahler. Sie ermöglicht es der Bundesregierung, noch vor Ablauf des 21. RAG weitere Eingriffe in die bereits reduzierten Rentenerhöhungen vorzunehmen.

Weiter wurde eine 0,5prozentige Beitragserhöhung ab 1. Januar 1981 beschlossen und in Aussicht gestellt, die Rentner ab 1982 mit einem eigenen Krankenversicherungsbeitrag zur Kasse zu bitten.

Noch während der Bundestagsdebatten, die von April bis Juni 1978 liefen, kam es zu breiten Protestaktionen gegen den großangelegten Rentenklau durch die Bundesregierung, in deren Zusammenhang auch die Oppositionsparteien scharf angegriffen wurden, die sich vergeblich als Gralshüter des bruttolohnbezogenen Systems aufspielten.

Während die Regierungsparteien für einen „ehrlichen" Rentenabbau eintraten, machte die Opposition sich für einen „versteckten" stark: Zwar Beibehaltung des bruttolohnbezogenen Systems, dafür aber Rentenkürzungen über Krankenversicherungsbeiträge.

Vor diesem Hintergrund, dem Hintergrund des massiven Rentenabbau durch das 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz, findet die gegenwärtige Rentendiskussion statt, wobei neben den sattsam bekannten Plänen über Krankenversicherungsbeiträge, endgültige Abschaffung des bruttolohnbezogenen Systems verschiedene neue Varianten eingebracht werden, zum Beispiel Rentenbesteuerung, die aber alle in die gleiche für Rentenempfänger und Beitragszahler verhängnisvolle Richtung führen: Die durch die langandauernde Wirtschaftskrise in Bedrängnis geratenen Rentenfinanzen sollen auf Kosten derjenigen saniert werden, die sowieso die Hauptlast der kapitalistischen Krise zu tragen haben, denen das sauer verdiente Geld durch die Teuerung geraubt wird, denen Jahr für Jahr schlechtere Lohnabschlüsse zugemutet werden, über deren Haupt das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit schwebt, die durch steigende Arbeitshetze und ungesunde Arbeitsbedingungen immer früher aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, kurz diejenigen, aus deren wachsende Reichtum der Kapitalisten entsprungen.

Zur Lage der Rentner 1978

Unter anderem wurden die erheblichen Renteneinbußen, die durch das 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz heraufbeschworen wurden, damit verteidigt, daß die Rentner in den letzten Jahren ihre soziale Lage überdurchschnittlich verbessert hätten und ihnen wie allen anderen in Zeiten der Wirtschaftskrise Opfer zugemutet werden müßten. Was von derlei Argumentation zu halten ist, zeigen folgende Fakten aus dem Jahr 1978, in dem das 21. RAG verabschiedet wurde:

- **45,1 Prozent aller Bezieher von Erwerbsunfähigkeits- und Altersrente, das sind 3,2 Millionen Rentner, müssen mit weniger als 600 Mark monatlich leben.**
- **Mehr als die Hälfte der etwa 3,4 Millionen Witwenrenten liegen unterhalb von 600 Mark monatlich.**
- **432000 Witwen erhalten nicht einmal 300 Mark.**
- **Die Durchschnittsrente der 5,3 Millionen in der Rentenversicherungsanstalt für Arbeiter geführten Rentner beträgt 646,10 Mark.**
- **Lediglich die in der Angestelltenversicherung geführten Rentner verfügen über ein vierstelliges Durchschnittseinkommen von 1011,30 Mark.**

Nachdem Walter Arendt seinen Stuhl geräumt hatte, zog Ehrenberg als neuer Mann das 20. und 21. RAG zu Lasten der Rentner und Beitragszahler durch. Gegenwärtig bastelt er an einer neuen Demontage der Renten.

Im nächsten RM:
Die nächste Folge wird sich mit der für 1984 vorgesehenen Rentenreform befassen.

Johann Christian Friedrich Hölderlin

Leicht zugänglich ist Hölderlins Werk nicht. Seine Dichtungen mit ihrer symbolisch-bildhaften und scheinbar abgehobenen Sprache, mit ihren Rückgriffen auf die antike Mythologie sind nicht jedermanns Sache. — Und doch sind sie Zeugnisse fortschrittlichen und revolutionären Geistes im Deutschland der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Wer sich die Mühe macht, sich mit Hölderlins Dichtungen und Schriften auseinanderzusetzen, dem erschließt sich nicht nur ein Werk von höchstem künstlerischen Rang, sondern auch das Werk eines der bedeutendsten bürgerlich-revolutionären Dichter der klassischen deutschen Nationalliteratur.

Auf Hölderlin, der am 20. März 1770 geboren wurde, gewann das Beispiel der großen französischen Revolution ausschlaggebenden Einfluß. Hölderlin ersehnte auch für Deutschland eine revolutionäre Umwälzung der drückenden feudalen Verhältnisse und gab dem in seinen Werken Ausdruck. Am klarsten spiegelt sich sein Verhältnis zu seiner Zeit in dem lyrisch-elegischen Bekenntnisroman „Hyperion oder Der Eremit in Griechenland" wider. Handlungsgerüst des Romans ist der griechische Aufstand gegen die türkische Fremdherrschaft im Jahre 1770. Der Roman entwirft ein Bild von einem demokratischen, von despotischer Willkür freien Deutschland, von der Notwendigkeit der Erziehung eines neuen Menschengeschlechts des kommenden Jahrhunderts und der harmonischen Entfaltung der Einzelpersönlichkeit. Dem Wunschbild haften jedoch notwendigerweise utopische Züge an, Illusionen über eine Harmonie der Klassen. Wenn Hölderlin zu einem für seine Zeit außergewöhnlich tiefen Verständnis für das welthistorische Ereignis der Französischen Revolution gelangte, so bildeten diese Einsichten auf der anderen Seite einen Grund für seine zunehmende Isolation. Die feudale Umwelt ließ ihn keine Anzeichen einer beginnenden Veränderung, einer möglichen Umwälzung erkennen, und je aussichtsloser ihm die Verwirklichung seiner politischen Utopien wurde, desto „abgehobener", entrückter und mystischer wurde sein Denken, seine Sprache, seine Dichtungen. — Ein Bild seiner isolierten Position hat Hölderlin zum Beispiel in dem (unvollendeten) Gedicht über Rousseau gestaltet.

Die drückenden Zeitumstände, verbunden mit äußerst deprimierenden persönlichen Verhältnissen, mag seinen unglücklichen Lebensverlauf entscheidend mitgeprägt haben. Hölderlin, der sich seinen Lebensunterhalt als Hauslehrer verdiente, verfiel ab 1802 zunehmend dem Wahnsinn. Von 1806 bis zu seinem Tode am 7. Juni 1843 lebte er in völliger geistiger Umnachtung.

Neben zahlreichen Gedichten — Oden, Epigrammen, Elegien, „Vaterländischen Gesängen" — von außergewöhnlicher sprachlicher Schönheit schrieb Hölderlin den Roman „Hyperion" und das dramatisierte Gedicht „Empedokles". Er schuf auch geniale Nachdichtungen antiker Texte, darunter der Sophokles-Tragödien „Odipus der Tyrann" und „Antigone".

Meine Liebe ist das Menschengeschlecht

(Aus einem Brief an seinen Bruder, Sep. 1793)

Ich hange nicht mehr so warm an einzelnen Menschen. Meine Liebe ist das Menschengeschlecht, freilich nicht das verdorbene, knechtische, träge, wie wir es nur zu oft finden, auch in der eingeschränktesten Erfahrung. Aber ich liebe die große, schöne Anlage auch in verdorbenen Menschen. Ich liebe das Geschlecht der kommenden Jahrhunderte. Denn dies ist meine seligste Hoffnung, der Glaube, der mich stark erhält und tätig, unsere Enkel werden besser sein als wir, die Freiheit muß einmal kommen, und die Tugend wird besser gedeihen in der Freiheit heiligem erwärmenden Lichte als unter der eiskalten Zone des Despotismus. Wir leben in einer Zeitperiode, wo alles hinarbeitet auf bessere Tage. Diese Keime von Aufklärung, diese stillen Wünsche und Bestrebungen Einzelner zur Bildung des Menschengeschlechts werden sich ausbreiten und verstärken, und herrliche Früchte tragen. Sieh! lieber Karl! dies ists, woran nun mein Herz hängt. Dies ist das heilige Ziel meiner Wünsche, und meiner Tätigkeit — dies, daß ich in unserm Zeitalter die Keime wecke, die in einem künftigen reifen werden. Und so, glaub ich, geschieht es, daß ich mit etwas weniger Wärme an einzelne Menschen mich anschließe. Ich möchte ins Allgemeine wirken, das Allgemeine läßt uns das Einzelne nicht gerade hintansetzen, aber doch leben wir nicht so mit ganzer Seele für das Einzelne, wenn das Allgemeine einmal ein Gegenstand unserer Wünsche und Bestrebungen geworden ist. Aber dennoch kann ich noch Freund eines Freundes sein, vielleicht kein so zärtlicher Freund wie ehmals, aber ein treuer, tätiger Freund. O! und wenn ich eine Seele finde, die, wie ich, nach jenem Ziel strebt, die ist mir heilig und teuer, über alles teuer. Und nun, Herzensbruder! jenes Ziel, Bildung, Besserung des Menschengeschlechts, jenes Ziel, das wir in unserm Erdenleben nur vielleicht unvollkommen erreichen, das aber doch um so leichter erreicht werden wird von der besseren Nachwelt, je mehr auch wir in unserem Wirkungskreise vorbereitet haben — jenes Ziel, mein Karl! lebt, ich weiß es, vielleicht nur nicht so klar, auch in Deiner Seele.

Hölderlin

ROUSSEAU

Wie eng begrenzt ist unsere Tageszeit.
Du warst und sahst und stauntest, schon Abend ists,
Nun schlafe, wo unendlich ferne
Ziehen vorüber der Völker Jahre.

Und mancher siehet über die eigne Zeit,
Ihm zeigt ein Gott ins Freie, doch sehnend stehst
Am Ufer du, ein Ärgernis den
Deinen, ein Schatten, und liebst sie nimmer,

Und jene, die du nennst, die Verheißenen,
Wo sind die Neuen, daß du an Freundeshand
Erwarmst, wo nahn sie, daß du einmal,
Einsame Rede, vernehmlich seiest?

Klanglos ists, armer Mann, in der Halle dir,
Und gleich den Unbegrabenen, irrest du
Unstät und suchest Ruh und niemand
Weiß den beschiedenen Weg zu weisen.

Sei denn zufrieden! Der Baum entwächst
Dem heimatlichen Boden, aber es sinken ihm
Die liebenden, die jugendlichen
Arme, und trauernd neigt er sein Haupt.

Des Lebens Überfluß, das Unendliche,
Das um ihn und dämmert, er faßt es nie.
Doch lebts in ihm und gegenwärtig,
Wärmend und wirkend, die Frucht entquillt ihm.

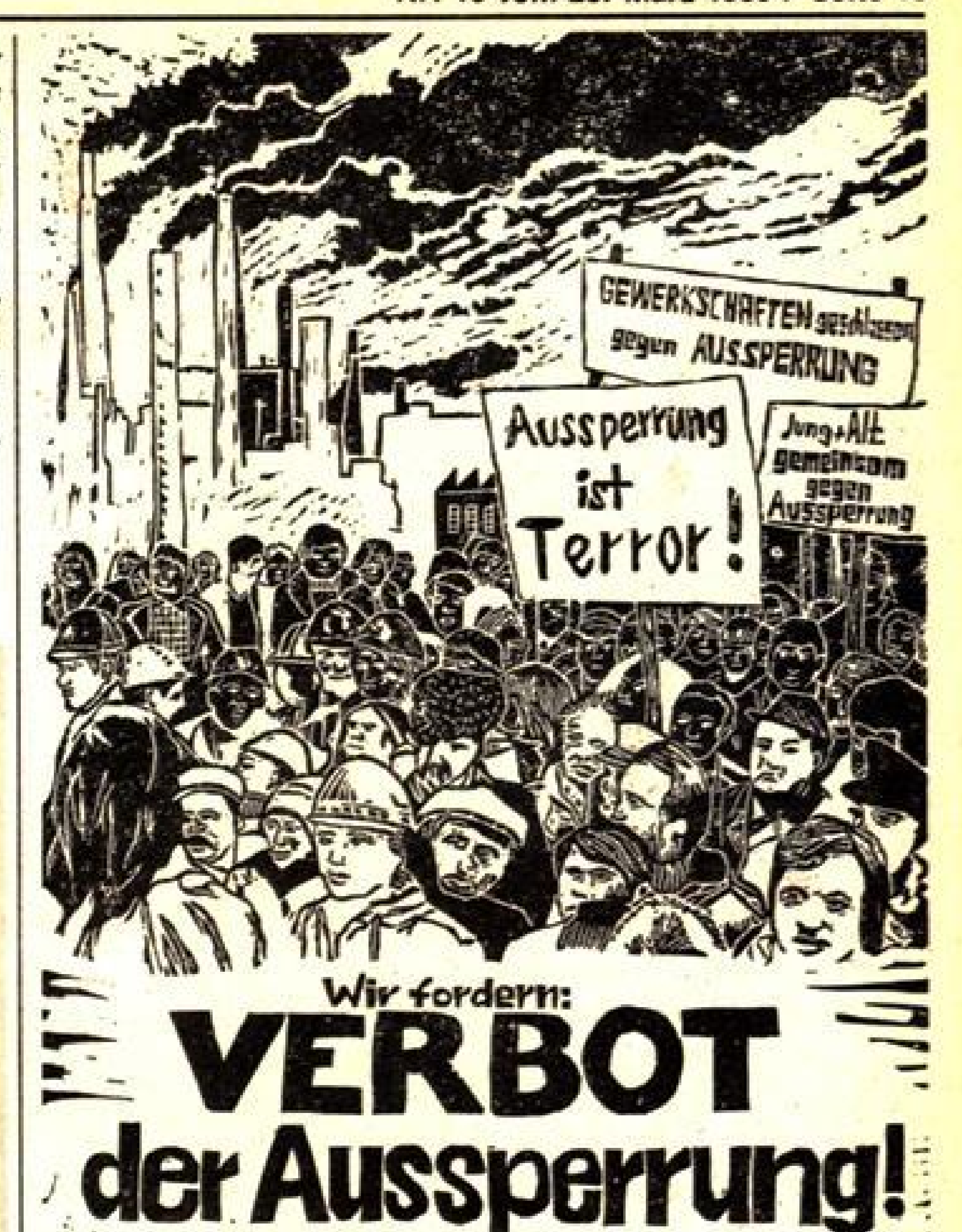
Du hat gelebt! auch dir, auch dir
Erfreuet die ferne Sonne dein Haupt,
Und Strahlen aus der schönern Zeit. Es
Haben die Boten dein Herz gefunden.

Vernommen hast du sie, verstanden die Sprache der Fremdlinge,
Gedeutet ihre Seele! Dem Sehnenden war
Der Wink genug, und Winke sind
Von alters her die Sprache der Götter.

Und Wunderbar, als hätte von Anbeginn
Des Menschen Geist das Werden und Wirken all,
Des Lebens Weise schon erfahren,

Kennt er im ersten Zeichen Vollendetes schon,
Und fliegt, der kühne Geist, wie Adler den
Gewittern, weissagend seinen
Kommenden Göttern voraus,

(Anm.: Der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau (1712 bis 1778) spiegelte in seinen Werken vornehmlich die Ideologie der kleinbürgerlichen Schichten des dritten Standes wider, die dem Feudalismus feindlich gegenüberstanden und sich zum Kampf gegen den Absolutismus erhoben; er wurde zum geistigen Wegbereiter der bürgerlichen Revolution in Frankreich, die er selbst nicht mehr erlebte. Hölderlin sieht in Rousseaus Schicksal Parallelen zu seinem eigenen.)



Den obigen Linoldruck hat der Kollege Peter Becker hergestellt, um den Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung zu unterstützen. Der Linoldruck ist erhältlich bei: Peter Becker, Bachgasse 61, 6140 Bensheim 3.

Jeder Druck ist ein Original-Handabzug (30 x 21 cm). Bei Bestellungen bis zu zehn Stück bitte den Wert (5 Mark) in Briefmarken oder Scheinen beilegen. Bei Bestellungen ab 11 Exemplaren folgt Rechnung (30 Prozent Rabatt).

Peter Becker schreibt: "Meiner Meinung nach ist der Kampf gegen die Aussperrungswillkür der Unternehmer ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Deshalb soll das gesamte Geld der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zugutekommen."

Hat Heinrich Mann Strauß gekannt?

Zweierlei Worte aus zweierlei Zeit

„Seit einiger Zeit sinkt das Niveau der Mächtigen der Erde. Stellenweise reicht es nur noch bis zur moralischen Unterwelt. So etwas vergreift sich an Religion, Wissenschaft, Gesellschaftslehre, unterschiedslos an allem, was sie nichts angeht. Verstehen kein Wort davon. Losgelassener Zerstörungstrieb, sonst haben sie nichts. Schaden! Vernichten, was andere geschaffen und großgemacht haben, unser Geisteserbe! Natürlich wird unser Geisteserbe nicht untergehen; Lehren, Erkenntnisse, höchstes Streben werden nicht unterliegen dem Neid eines Gesindels, das ihrer nicht wert ist. Zeitweilig ist allerdings ein tolles Gesindel hergefallen über die westliche Zivilisation. Man wird mit ihm fertig werden; es ist eine Frage geistiger Zucht und Festigkeit. Man lasse sich nicht beirren: unbesiegbar war noch keine Barbarei." **(Heinrich Mann, Rede auf dem Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur im Juni 1935 in Paris.)**

Fernsehkritik

1848 im ZDF

Die Idee war gut: Die Revolution von 1848 in den Ländern Schweiz, Österreich und Deutschland von den entsprechenden staatlichen Fernsehanstalten darstellen zu lassen. Auf das Ergebnis konnte man gespannt sein. Zwei Filme habe ich gesehen. Der Schweizer Beitrag „Der Galgensteiger" (Montag, 17. März, ZDF) hat mir — mit Einschränkungen — gefallen; den westdeutschen Beitrag „Die Paulskirche" (Donnerstag, 20. März, ZDF) dagegen fand ich, gelinde gesagt, enttäuschend.

Der schweizerische Beitrag brachte eine spannende Geschichte: den Kampf des „Freisinnigen" Robert Steiger und seiner Leute gegen die Regierung der Stadt Luzern, dem Bollwerk der jesuitisch-feudalen Reaktion in der Schweiz. Steiger wird bei einem von ihm geführten Freischarenzug gefangengenommen, nach Luzern gebracht, wo ihm der Prozeß gemacht und er zum Tode verurteilt wird. Die Revolutionäre arbeiten nun an seiner Befreiung. Schließlich gelingt ihm die Flucht; er flieht in das freisinnig-liberale Genf, wo er die Führung des Kampfes gegen die Reaktion übernimmt. Siegreich zieht er schließlich in Luzern ein.

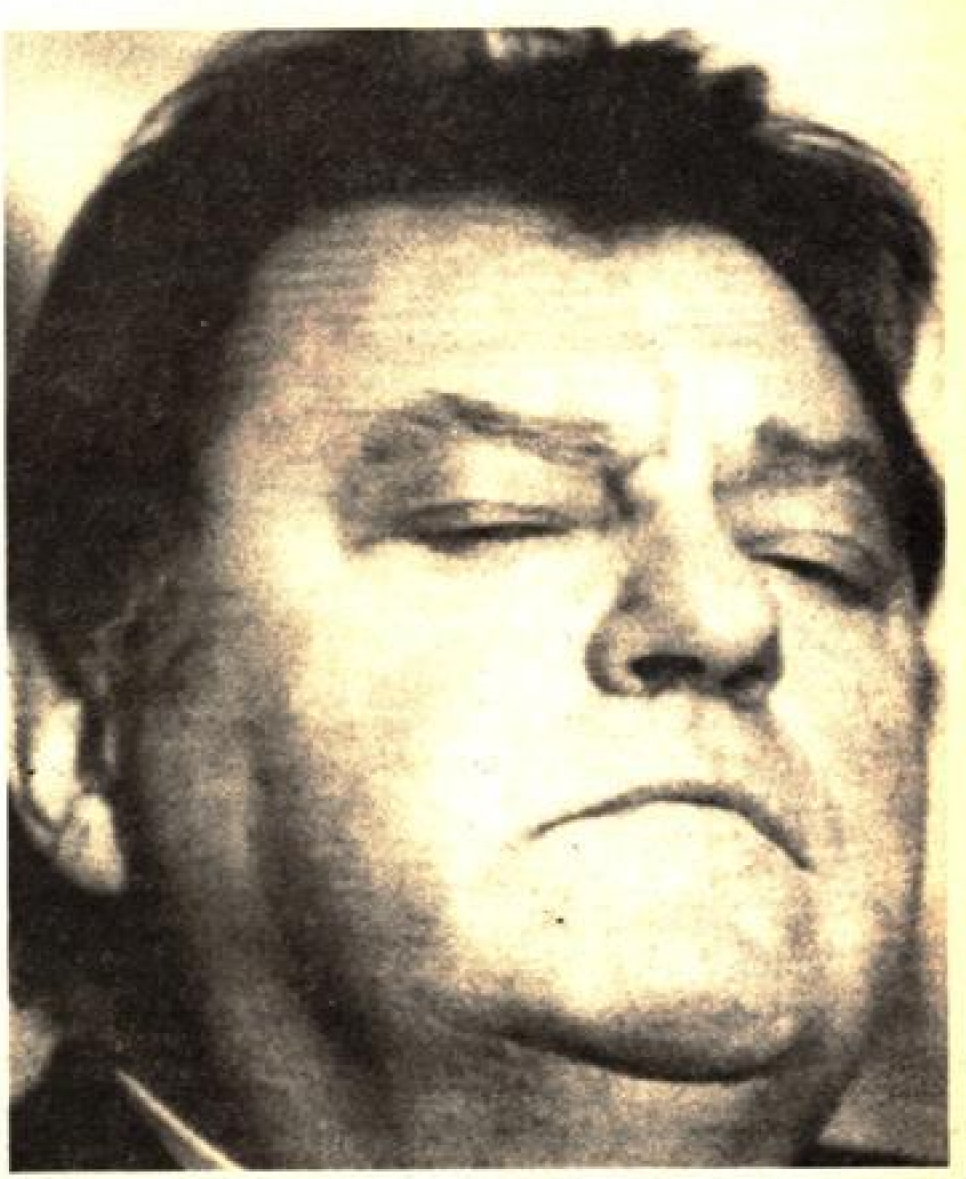
Wenn auch der Film streckenweise die Klischees gewisser Geschichtsschinken wiederauflegt — Straßenkampf und Krieg erscheinen als Geländespiel —, so ist er doch in einem Punkt erstaunlich realistisch: Der Film arbeitet ausführlich den Gegensatz von liberaler Bourgeoisie und Proletariat heraus, der sich im Laufe der Revolution vertiefte. Er macht klar, daß diese Revolution letztlich nur dem Bürgertum, den Kapitalisten, einen wirklichen Sieg brachte, nicht aber der Arbeiterklasse, die der kapitalistischen Ausbeutung ausgesetzt war.

Im Gegensatz zu dem Schweizer Beitrag baute der westdeutsche Film „Die Paulskirche" nicht auf einer Handlung auf. Nach einer geschichtswissenschaftlichen Einführung eines Professors (der sich im übrigen nicht recht verständlich machen konnte), wurden in steter Folge Originalausschnitte Frankfurter Parlamentarier von entsprechend kostümierten Schauspielern vorgetragen. Die Namen der jeweils Redenden wurden eingeblendet. Bisweilen zeigte die Kamera auf eine Gruppe zuhörender Parlamentarier, bisweilen erklangen auch Bei- oder Mißfallensäußerungen. Das war alles. Man mußte schon Professor sein, um sich in dieser Sammlung von Redeausschnitten zurechtzufinden. Aber wer ist schon Professor?

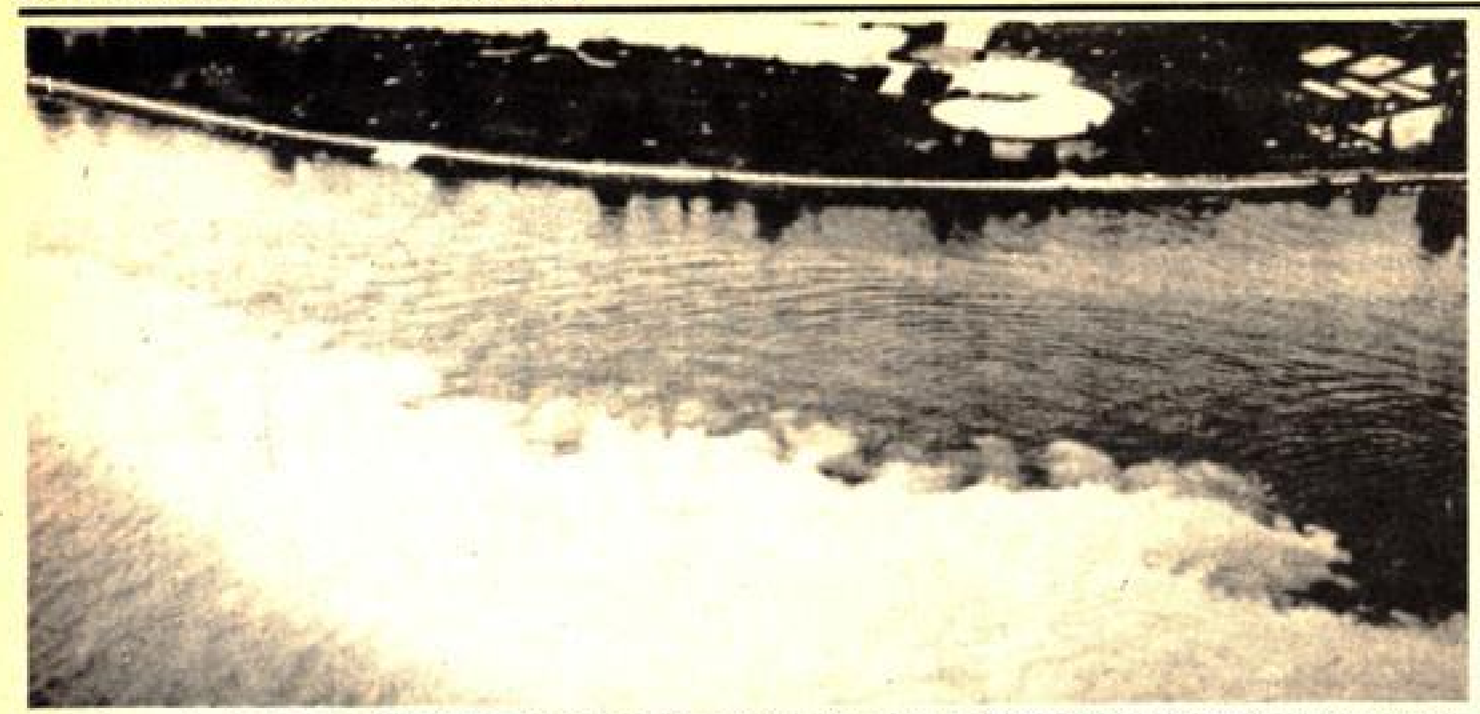
Der Film brachte keine Unterhaltung und vermittelte nichts. Nichts über den Charakter und Verlauf der Revolution von 1848/49 in Deutschland, nichts über das Parlament in Frankfurt, das ein Parlament ohne jede Machtgrundlage und Machtbefugnisse war, ein Wolkenkuckucksparlament, und in dem nur ins Blaue geredet wurde, geredet und geredet. Siehe Film.

Im Verlauf der 48er-Revolution gab es eine Reihe von Ereignissen, Personen, Kämpfen etc., deren filmische Darstellung einen spannenden Einblick in die Problematik dieser Revolution ohne weiteres ermöglicht hätten. Aber nein! Das Frankfurter Paulskirchenparlament mußte es sein! Und dann auch noch so! Diese Reden!

Die Wirkung, die dieser Film erzeugte, läßt sich so zusammenfassen: Je länger er lief, desto größer wurde das Bedürfnis, den Fernseher abzuschalten. Ich hab es schließlich getan, auf halber Strecke.



„Mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse!" (Strauß über Schriftsteller wie Bernt Engelmann, 1978).



Abwässer in der Mainmündung. Bei der Verpestung der Umwelt arbeiten Hoechst und Beamte aus dem Umweltministerium zusammen.

Mit Behördenhilfe Umwelt verseucht

Sechs Flaschen Wein als Judaslohn?

Umweltminister Görlach zurückgetreten

FRANKFURT.— Behörden- oder Umweltskandal? Es handelt sich um beides, um die zwei Seiten einer Medaille. Denn ohne die Komplizenschaft hessischer Ministerialbeamter hätte der Chemiegigant Hoechst nicht in dem mittlerweile bekanntgewordenen verbrecherischen Ausmaß die Umwelt verpesten können. Und während noch die Aufdeckung dieser unheilvollen Allianz Schlagzeilen machte, wurde schon das nächste Umweltverbrechen bekannt: Hoechst leitet seit Jahren täglich 1 800 Tonnen verdünnte Säuren in den Main ein.

Hoechst war im Januar dieses Jahres erst der Mittelpunkt eines Skandals gewesen, bei dem es um die unerlaubte Einleitung von chemischen Abwässern in den Main und eines nachfolgenden Fischsterben ging. Damals griff auch endlich einmal die Staatsanwaltschaft ein, durchsuchte die Geschäftsräume von Hoechst, beschlagnahmte Akten. Bei der Durchsicht dieser Unterlagen ergaben sich Hinweise auf illegale Verbindungen in das hessische Umweltministerium.

Aus den Akten ging hervor, daß leitende Beamte des Umweltministeriums — und zwar der Leiter und stellvertretende Leiter der Abteilung Umwelt — jahrelang internen Schriftverkehr, Beschlußentwürfe aus dem Bereich der Umweltpolitik und andere dienstliche Erkenntnisse an die Hoechst AG in Frankfurt weitergeleitet haben. Die Beamten gaben sogar die ihnen dienstlich zur Kenntnis gelangten internen Anweisungen anderer Bundesländer weiter. Einer der Beamten bedankte sich in einem Schriftstück privat bei dem Direktor des Chemiegiganten „für das schöne Geschenk". Wie ein ungenannter Angestellter der Farbwerke Hoechst außerdem berichtete, soll der Beamte des Umweltministeriums nach der Verabschiedung des Abwasserabgabengesetzes durch den Bundestag an den Umweltschutzdirektor des Konzerns geschrieben haben, man habe sich an das Versprechen gegenüber dem Konzern gehalten.

Muß man eigens erwähnen, daß die Hoechst AG inzwischen jede Kritik an den Beziehungen zwischen ihr und „den Herren des Umweltministeriums" als unberechtigt zurückgewiesen hat? Das angeführte Dankeschreiben würde sich lediglich auf sechs Flaschen Wein aus der eigenen Kellerei beziehen. Sechs Flaschen Wein! Für wie dumm hält Hoechst eigentlich die Öffentlichkeit, daß sie glaubt, ihr weismachen zu können, die Mitarbeit der Ministerialen bei der gigantischen Verseuchung des Mains — für Hoechst ein Millionengeschäft — sei mit ein paar Flaschen Wein zu kaufen gewesen?

Im Januar dieses Jahres noch hatte der hessische Umweltminister Görlach behauptet, das Umweltministerium befände sich im Zustand des „kalten Krieges" mit Hoechst. Seit wann wird ein „kalter Krieg" mit Weingeschenken, Dankesschreiben und vertraulichen Hinweisen ausgefochten? Es war eben nicht nur kein „kalter Krieg", sondern eine ebenso heiße wie heimliche Freundschaft. Als sie nun aufflog, konnte Görlach, der schon bei der HCH-Vergiftung des hessischen Rieds im vergangenen Jahr und bei der Hoechster Januaraffäre von nichts etwas gewußt haben wollte, nicht noch einmal den Ahnungslosen spielen. Er erklärte seinen Rücktritt. Es ist nur zu begrüßen, daß diese unerquickliche Figur, dieser „Ich-weiß-von-nichts" vom Dienst, endlich von der umweltpolitischen Bühne Hessens verschwindet.

Ob sich allerdings allein durch Görlachs Rücktritt etwas ändert, ist mehr als fraglich. Zu sehr ist der kapitalistische Staat, sind die Länder und Gemeinden mit der großen Industrie verfilzt und verbunden; und allein schon im Falle Hoechst dürften die Machenschaften der beiden nun aufgeflogenen Umweltministerialen nur die Spitze eines Eisbergs sein. Was alleine die Dinge ins Rollen bringen kann, ist der Druck von unten. Und dieser Druck ist nötiger denn je. Die Zeit drängt.

Hoechst, dieses Kind der alten Gaskammerfirma IG Farben, wächst sich immer mehr zu einer eklatanten Bedrohung der Umwelt und der Lebensbedingungen der Menschen aus. Im unersättlichen Streben nach immer größerem Profit ist diesem Konzern jede Rücksicht fremd. Mitte letzter Woche — der „Behördenskandal" war gerade zwei Tage alt — wurde bekannt, daß Hoechst seit Jahren täglich 1 800 Tonnen verdünnter Säuren in den Fluß leitet. Das entspricht 200 Tonnen konzentrierter Schwefelsäure pro Tag; höchstens 80 Tonnen gelten nach Expertenansicht als gerade noch vertretbar.

Freispruch im Pinto-Prozeß

Für den Profit darf Ford über Leichen gehn

WASHINGTON.— Ein US-amerikanisches Schwurgericht sprach in der letzten Woche den zweitgrößten Automobilkonzern der Erde, die amerikanische Ford Motor Company, von der Anklage der fahrlässigen Tötung in drei Fällen frei. Damit ist in den USA das alte kapitalistische Prinzip: „Für den Profit über Leichen!" auch juristisch anerkannt und bekräftigt worden.

Der Konzern war von der Staatsanwaltschaft im US-Bundesstaat Indiana angeklagt worden, den Tod von drei jungen Mädchen verschuldet zu haben, die in einem Ford des Typs Pinto im August 1978 nach einem Auffahrunfall verbrannt waren. Der Pinto des Baujahres 1973 war am 10. August 1978 buchstäblich explodiert, als ein Lieferwagen, dessen Geschwindigkeit auf ungefähr 30 Meilen pro Stunde geschätzt wurde, von hinten auf den Pinto auffuhr. Die Untersuchungen der Straßensicherheitsbehörden, denen zuvor bereits ähnliche Unfälle, jedoch mit weniger tragischem Ausgang gemeldet worden waren, hatten rasch ergeben, daß die Treibstoffzufuhr des Pinto vom Tank zum Motor so schwach konstruiert war, daß schon Auffahrunfälle von vergleichsweise geringer Wucht große Mengen Benzin auslaufen ließen. — Ford hatte, um sich teure Abänderungskosten zu sparen, über eine Million Pinto-Modelle mit mangelhafter Treibstoffzuführung nicht rechtzeitig zurückgerufen.

Der Pinto-Prozeß, der von Ford mit einem großen Aufgebot von Anwälten und Sachverständigen geführt worden war, zog sich über zehn Wochen hin. Die zwölf Geschworenen fällten nach 25stündiger Beratungszeit ihr einmütiges Urteil: „nicht schuldig". Wo käme der Kapitalismus auch hin, wenn die Konzerne für ihren Profit nicht mehr über Leichen gehen dürften? Und was sind schon die Leben von drei jungen Mädchen im Angesicht von Dividenden und Gewinnentwicklung?!

Gedenktafel für NS-Opfer

Die Namen müssen genannt werden!

HAMBURG.— Die Gedenktafel für die Opfer des Nationalsozialismus, die Mitglied in der Hamburger Bürgerschaft waren, wird ohne die Nennung von Namen aufgestellt. So entschied der Präsident der Hamburger Bürgerschaft, Peter Schulz (SPD), nur um nicht die Namen von damaligen KPD-Abgeordneten — unter anderen Ernst Thälmann — nennen zu müssen. Schulz handelt damit auch gegen das Votum der Mehrheit seiner eigenen Fraktion.



Ernst Thälmann. Damit sein Name ungenannt bleibt, soll die Gedenktafel ganz ohne Namen bleiben.

Gegen dieses Vorgehen nehmen indes die Proteste zu. Viele Menschen wollen dieses Verschweigen der historischen Wahrheit und den „krankhaften Kommunistenhaß" nicht länger hinnehmen. Gegen die Namenlosigkeit der Gedenktafel protestierten die Evangelische Jugend, die Landesschülerkammer, die Landesversammlung der Jungdemokraten, die FDP, die SPD, die Falken, die „Interessengemeinschaft Deutscher Widerstandskämpfer im Faschismus okkupierter Länder", die VVN und als erste ausländische Institution das Österreichische Dokumentationszentrum in Wien. Der FDP-Bezirk Hamburg-Mitte rief alle jene, die für eine Gedenktafel mit Namen eintreten, auf, sich in einer überparteilichen Initiative zusammenzutun. Anlaufstellen: Dr. Hanno Jochimsen, Mittelweg 51, 2000 Hamburg 13, und Erich Krohn, Reyesweg 18, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/294711.



Samstag, 29. März 18.30 Uhr, West III
Bildungstribunal: **Gläserne Schule.** Lehrer kämpfen für Arbeitszeitverkürzung.

•

Samstag, 29. März, 19.50 Uhr, Südwest III
Die Tochter des Wassers. Französischer Stummfilm (1924). Regie: Jean Renoir.

•

Sonntag, 30. März, 21.05 Uhr, ARD
Winterspelt. Film nach dem Roman des am 21. Februar dieses Jahres verstorbenen antifaschistischen Schriftstellers Alfred Andersch. Historischer Hintergrund des Films sind die Kämpfe in den Ardennen im Jahre 1944.

•

Sonntag, 30. März, 21.15 Uhr, ZDF
Meister Timpe (Teil 1). Fernsehfilm in zwei Teilen nach dem gleichnamigen Roman von Max Kretzer (1854 bis 1941). „Meister Timpe" (1888) ist das beste Werk Kretzers, eines naturalistischen, zeitweise der sozialistischen Bewegung nahestehenden, jedoch nie seinen kleinbürgerlichen Standpunkt verlassenden Prosaschriftstellers. Der Roman behandelt den Verzweiflungskampf eines untergehenden Berliner Handwerksmeisters gegen die kapitalistische Konkurrenz.

•

Montag, 30 März, 21.20 Uhr, ZDF
Meister Timpe (2. Teil).

•

Mittwoch, 2. April, 19.50 Uhr, Südwest III
Die Spielregel. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1939. Regie: Jean Renoir.

•

Donnerstag, 3. April, 20.15 Uhr, Hessen III
Die Frau am Strand. Spielfilm aus den USA. Regie: Jean Renoir.